

Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

Korrigiertes Wortprotokoll

68. Sitzung

Berlin, den 21.03.2012, 10:00 Uhr
Sitzungsort: Jakob-Kaiser-Haus
Sitzungssaal: 1.302

Vorsitz: Eva Bulling-Schröter, MdB
Stellv. Vorsitz: Horst Meierhofer, MdB

Einzigster Punkt der Tagesordnung:

Öffentliche Anhörung zum

Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU/CSU und FDP

**Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Rechtsrahmens
für Strom aus solarer Strahlungsenergie und
zu weiteren Änderungen im
Recht der erneuerbaren Energien**

BT-Drucksache 17/8877

S. 8

Anwesenheitsliste*

Mitglieder des Ausschusses

Ordentliche Mitglieder des Ausschusses

CDU/CSU

Brand, Michael
Caesar, Cajus
Dött, Marie-Luise
Flachsbarth, Maria, Dr.
Gebhart, Thomas, Dr.
Göppel, Josef
Hirte, Christian
Jung, Andreas
Koeppen, Jens
Liebing, Ingbert
Nüßlein, Georg, Dr.
Paul, Michael, Dr.
Petzold, Ulrich

SPD

Becker, Dirk
Bollmann, Gerd
Bülow, Marco
Kofler, Bärbel, Dr.
Miersch, Matthias, Dr.
Schwabe, Frank
Vogt, Ute
Wolff, Waltraud

FDP

Brunkhorst, Angelika
Kauch, Michael
Knopek, Lutz, Dr.
Meierhofer, Horst
Skudelny, Judith

DIE LINKE.

Bulling-Schröter, Eva
Lenkert, Ralph
Menzner, Dorothee
Stüber, Sabine

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Fell, Hans-Josef
Krischer, Oliver
Ott, Hermann E., Dr.
Steiner, Dorothea

Stellv. Mitglieder des Ausschusses

Bareißen, Thomas
Bilger, Steffen
Brinkhaus, Ralph
Gerig, Alois
Heider, Matthias, Dr.
Kruse, Rüdiger
Lehmer, Max, Dr.
Poland, Christoph
Pols, Eckhard
Röring, Johannes
Ruck, Christian, Dr.
Rüddel, Erwin
Schindler, Norbert

Beckmeyer, Uwe
Burkert, Martin
Hempelmann, Rolf
Hofmann, Frank
Kelber, Ulrich
Lemme, Steffen-Claudio
Lösekrug-Möller, Gabriele
Röspel, René

Breil, Klaus
Happach-Kasan, Christel, Dr.
Kober, Pascal
Solms, Hermann Otto, Dr.
Staffeldt, Torsten

Dittrich, Heidrun
Leidig, Sabine
Petermann, Jens
Voß, Johanna
Weinberg, Harald

Höhn, Bärbel
Kotting-Uhl, Sylvia
Kurth, Undine
Maisch, Nicole

*) Der Urschrift des Protokolls ist die Liste der Unterschriften beigelegt.

Bundesregierung

Bundesrat

Fraktionen und Gruppen

Vorsitzender: Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich darf Sie herzlich begrüßen zu unserer Anhörung zum Thema Photovoltaik - Erneuerbare-Energien-Gesetz. Wir freuen uns sehr, dass Sie so zahlreich unserer Einladung gefolgt sind. Wir freuen uns natürlich vor allem über die Zusage unserer Sachverständigen, die ich, soweit sie hier sind, schon einmal begrüßen möchte.

Das sind:

Frau Dr. Maren **Hille** vom Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft e. V. (BDEW),

Herr Dr. Holger **Krawinkel** von der Verbraucherzentrale Bundesverband e. V. (vzbv),

Herr Dr. Hubert **Aulich** von der PV Crystalox Solar GmbH,

Herr Karl-Heinz **Remmers** von der Solarpraxis AG,

Herr Martin **Zembsch** von der BELECTRIC Trading GmbH ist noch nicht anwesend, genauso wie

Herr Philippe **Welter** von der PHOTON Europe GmbH.

Zum Prozedere: Wir wollen thematisch alle Fragen gemeinsam debattieren. Es wird so sein, dass jeder der Sachverständigen die Möglichkeit hat, in einem 5-minütigen Einführungsstatement noch einmal seine oder ihre wichtigsten Punkte zusammenzufassen. Die drei Stunden werden wahrscheinlich bei den vielen Fragen sowieso knapp werden. Danach haben wir die Möglichkeit, Fragen zu stellen. Die Fragesteller bitte nicht mehr als zwei Minuten pro Frage. Von jeder Fraktion eine Frage, die dann im Block beantwortet werden.

Ich würde jetzt darum bitten, dass SV Dr. Maren **Hille** (BDEW) mit ihrem Einführungsstatement beginnt, fünf Minuten. Danach hören wir dann SV Dr. Holger **Krawinkel** (vzbv). SV Dr. Maren **Hille** (BDEW), Sie haben das Wort.

SV Dr. Maren **Hille** (BDEW): Vielen Dank. Wir haben uns den Vorschlag der Bundesregierung für das sogenannte PV-Gesetz angeschaut. Grundsätzlich finden wir das sehr gut, dass die Regierung hier die Initiative ergreift und eine Korrektur der Förderung der Photovoltaik umsetzen will, um insbesondere auch die Förderung an den Preisverfall der Module

anzupassen, da es doch sehr viele Mitnahmeeffekte gab.

Konkret zur Absenkung der Vergütung: Da sieht der Gesetzentwurf eine Vereinfachung durch Streichung einer der Vergütungsklassen vor. Andererseits aber eine monatliche Degression um absolut 0,15 Cent pro kWh. Durch diese monatliche Anpassung wird der Vorteil der Einsparung von Abdeckungsaufwand unseres Erachtens überkompensiert und durch die absolute Degression von 0,15 Cent pro kWh statt einer prozentualen, die wir bevorzugen würden, kommt es zu einer Benachteiligung von Anlagen, die ohnehin schon einen geringen Vergütungssatz haben. Von daher würden wir sagen, einmalige, deutliche Vergütungsdegression in Anlehnung an den Preisverfall der Module ist sinnvoll. Aber ansonsten prozentuale Vergütungsabsenkung für die Zeit danach.

Zweiter Punkt wäre die Nachrüstungsverpflichtung. Thema ist das 50,2 Hz-Problem. Da ist es aus unserer Sicht nicht Aufgabe der Netzbetreiber, die Anlagen-Wechselrichter umzurüsten, da sie im Prinzip in privates Eigentum der Anlagenbetreiber eingreifen, gegebenenfalls in bestehende Wartungsverträge eingreifen. Es würden Fragen zum Thema Gewährleistung oder Schadensersatzanspruch auftauchen, sodass wir denken, die Umrüstung sollte in der Verantwortung des Anlagenbetreibers liegen.

Der Vorschlag zur Kostentragung 50:50 Aufteilung in EEG-Umlage und Netzentgelte ist aus unserer Sicht auch nicht nachvollziehbar. Ich denke, die PV-Anlagenbetreiber sollten sich an den Stand der Technik anpassen, wie es auch in anderen Bereichen passiert. Sie sollten deshalb die Kosten selber tragen.

Letzter Punkt ist das PV-Marktintegrationsmodell. Grundsätzlich ist es sehr gut, dass die Bundesregierung hier erkannt hat, dass Marktintegration wichtig und notwendig ist. Das Ziel ist also grundsätzlich zu begrüßen. Allerdings ist das Marktintegrationsmodell in der gegenwärtigen Ausgestaltung optimierbar, weil z. B. es heute zu einem ganz immensen Abwicklungsaufwand bei den Verteilnetzbetreibern führt. Da liegen uns mittlerweile etliche Schreiben, auch unserer Unternehmen, vor, die schlichtweg nicht wissen, wie sie das handhaben mit ihrem Personal sollen. Geplant ist ja, dass PV-Anlagen 85 bzw. 90 Prozent der erzeugten Strommenge vergütet bekommen. Das heißt, es müssten Einspeisezähler und Erzeugungszähler bei den Anlagen installiert werden. Der Netzbetreiber müsste zum Jahresende ausrechnen, wie viel ist eingespeist worden, ab wie viel Prozent besteht ein

Vergütungsanspruch? Gleichzeitig haben natürlich die Netzbetreiber eine rollierende Abrechnung. D. h., sie müssten jeweils zum Jahreswechsel extra für diese PV-Anlage noch einmal eine extra Abrechnung durchführen, was mit einem erheblichen Zusatzaufwand verbunden ist.

Auch die Marktintegrationswirkung, die sehen wir nicht so wie gewünscht. Im Prinzip wird da der Eigenverbrauch gefördert, der zu Risiken für die Vertriebe führt, weil die fluktuierende Einspeisung und die Prognoseabweichungen bei den PV-Anlagen dann zu 100 Prozent an die Vertriebsunternehmen weitergereicht werden. Wir sehen auch nicht, dass in erheblichem Maße Netzausbau durch Eigenverbrauch von Solarstrom eingespart werden kann. Denn, wenn sehr viele dezentrale Anlagen installiert werden, kommt es zu einer Spannungsanhebung am letzten Netzverknüpfungspunkt, sodass ein Leitungsausbau hier erforderlich ist. Abgesehen davon werden auch im ländlichen Bereich oftmals PV-Anlagen beispielsweise auf Ställen und Scheunen errichtet, wo noch kein vernünftiges Netz ist. Unser Vorschlag wäre zum Beispiel, um insbesondere das unseres Erachtens nach größte Problem des immensen Abwicklungsaufwands für die Verteilnetzbetreiber zu minimieren, dass statt eines Prozentsatzes von 85 bzw. 90 Prozent die PV-Anlagenbetreiber acht von zwölf Monaten des Jahres eine PV-Vergütung bekommen und für die restlichen vier Monate nicht. Das hört sich erst einmal grauslich an. Aber die Anlagenbetreiber können entscheiden, welche vier Monate sie nehmen ohne PV-Vergütung. Die würden dann natürlich November, Dezember, Januar, Februar nehmen. Das wären in der Summe, nach den bisherigen Einspeise- oder Erzeugungszahlen, etwa 12 bis 15 Prozent. Also das, was die Bundesregierung jetzt als Prozentsatz im Auge hat. Das würde bedeuten, dass die Netzbetreiber in acht Monaten das normale Geschäft betreiben können und vier Monate lang keine EEG-Vergütung auszahlen. Die Anlagenbetreiber können sich dann überlegen, ob sie diesen Strom in der Zeit sozusagen verschenken, was dem EEG-Konto zugutekommen würde, weil die Übertragungsnetzbetreiber den Strom natürlich über den Wälzungsmechanismus an der Börse vermarkten. Oder aber, ob Sie einen Händler finden und diesen Strom direkt vermarkten. Dazu brauchen sie eine Lastgangmessung. Die ist aktuell nur vorgesehen für Anlagengröße größer 100 kW, sodass wir dieses Modell auf Anlagen größer 100 kW beschränken würden.

Vorsitzender: Herzlichen Dank, SV Dr. Maren Hille (BDEW). SV Dr. Holger Krawinkel (vzbv), Sie haben das Wort.

SV Dr. Holger **Krawinkel** (vzbv): Vielen Dank, Herr **Vorsitzender**. Die Sitzungen im Umweltausschuss zu dem Thema haben inzwischen Tradition. Ich habe vor, folgende Punkte noch einmal mündlich vorzutragen. Einmal möchte ich gerne erinnern, die Frau Bundeskanzlerin hat im vergangenen Jahr vor dem Bundestag sozusagen ein Versprechen abgegeben, dass die EEG-Umlage nicht über 3,5 Cent pro kWh steigt. Wir sind dieses Jahr schon leicht darüber und ich denke, dass das, was sie jetzt hier vorgeschlagen haben, seitens der Bundesregierung, zumindest dem Ziel ein Stück weit näher kommt, das wird nicht ganz erreicht werden. Aber dennoch geht es in die richtige Richtung.

Wir hatten in den letzten Jahren immer wieder deutlich stärkere Absenkungen der PV-Vergütungen gefordert, als dann tatsächlich hinterher umgesetzt wurden. Wir fürchten, dass es diesmal auch so sein wird. Wir hatten vorgeschlagen: 10 Cent für größere Anlagen, 15 Cent für kleinere Anlagen. Wenn ich das ganze Paket zusammennehme, dann werden wir zumindest Ende des Jahres fast in der Nähe dieser Forderung für Aufdachanlagen sein - für die Großflächenanlagen nicht ganz. Aber ich denke, das würde sich noch in dem Rahmen bewegen, der auch was die Verbaucherbelastung betrifft, einigermaßen verträglich wäre. Ich habe in den letzten Wochen sehr intensiv, auch mit einigen Anwesenden, Vertretern der Solarwirtschaft, gesprochen. Interessanterweise sind wir in unseren Gesprächen praktisch bei fast allen Punkten einer Meinung gewesen und finden das Paket insgesamt übereinstimmend, durchaus tragbar, sodass es nicht zu dem Ende der Solarenergie führen wird. Nur in einem Punkt, da können wir gleich im weiteren Verlauf noch einmal darauf eingehen, bei den Freiflächen, haben wir keinen Konsens erzielt. Aber ich habe gerade gestern gelesen, dass die Modulpreise im Laufe des Jahres noch einmal etwa um 30 Prozent sinken sollen. Dann dürfte natürlich auch dieses Segment weiterhin auskömmliche Renditen abwerfen.

Zu der Frage der sogenannten Marktintegration haben wir folgende Position: Wir hätten uns natürlich lieber gewünscht, dass es eine einmalige Absenkung gibt, ohne ein weiteres Instrument. Aber ich denke, das hat durchaus auch Perspektiven. Man muss allerdings sehen, dass dadurch, dass für viele Verbrauchsgruppen die Einspeisevergütung jetzt unter den Bezugspreis sinkt, es natürlich sehr attraktiv ist, den Eigenanteil sehr stark zu erhöhen. Wir hatten, ich glaube, das war die Anhörung bei den Kollegen von der FDP-Fraktion, einen Vortrag gehört, der deutlich gemacht hat, dass alleine im mittleren Segment bei den gewerblichen Anlagen im Bereich von mehreren Hundert kW etwa 2

GW, möglicherweise sogar ohne jede Förderung laufen, weil der Eigenbedarf sozusagen die Anlagen wirtschaftlich trägt. Ich denke, das muss beobachtet werden.

Ich sehe gewisse Probleme, was die Grid-Parity, die Netzparität, angeht. Das ist heute nicht Gegenstand des Verfahrens, aber ich möchte einmal darauf aufmerksam machen. Sie haben natürlich in einer gewissen Weise da so eine Art parasitäres System, weil Sie die Netzentgelte sozusagen sozialisieren - die Energiesteuer und die Konzessionsabgabe beispielsweise. Ich bin einmal gespannt, wann es den kommunalen Spitzenverbänden und auch Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble auffällt. Weil da wird es sicher irgendwelche Lösungen geben, die sozusagen das Steueraufkommen einigermaßen stabil halten. Bei den Netzen ist klar, da werden wir sicher sehen, dass die Netzbetreiber über kurz oder lang ihre Netzentgelte auf leistungsbezogene Tarife umstellen. Was ja auch sinnvoll ist. Das heißt, meine Erwartung ist, dass wir mit dem, was jetzt hier vorgeschlagen ist, in wenigen Jahren sozusagen aus dem EEG rausgehen, was die Solarenergie angeht, aber andere Probleme sozusagen noch lösen müssen. Zu der Frage des berüchtigten § 64 h des Gesetzentwurfs, dieser Verordnungsermächtigung, da ist meines Erachtens sozusagen der Anlass falsch. Mir ging es weniger darum, sozusagen die Mängel hier zu steuern, sondern viel mehr Eingriffsmöglichkeiten zu haben, wenn die Modulpreise oder andere Kosten noch einmal deutlicher als bisher erwartet absinken, was in den letzten Jahren immer der Fall war, geradezu regelmäßig. Wir hatten ohnehin vorgeschlagen, zu überlegen, ob die Festlegung der Vergütung, aber nicht nur für Photovoltaik, sondern für alle erneuerbaren Energien, nicht besser bei einer Behörde, vergleichbar der Bundesnetzagentur, aufgehoben wäre, die dann im klaren Rahmen vorgegeben bekommt - einerseits die Menge, also 30, 40, 50 Prozent Anteil an erneuerbaren Energien, aber andererseits auch einen Finanzrahmen, in dem sie sich dann bewegt. Und das ist dann eine Sache des Bundestages, das zu beschließen. Dann hat die Behörde wie die Bundesnetzagentur eine Feststellungskompetenz.

Ein letzter Punkt: Die Frage der 50,2 Hz-Problematik. Das sehe ich wie meine Vorrednerin, SV Dr. Maren **Hille** (BDEW), das sollte verursachergerecht geregelt werden und nicht zu Lasten Dritter. Ich finde, das ist meines Erachtens nicht für die anderen Verbraucher vertretbar, wenn hier die Kosten anteilig auf die Netzentgelte und auf die EEG Umlage verteilt werden, sondern das sollten dann doch bitte auch

die Betreiber finanzieren. Ich denke, nach allem was wir wissen, sind die Renditen in der Vergangenheit mehr als auskömmlich gewesen, sodass eine solche Finanzierung durchaus zumutbar ist. Vielen Dank.

Vorsitzender: Vielen Dank, SV Dr. Holger **Krawinkel** (vzbv). Als nächster SV Dr. Hubert **Aulich** (PV Crystalox Solar GmbH) bitte.

SV Dr. Hubert **Aulich** (PV Crystalox Solar GmbH): Vielen Dank. Ich bin leider nicht so häufig bei Ihnen wie SV Dr. Holger **Krawinkel** (vzbv). Deswegen würde ich mich erst einmal kurz vorstellen. Ich komme aus dem Bereich der Photovoltaik-Produktion, -Forschung und -Entwicklung und beschäftige mich seit mehr als 20 Jahren mit dem Thema - und zwar auf allen Gebieten. Ob das nun kristalline Siliciumtechnik oder Dünnschichttechnologie ist. Ich leite ein Unternehmen, das mit der Herstellung von Siliciumscheiben beschäftigt ist. Dem Ausgangsmaterial, aus dem man Solarzellen und Solarmodule macht. Die Kapazitäten, die wir in Deutschland aufgebaut haben und auch in England belaufen sich auf ca. 500 bis 600 MW. Wir haben eine Fertigung für Silizium aufgebaut in den neuen Bundesländern, in Bitterfeld, und sägen Siliziumscheiben in Erfurt. Soviel vielleicht zur Vorgeschichte.

Mit dem Thema Photovoltaik beschäftige ich mich schon sehr lange. Das ist eine Erfolgsgeschichte, die wir unbedingt am Leben erhalten müssen. In etwa 15 Jahren ist diese Technologie von einigen Hundert kW auf jetzt mehrere GW pro Jahr gewachsen. Wir haben in Deutschland etwa 25 GW installiert. Das ist eine Geschichte, die sich, glaube ich, im deutschen Industrievergleich sehr, sehr selten wiederholt.

Ich befürchte, dass mit dem, was jetzt hier als Gesetzesvorlage oder als Entwurf vorliegt, diese Erfolgsgeschichte gestoppt wird und möglicherweise zurückgedreht wird. Deshalb bin ich auch hier. Ich habe einige wenige Punkte, die ich mit Ihnen eigentlich kurz besprechen möchte und danach stehe ich natürlich für Fragen zur Verfügung. Der Ausbau der Photovoltaik als eine der tragenden Säulen in dem neuen Energiebereich ist für uns unverzichtbar. Die Photovoltaik jetzt zu stoppen und den Hahn zuzudrehen, ist aus meiner Sicht absolut falsch.

Im Gesetzentwurf ist ein weiteres Thema, das uns als Industrieunternehmen sehr, sehr viel Sorgen macht. Als wir die ersten Industriefertigungen vor jetzt fast 15 Jahren aufgebaut haben, da hieß es: Photovoltaik – eine tragende Säule. Die Politik gibt die boundary conditions vor und die Industrie wird diese Fertigungen aufbauen. Mit dem Vertrauen, dass

das dann tatsächlich so kommt. Was wir jetzt sehen ist, dass die Regierung im letzten Jahr eine Novelle gemacht hat, im Jahr 2011. Und es hat noch nicht einmal richtig begonnen, das neue Jahr, da geht es schon wieder um eine neue Novellierung der Novellierung. Und das ist etwas, wenn man investiert, was absolut tödlich ist. Wir haben in Bitterfeld etwa 120 Mio. Euro für so eine Anlage investiert. Und das braucht etwa 10 Jahre, um die Abschreibung zu machen. Da kann ich nicht alle halbe Jahre etwas Neues machen. Das geht nicht. Und deshalb ist die Verlässlichkeit, die man langfristig braucht, insbesondere im Energiebereich, absolut notwendig. Und das ist etwas, dieser Vertrauensschwund, der hier geschaffen wurde, bzw. regeneriert wurde, was wir nicht akzeptieren können.

Die Punkte, die wir hier haben, von denen wir sagen, enormer Veränderungsbedarf, die lassen sich eigentlich recht kurz zusammenstellen. Sie haben es sicher gelesen, ich habe das hier auf einer Seite, mehr oder minder, zusammengefasst.

Die Photovoltaik ist mit ihren vielfältigen Anwendungen nahezu überall einsetzbar. Das macht sie zu einer universellen Energietechnologie. Wir sind der Meinung, dass es nicht eine Schrumpfung des Zubaukorridors braucht, sondern einen Zuwachs. Und wir plädieren dafür, dass dieser Zubaukorridor so wie im letzten Jahr vereinbart wurde, zwischen fünf und sieben Gigawatt bleibt. Dass es hier zu einer Erhöhung der Kosten kommt, ist durch eine Studie, die von der Prognos AG gemacht wurde, widerlegt worden. Es zeigt sich, dass auf dem Niveau, auf dem wir jetzt sind, was wesentlich niedriger ist, die Zubaukosten minimal sind. Das, was in der Vergangenheit geschehen ist, das ist vorbei. Wir müssen uns jetzt auf die Zukunft konzentrieren. Da bedeutet es, dass täglicher Zubau nur noch geringe Kosten verursacht.

Was wir auch brauchen, ist eine Beibehaltung der beschlossenen Regelungen. Wir haben am 1. Januar 15 Prozent der Einspeisevergütung abgesegnet und geplant war, dass am 1. Juli 2012 weitere 15 Prozent abgesenkt werden. Wir sind der Meinung, dass das so beibehalten werden soll.

Weiterhin sind wir der Meinung, dass durchaus der Rhythmus für die Anpassung der Einspeisevergütung gekürzt werden kann. Wir gehen davon aus, dass wir ab August etwa 2 Prozent jeden Monat senken und das abhängig vom Zubau machen können. Früher war vom atmenden Deckel die Rede. Je nachdem, wo der Markt hingeht. Wenn er nach unten geht, geht es in die andere Richtung, als wenn er nach oben geht. Das ist etwas, wo wir uns ebenfalls darauf verlassen haben. Wir gehen davon aus, dass das auch beibehalten werden soll.

Was wir auch machen oder vorschlagen, das ist etwas, was insbesondere die Arbeitsplätze in den Industriestandorten, in den Produktionsstandorten in Deutschland erhalten sollte. Das ist bis jetzt noch nicht in der Regelung beinhaltet. Aber das ist etwas, was wir sehr stark fordern. Das ist eine Bonusregelung für Solarmodule, die im europäischen Raum hergestellt werden. Ich komme aus dem Industriebereich und ich sehe z. B., was in Italien gemacht wurde. Aber nicht nur dort, jetzt auch in Frankreich. Dass man diese Arbeitsplätze, die man in den vielen Jahren geschaffen hat, dass man die auf jeden Fall erhält und diese Technologie nicht wieder abwürgt, bevor sie überhaupt richtig in die Blüte kam, indem alles, was jetzt an Produktion diskutiert wird, nach China abwandert. So eine europäische Regelung ist aus meiner Sicht machbar und würde der Industrie enorm helfen. Das ist eine Kompensation für das, was wir in China sehen, wo enorme Fertigungskapazitäten aufgebaut worden sind, die mit der Unterstützung der Regierung geschaffen worden sind. Mit dieser europäischen Lösung, glaube ich, wäre es eine Möglichkeit, hochwertige Industriearbeitsplätze in Deutschland zu erhalten.

Ein weiterer Punkt zu dem Thema heißt Marktintegration. Es ist ein sehr schönes Wort, führt aber dazu, dass es zu einer Absenkung von kleineren und größeren Anlagen kommt. Dieses Konzept ist aus unserer Sicht noch nicht ausgegoren, es müsste noch ordentlich daran gearbeitet werden, bevor dieses Konzept eingeführt wird. Wir sind der Meinung, es ist interessant. Aber nicht vor Mitte nächsten Jahres sollte an die Einführung gedacht werden. Vielen Dank.

Wechsel im Vorsitz

Vorsitzende: Danke schön, SV Dr. Hubert **Aulich** (PV Crystalox Solar GmbH). Dann bitte ich SV Martin **Zembsch** (BELECTRIC Trading GmbH).

SV Martin **Zembsch** (BELECTRIC Trading GmbH): Vielen herzlichen Dank, Frau Vorsitzende. Ganz kurz: Mein Name ist Martin Zembsch. Ich bin Geschäftsführer der BELECTRIC GmbH. Wir sind im Bereich der Systemintegration aktiv. Das heißt, wir bauen Solarkraftwerke, angefangen von der kleinen Dachanlage bis zum großen Solarkraftwerk. Alle Bereiche decken wir ab. Wir sind seit über 10 Jahren am Markt und sind mittlerweile auch Weltmarktführer im Bau von Kraftwerken. Wir haben letztes Jahr über 400 Megawatt installiert. Ich erlaube mir auch, kurz auf wesentliche Ergänzungspunkte zum vorliegenden Gesetzentwurf einzugehen.

Mir geht es hierbei insgesamt um vier wesentliche Themen. Das eine ist, dass wir eine angemessene Übergangsfrist, insbesondere für die Freiflächen-Solkraftwerke brauchen. Der 30. Juni 2012 ist einfach nicht akzeptabel. Ganz klar ist hier die Berechenbarkeit der Politik wirklich in Frage gestellt. Das zweite Thema ist für uns auch die Begrenzung der Anlagengröße, also die Einführung eines 10-Megawatt-Deckels halten wir auch für absolut falsch. Vor allen Dingen auch, um die systemstabilisierenden Auswirkungen und Nutzungen der Freiflächen-Solkraftwerke vernünftig einsetzen zu können. Ebenso wollen wir eine vernünftige Vergütungsabsenkung erzielen, die in einem wirtschaftlich vertretbaren Rahmen ist. Und ich will auch noch zwei Sätze zum Thema Verordnungsermächtigung sagen und auch zur 50 Hz-Regelung.

Zum Thema Übergangsfrist: Ich glaube, es ist einerseits zu begrüßen, dass die Politik mittlerweile eingesehen hat, dass die einzige Basis am 1. März 2012 der Aufstellungsbeschluss sein kann. Was aber, glaube ich, heute immer noch nicht verstanden wird: Es gibt immerhin neben dem EEG auch noch ein Baugesetzbuch. Und dieses Baugesetzbuch verpflichtet uns, gewisse Regeln einzuhalten, was wir nach dem Aufstellungsbeschluss alles tun müssen. Und ich will einfach einmal die Zeit jetzt nutzen, die paar Minuten, die ich habe, um das auch einmal ordentlich zu erklären. Weil ich glaube, hier geht jeder von falschen Voraussetzungen aus. Nach einem Aufstellungsbeschluss sind noch weitere Verfahren, wie Träger öffentlicher Belange, Beteiligung, durchzuführen. Das sind zwei mal vier Wochen Auslegungsfrist. Mit Ladungsfristen etc. reden wir da auch noch einmal über weitere zwei Wochen. Der Satzungsbeschluss der Gemeinde oder des Stadtparlaments muss dann auch noch gefällt werden. Das heißt, nach dem Aufstellungsbeschluss, bis wir überhaupt zum Satzungsbeschluss kommen, welcher die Basis für eine mögliche Baugenehmigung darstellt, brauchen wir in der Regel mindestens zwei bis drei Monate. Dann braucht die baugenehmigungsgebende Behörde in der Regel vier, sechs Wochen. Teilweise kann das auch ein halbes Jahr dauern. Aber ich will jetzt wirklich einmal einen optimalen Verlauf darstellen. Sodass wir, selbst wenn wir einen Aufstellungsbeschluss zum 1. März 2012 haben, gar nicht in der Lage sein können, bis 30. Juni 2012 ein Kraftwerk zu errichten. Somit ist die vorgeschlagene Übergangsfrist zwar gut gemeint, aber in der Praxis überhaupt nicht anwendungstauglich. Klar gibt es Projekte, bei denen wir einen Aufstellungsbeschluss aus dem

alten Jahr haben, der vielleicht im Oktober, November, Dezember 2011 gefasst wurde. Aber wir bekommen eine Baugenehmigung unter den vorgegebenen Fristen, die ich eben erwähnt habe, vielleicht frühestens April oder Mai 2012. Und dann haben wir sechs Wochen Zeit. Und egal welche Anlagengröße Sie bauen wollen, selbst wenn es nur 10 Megawatt sind, selbst wenn Sie die Heinzelmännchen von ZDF mit dazunehmen, schaffen Sie das nicht bis Ende Juni 2012.

Wir haben das Ganze mittlerweile auch verfassungsrechtlich prüfen lassen. Das, was die Politik hier vorschlägt, ist ganz klar verfassungswidrig. Die Kernaussage, die die Gutachterin hier getroffen hat, ist ganz klar. Die Frist muss so gestaltet werden, dass wir auch technisch und wirtschaftlich in der Lage sind, ein solches Kraftwerk zu errichten.

Was ich vielleicht auch noch einmal sagen möchte: Viele denken ja, wir holen hier noch viele Hunderte und Tausende von Projekten rein. Basis eines Aufstellungsbeschlusses ist der Beschluss eines öffentlichen Parlaments. Also Sie können ja nicht heute rückwirkend irgendsoeinen Aufstellungsbeschluss fiktiv fingieren. Das ist alles durch öffentliche Einladung festzustellen. Hier kann auch nichts plötzlich nachträglich noch nachgeholt werden. Deswegen war es ja auch wichtig, den Aufstellungsbeschluss als Basis zu nehmen. Das halten wir für absolut richtig. Aber Vorzieheffekte oder so einen Freiflächenboom, den kann man hier, glaube ich, nicht feststellen. Unabhängig davon, bitte ich zu berücksichtigen, wir reden hier alle immer davon, es sollen nur 3,5 Cent bei der Vergütung bleiben. Gerade das billige Segment, was dazu beiträgt, die EEG-Umlage zu reduzieren, das versucht man jetzt noch zu verhindern. Also gerade auch aus Verbrauchergesichtspunkten muss man sich doch darüber wirklich einmal Gedanken machen, ob man jetzt das billigste Segment der Photovoltaik in seinen Übergangsfristen so beschränkt, dass es gar nicht gebaut wird. Fakt ist eins: Wir haben unsere Module. Ob man sie 30 Prozent billiger kriegen kann, da bin ich nicht ganz mit Ihnen einer Meinung. Aber das ist egal. Der Punkt ist der, dann bauen wir sie halt auf dem Dach. Wir wollen auch Dachanlagen bauen. Wir sind auch keine Dachanlagen-Gegner. Das ist für uns auch ein wichtiges Geschäftsmodell. Aber ganz klar: Es wird teurer. Wir reden nach der neuen Regelung statt von 13,5 Cent von 19,5 Cent. Das ist ein erheblicher Unterschied. Ich glaube, das müsste einmal in den Köpfen verankert werden. Wenn Sie wirklich wollen, dass die EEG-Umlage weniger wird, dann kann ich diese ganze Diskussion um die Freifläche wirklich

hinten und vorne überhaupt nicht mehr nachvollziehen. Gleiches gilt auch für den 10-Megawatt-Deckel. Ich kann verstehen, dass Sie Druck aus den Verbänden bekommen, dass nicht alle Ackerflächen an der Autobahn etc. zugebaut werden sollen. Aber, wenn Sie heute eine Konversionsfläche angehen, dann sind es in der Regel nicht 3-Hektar-Grundstücke. Dann sind es ehemalige Militärflughäfen. Dann sind es ehemalige Industriebrachen im Ruhrgebiet. Da passen nicht nur 5 oder 10 MW darauf. Wenn Sie diese Brache erwerben wollen, wenn Sie diese Brache entsorgen wollen, Altlastenentsorgung machen wollen, die alten Industrieanlagen abreißen wollen, dann müssen Sie da mehr als 10 MW hinbauen können. Sonst ist es nicht finanzierbar.

Deswegen auch unser ganz klarer Vorschlag: Wenn man schon einen 10 MW-Deckel will, dann bitte doch nicht auf der Konversionsfläche. Ich erinnere Sie einmal alle an Ihren Koalitionsvertrag. Da steht drin, die Freifläche soll auf der Konversionsfläche stattfinden. Wir haben jetzt alle in der ganzen Branche sehr viel investiert. Wir haben Flugplätze von der BImA (Bundesanstalt für Immobilienaufgaben) gekauft, unter der Annahme, dass wir eine Einspeisevergütung bekommen. Und jetzt macht man rückwirkend das Ganze kaputt. Also meine Damen und Herren, es kann einfach nicht sein. Auch wenn man kein Jurist ist, das widerspricht jedem vernünftigen Investoren- und Vertrauensschutz.

Ich muss zum Ende kommen. Zwei Sätze hätte ich gerne noch gesagt. Thema Blindleistung: Ganz wichtiges Thema. Es gab einmal eine Zeit, da wurden jede Woche die nächsten 10.000 km neuer Netze verkündet. Ich kann Abg. Josef **Göppel** (CDU/CSU) hier nur unterstützen in seinem Vorschlag. Was viele noch nicht verstanden haben: Freiflächenkraftwerke und auch Windkraftanlagen, die einen Wechselrichter verwenden, können heute kostenlos sogenannte Blindleistungen – das Schmiermittel für die Übertragungsnetze - zur Verfügung stellen. Das heißt, wir können die Spannung regeln. Wir können sie hochnehmen, wir können sie runternehmen. Wir können sie regeln. Wir können damit einen deutlichen Beitrag zur Verringerung des Netzausbaus beibringen, den die Verbraucher ja auch wieder bezahlen. Ein weiterer Grund für mich, warum ich klar sage, ich verstehe es nicht, warum man die Freiflächenkraftwerke jetzt abschaffen möchte und gleichzeitig letzten Endes die Verbraucher dann noch mit höheren Netznutzungsentgelten belastet. Ich glaube, das muss auch einmal richtig verstanden werden. Ich kann hier den Abg. Josef **Göppel** (CDU/CSU) mit seinem Vorschlag, das Ganze noch mit einem kleinen Bonus zu untermauern, mehr als unterstützen.

Vorsitzende: Danke schön, SV Martin **Zembsch** (BELECTRIC Trading GmbH). SV Philippe **Welter** von der PHOTON Europe GmbH ist noch nicht da. Dann gebe ich gleich Ihnen, SV Karl-Heinz **Remmers** (Solarpraxis AG), das Wort.

SV Karl-Heinz **Remmers** (Solarpraxis AG): Schönen Dank, Frau Vorsitzende. Guten Morgen meine Damen und Herren, mein Name ist Karl-Heinz Remmers. Ich habe jetzt binnen eines Jahres zum dritten Mal die Ehre, bei Ihnen als Experte vortragen zu dürfen.

Ich möchte kurz einmal zurückblenden: Vor knapp einem Jahr haben wir über eine EEG-Novelle im kleinen Rahmen gesprochen. Wie Sie sich vielleicht erinnern, haben wir zu der Zeit einen Vorschlag unterbreitet, der da hieß: Lassen Sie uns umstellen auf eine Quartals- oder eine Zwei-Monats-Absenkung, um anstelle der geplanten Einmal-Absenkung im Sommer, die Lasten für alle abzusenken, die jetzt im Prinzip an der ganzen EEG-Finanzierung beteiligt sind. Das ist damals leider in einer anderen Form beschlossen worden. Wir hatten dann die nächste EEG-Novelle. Wir hatten es dort auch nicht drin. Wir alle zusammen hätten dadurch schon eine Menge Geld im letzten Jahr sparen können. Und wir hätten nicht diese Aktion gehabt, wie wir sie jetzt hatten.

Ich hoffe, dass auch die, die mich näher kennen, wissen, dass ich nicht einer künstlichen EEG-Vergütung, die hoch bleiben muss, das Wort reden will. Ich glaube, wir haben eine ganze Menge gemeinsam erreicht. Dafür möchte ich mich auch einmal hier herzlich bedanken. Das meine ich auch ernst. Weil mit dem, was wir politisch alle zusammen in den letzten 12 Jahren in Deutschland gemacht haben, haben wir international diese Technologie soweit gebracht, dass wir jetzt in der Lage sind, an sonnenreichen Standorten in der Welt schon für deutlich unter zehn Cent Photovoltaik zu produzieren. Das ist ein riesiger Erfolg. Deutschland und China teilen sich sozusagen die Krone bei den günstigsten Anlagen, die weltweit gebaut werden. Ich denke einmal, das ist einfach einmal ein Punkt, bei dem man sagen kann, das ist eine Klasse Sache. Und wenn wir jetzt ins Heute wieder zurückgehen, dann sage ich als Branchendienstleister, der auf der einen Seite Anlagenplanung macht und auf der anderen Seite international tätig ist, mit dem Thema Kommunikation - Zeitschriften und Konferenzen -, dass wir jetzt einen sehr, sehr abrupten Wechsel gerade sehen. Ich mache mir mehr Gedanken um den abrupten Wechsel und auch um die handwerkliche Qualität des Gesetzentwurfes, dass man den so weit bringt, dass wir jetzt nicht das Kind mit dem Bad auskippen, an der einen oder anderen Stelle.

Ich glaube, es ist auch noch einmal wichtig, zu sagen, dass wir momentan in der Branche ein ziemlich extremes Wechselbad nehmen. Einerseits Erfolge. Wir haben gerade ein paar Sachen in China gemacht, die für uns sehr erfolgreich gelaufen sind. Andererseits zu Hause die Situation, dass man den Eindruck hat, man macht etwas, was kreuzgefährlich ist oder alles kaputt macht.

Ich möchte dazu eine Sache einmal sagen. Zu SV Dr. Hubert **Aulich** (PV Crystalox Solar GmbH). Was er gesagt hat mit den deutschen Produktionsstandorten. Ich möchte doch alle bitten, die daran beteiligt sind, egal, ob sie Photovoltaik jetzt besonders gut finden oder eben vielleicht gar nicht so gut finden, dass man damit aufhört, das Erreichte, gerade in der Produktion in Deutschland kaputt zu reden. Das ist mir sehr wichtig. Weil, ich sage einmal so: Für fast alle technologischen Kerne, die wir in Deutschland haben, stehen fünf Chinesen oder fünf Inder in der Hinterhand, die nach der Insolvenz diese Firmen übernehmen werden. Und dann haben wir in fünf Jahren diese Firmen nicht mehr hier, sondern irgendwo in China sitzen. Ich denke einmal, es wäre jetzt sinnvoll, dass wir das, was wir jetzt machen, ordentlich machen. Eine weitere Anpassung ist in Ordnung. Ich hätte auch gerne gesehen, dass sie die Branche selbst stärker befürwortet hätte.

Zu meinem Vorredner möchte ich einmal zwei Punkte sagen, gerade in Richtung des BDEW. SV Dr. Maren **Hille** (BDEW), wir kennen uns nun auch schon eine Weile. Seit 20 Jahren bin ich jetzt im Bereich der Photovoltaik tätig. Bei den ersten 3 kW-Anlagen, - die klassische Dachanlage, heute ein Produkt, was über eine Million mal verkauft wurde – da sollten wir die nicht ans Netz kriegen und mussten gem. Stromeinspeisegesetz, was damals von der damaligen Schwarz-Gelben Koalition beschlossen wurde, vorzeigen, damit man überhaupt ans Netz kam. Seit dem höre ich, dass wir die Spannung erhöhen. Seit dem höre ich, dass wir die Netze kaputt machen. Und jetzt mit 24 GW im Netz, dezentral verteilt auf 1,3 Mio. Anlagen, kriegen wir das immer noch alles ganz gut hin. Ich wünschte mir, dass wir hier im Dialog dann sachlich einmal sagen: Wo sind die Schwerpunkte der Probleme? Es gibt welche, das wollen wir nicht vom Tisch reden. Aber ich wünsche mir gerade vom BDEW, dass man einmal etwas mehr differenziert zwischen Wind-Offshore und kleinen dezentralen Photovoltaikanlagen oder auch der Anlagengröße, die SV Martin **Zembsch** (BELECTRIC Trading GmbH) gerade beschrieben hat. Denn eine Onshore-Photovoltaikanlage ist billiger als eine

Offshore-Windanlage und braucht fast keinen oder einen ganz geringen Netzausbau, den in der Regel wir als Betreiber zahlen müssen. Hier wünschte ich mir einfach ein bisschen mehr Sachlichkeit. Gerne auch auf unserer Ebene, das möchte ich jetzt nicht von mir weisen.

SV Dr. Holger **Krawinkel** (vzbv), wir haben uns auch schon öfter unterhalten. Wir haben dieses Thema 3,5 Cent-Umlage und die Belastung der Verbraucher. Es ist dann die Rede von dem Sozialhilfeempfänger, der im Prinzip die Zeche zahlt für den Zehlendorfer Anlagenbetreiber. Ich wünschte mir, der Nebensatz wäre dabei: Wir alle zahlen diesen Strom. Wir sollten damit aufhören, einen Sozialhilfeempfänger heute als jemanden zu benutzen, auf den man einschlagen kann und am nächsten Tag als Kronzeugen, um gegen diese Technik vorzugehen. Und dann hören wir auf damit, weil das 3,5 Cent-Ziel sowieso im Herbst nicht zu halten ist. Denn dann wird das ganze System sich aus den Angeln hebeln. Wir sehen jetzt an der Strombörse die Strompreise immer weiter fallen. Wir hatten im Februar die niedrigsten Strompreise, seitdem wir die Börse haben. Und das ohne Atomstrom. Das muss man einmal klar sagen. Das liegt daran, dass wir sehr viel Erneuerbare-Energien-Strom haben. Der senkt die Börsenpreise. Das wird im Herbst dazu führen, dass die EEG-Umlage sich möglicherweise erhöht. Aber das ist dann nicht unsere Schuld. Sondern das liegt daran, dass das System entwickelt werden muss. Und deshalb wünsche ich mir mehr Koordination, auch hier bei der Energiewende.

Vom Gesetz her kritisch finde ich persönlich am meisten diese Verordnungsermächtigung. Das Zweite ist das vorliegende Marktintegrationsmodell. Wir haben bereits eine Marktprämie eingeführt, zum 1. Januar. Wenn die jetzt nicht funktioniert, frage ich mich, warum wir eine zweite einführen wollen. Wenn wir die erste Marktprämie weiterentwickeln wollen, dann sollten wir sehr genau hinschauen: Was kann ich mit dem Strom im kleinen Haus anfangen. Das ist sicherlich eine andere Variante. Ich sage einmal, ich gehe in meinen Garten und mache meine eigenen Kartoffeln und esse sie selbst. Also Strom zu Hause erzeugen. Das sieht der BDEW nicht so gerne, diese Eigenerzeugung. Ist ja auch klar, weil das könnte bedeuten, dass die Leute mit einem Speicher sich abkoppeln. Auf der anderen Seite, ganz klar, auch bei den Großanlagen: Wir müssen reinkommen in neue Modelle, mit denen wir den Strom wirklich vermarkten können. Denn wenn es so kommt, wie es im Gesetz steht, dann ist es nichts anderes als eine weitere Vergütungssenkung. Denn jetzt ist es momentan noch nicht so weit, dass man diesen Strom handeln oder verbrauchen könnte.

Marktintegration ist richtig, aber bitte die bestehenden Instrumente weiterentwickeln und nicht über Nacht.

Und das ist nach wie vor für mich das Thema: Fallbeilnovelle. Letztes Jahr im Sommer wurde eine Novelle mit einem großen Vorlauf gemacht. Jetzt haben wir eine große Novelle, nicht nur eine Vergütungssenkung, innerhalb von wenigen Wochen. Und das ist, glaube ich, das Thema. Abschließend wünsche ich mir von Ihnen, dass Sie - ohne sich mit der Verordnungsermächtigung als Parlamentarier komplett das Heft aus der Hand nehmen zu lassen - einen rundherum sinnvollen Gesetzentwurf hinkriegen.

Ganz klare Botschaft von meiner Seite: Es geht nicht darum, auf Vergütungssätzen zu beharren, sondern um eine saubere Bearbeitung aller Bereiche. Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

Vorsitzende: Herzlichen Dank an alle Sachverständigen. Philippe **Welter** von der PHOTON Europe GmbH ist leider immer noch nicht da. Wir beginnen jetzt mit der ersten Fragerunde. Als erstes Abg. Dr. Maria **Flachsbarth** (CDU/CSU).

Abg. Dr. Maria **Flachsbarth** (CDU/CSU): Herzlichen Dank, Frau Vorsitzende. SV Dr. Hubert **Aulich** (PV Crystalox Solar GmbH), ich hätte von Ihnen gerne gewusst, wie sehen Sie die Preisentwicklung im Bereich Solaranlagen. Sie haben eben Ihren Standort in Bitterfeld vorgestellt. Aber Sie konkurrieren direkt im weltweiten Markt. Selbstverständlich drängen auch weltweit Produkte auf unseren Markt. Ich habe das „local content“-Argument schon vernommen. Aber dennoch, der Markt, so wie er im Moment strukturiert ist: Mit welcher Preisentwicklung rechnen Sie? Welches Zubauvolumen bestimmt den Markt? Auf der anderen Seite, welche Produktionskapazitäten gibt es weltweit?

An SV Karl-Heinz **Remmers** (Solarpraxis AG) hätte ich eine Frage bezüglich des erwarteten Zubaus. Können Sie mir sagen, wo wir sind? Geben Sie uns doch einmal aus Ihrer Kenntnis und aus Ihrer Sicht eine Größenordnung. Und zwar sowohl im Hinblick darauf, wenn wir das jetzt unverändert lassen, also Status Quo Gesetzeslage, als auch hinsichtlich der zukünftigen Gesetzeslage, so wie sie jetzt vorgesehen ist. Vielen Dank.

Vorsitzende: Dankeschön. Dann Abg. Dirk **Becker** (SPD).

Abg. Dirk **Becker** (SPD): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Ich habe zwei Fragen an SV Dr. Hubert **Aulich** (PV Crystalox Solar GmbH). Zum einen haben Sie eben dafür geworben, bei der jetzigen gesetzlichen Regelung zunächst zu

verbleiben und den nächsten Absenkungsschritt dann am 1. Juli 2012 in Höhe von 15 Prozent zu machen. Das war spontan auch eine Überlegung, die wir angestellt haben. Jetzt müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass wir durch die Politik der Bundesregierung wieder sehr starke Aktivitäten auf dem Zubaumarkt haben, die uns befürchten lassen – grundsätzlich sehe ich den Zubau von PV natürlich nicht als Befürchtung -, dass wir zum 1. April 2012 bei einer Größenordnung von 4 GW landen könnten. Ich frage, sei es vorstellbar, ohne nachhaltig größeren Schaden anzurichten, diesen Schritt vom 1. Juli 2012 auf den 1. April 2012 vorzuziehen und danach, so wie Sie es auch dargestellt haben, mit dem bisherigen Zubaukorridor, vielleicht in einer neu justierten Ausrichtung, weiterzumachen?

Die zweite Sache, die Sie gegen Ende Ihrer Ausführung nicht mehr ganz darstellen konnten, ist die Frage: Was müssen wir machen, um den Eigenverbrauch zu stärken? Ich glaube, alle Sachverständigen sind der Auffassung, dass die vorgesehene Regelung genau das nicht bringt, sondern dass es im Endeffekt eine weitere Kürzung ist. Sie hatten auch das Thema Speichertechnologie mit angesprochen. Dazu finden wir leider nichts in dieser Novelle. Das heißt, man kürzt. Man redet von Eigenverbrauch, macht aber nichts dafür. Wenn Sie es einfach noch einmal deutlich machen würden, was aus Ihrer Sicht geschehen müsste, um das Thema Eigenverbrauch, aber auch Speicherung für das Gesamtsystem voranzubringen. Denn das ist ja wichtig bei der Marktintegration, nicht nur der Eigenverbrauch. Was muss man machen, um das zu stärken? Sie hatten schon einmal eine zeitliche Schiene genannt, wie lange man braucht, um so etwas im System zu reglementieren.

Vorsitzende: Danke schön. Dann Abg. Michael **Kauch** (FDP).

Abg. Michael **Kauch** (FDP): Vielen Dank. Zunächst einmal möchte ich für die Koalitionsfraktionen einige Hinweise geben, die vielleicht für den weiteren Verlauf der Anhörung nicht ohne Bedeutung sind. Die Koalitionsfraktionen haben sich über zwei wesentliche Punkte zur Abänderung des Gesetzentwurfs bereits verständigt, sodass man vielleicht die Beratung hierzu dann auch in diesem Lichte führen kann:

Wir haben zum einen uns verständigt, dass wir das Modell des „Atmenden Deckels“ wieder einführen wollen, in diesen Gesetzentwurf.

Und wir haben uns verständigt, dass die Verordnungsermächtigung zur Marktintegration komplett gestrichen werden soll. Bei der anderen Verordnungsermächtigung sind wir in Beratungen.

Ich wollte das auch in Abstimmung mit der Kollegin Abg. Marie-Luise **Dött** (CDU/CSU) hier deutlich machen. Das ist, glaube ich, auch für die Sachverständigen wichtig in der Bewertung, was momentan tatsächlich der Diskussionsstand ist.

Dann würde ich gerne beginnen. Wir haben leider keine Struktur dieser Anhörung vereinbaren können. Deshalb kommen die Themen jetzt ein bisschen durcheinander. Wir haben Diskussionen über die Frage, wie denn das mit den Freiflächenanlagen ist, welche Wirkungen sie auf die Landschaft haben und auch die Frage, welche Aufwendungen tatsächlich notwendig sind, im Vorlauf einer Freiflächenanlage auf einer Konversionsfläche.

Dort hätte ich gerne zunächst einmal von SV Martin **Zembsch** (BELECTRIC Trading GmbH) die Information, wie viel Hektar entsprechen einem MW Leistung?

Und ich hätte gerne die Information, worin sich zeitlich und finanziell die Aufbereitung einer Konversionsfläche von einer sonstigen Freiflächenanlage unterscheidet.

Vorsitzende: Dankeschön. Dann Abg. Ralph **Lenkert** (DIE LINKE.).

Abg. Ralph **Lenkert** (DIE LINKE.): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Ich will noch einmal kurz darauf hinweisen: Am 23. Februar 2012 hat die Bundesregierung verkündet, dass es Kürzungen gibt, die dann irgendwann rückwirkend nach Verabschiedung zum 9. März 2012 in Kraft treten sollen. Ich meine, jeder mit halbwegs wirtschaftlichem Sachverstand weiß, dass die Wirtschaft sichere, kalkulierbare Rahmenbedingungen braucht, um Projekte durchzuziehen und finanzieren zu können. Ich höre deshalb mit Freude, dass die Koalitionsfraktionen über etwas mehr Sachverstand verfügen als die Bundesregierung. Ich möchte sie in diesem Thema auch unterstützen, dass sie da weitergehen.

Ich habe eine Frage an SV Dr. Hubert **Aulich** (PV Crystalox Solar GmbH). Könnten Sie kurz darstellen, wie sich diese Ankündigung bei Ihnen schon ausgewirkt hat und wie sich das bei anderen Firmen, die sie kennen, ausgewirkt hat? Diese Ankündigungen, dieser Zick-Zack-Kurs. Das würde mich interessieren.

Die zweite Frage: Wir sind uns einig, die Chinesen schaffen eine Dumping-Situation. Die produzieren zwar auch Minus. Aber die haben eine Regierung, die zu ihrer Industriepolitik steht und ihre Industrie fördert. Welche Maßnahmen sehen Sie, damit im Prinzip diese Arbeitsplätze und diese Zukunftsbranche in der Bundesrepublik

gesichert werden können, auf dem Niveau, das sie jetzt zumindest haben. Vielen Dank.

Vorsitzende: Dankeschön. Dann Abg. Hans-Josef **Fell** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN).

Abg. Hans-Josef **Fell** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die erste Frage an SV Dr. Maren **Hille** (BDEW). Sie haben über die Einführung des Marktintegrationsmodells sehr kritische Äußerungen gemacht. Ich würde Sie konkret noch einmal fragen wollen, welche Kosten würde das für die Energieversorger verursachen? Lassen Sie mich noch eine Bemerkung dazu machen. Sie haben den Vorschlag gemacht, stattdessen nur acht Monate Vergütung auszubezahlen. Das kann man aus Gerechtigkeitsgründen nur dann machen, wenn die Stromkunden ihren Bezug aus Atom- und Kohlekraftwerken auch nur acht Monate lang mit ihrer Stromrechnung bezahlen. Denn das wäre sicherlich nur so sinnvoll. Aber meine Frage bezog sich auf das Integrationsmodell.

Die zweite Frage an SV Karl-Heinz **Remmers** (Solarpraxis AG). Die Bundesregierung sagt, rein formal von den Vergütungssätzen 20 bis 30 Prozent Senkung. Aber wir haben viele versteckte Maßnahmen in diesem Gesetzentwurf, die einer Vergütungssenkung gleichkommen, weil sie den Anlagenbetreiber mit zusätzlichen Kosten belasten. Also Zähler, die neu installiert werden müssen. Aber vor allem eben auch das Marktintegrationsmodell, wonach 85 oder 90 Prozent nur noch vergütet werden sollen. Insofern möchte ich Sie fragen, was das de facto für eine vergütungssenkende Wirkung hat und wie sich das wirtschaftlich auf die Anlagenbetreiber auswirkt? Wie wäre denn diese Wirkung, wenn es sogar noch eine Diskussion gebe, die Vergütung noch weiter nach unten zu drücken, beispielsweise in Richtung 70 Prozent.

Vorsitzende: Dankeschön. Wir kommen jetzt zur ersten Beantwortungsrunde. Ich beginne mit SV Dr. Maren **Hille** (BDEW). Sie haben eine Frage von Abg. Hans-Josef **Fell** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN).

SV Dr. Maren **Hille** (BDEW): Marktintegrationsmodell kritisch – ja richtig. Ich habe auf den Abwicklungsaufwand im Bereich der Verteilnetzbetreiber hingewiesen. Da erreichen uns, wie gesagt, unzählige Briefe, gerade von kleinen Unternehmen und insbesondere aus dem bayrischen Raum, die darauf hinweisen, dass sie eben ein rollierendes Abrechnungsverfahren haben. Abg. Michael **Kauch** (FDP), dieser „Atmende Deckel“, der wird zusätzlich eingeführt und die monatliche Degression um 1,5 Cent bleibt

trotzdem erhalten? Ist es so oder ist es ein Ersatz?

Abg. Michael **Kauch** (FDP): Die Ausgestaltung liegt noch nicht vor. Wir haben die Grundsatzentscheidung getroffen, dass ein „Atmender Deckel“ wieder eingeführt wird.

SV Dr. Maren **Hille** (BDEW): Ok. Gut. Also ist noch nicht klar, ob es diese monatliche Absenkung gibt. Das wäre natürlich eine enorme Entlastung, wenn die gestrichen würde. Aber die Verteilnetzbetreiber müssen dann einerseits rollierend abrechnen. Je nach Kunden, wann die dran sind, welcher Monat. Und zweitens zum Jahresende ermitteln, wie viel Strom ist insgesamt erzeugt worden, wie viel Strom ist eingespeist worden, 85 Prozent davon würden vergütet werden - und so weiter. Das stellt sie offenbar vor Herausforderungen, die nicht handhabbar sind. Dazu kommt auch der Hinweis, dass die teilweise wegen vorrangiger Einspeisung aus dem Erneuerbare Energien Bereich und dem schleppenden Netzausbau auch mittlere, kleine Gewerbeunternehmen teilweise vertrösten müssen. Wir können sie leider erst übernächstes Jahr anschließen.

Sie fragen nach den Kosten: Das ist eine schwierige Frage. Es geht darum, dass sie immer mehr Personal vorhalten müssen, um diese Abrechnungen zu machen. Da könnte ich vielleicht anbieten einmal eine Umfrage bei unseren Mitgliedsunternehmen zu machen, um da eine Abschätzung vorzunehmen. Dieser Gesetzesvorschlag ist ja sehr kurzfristig gekommen. Das hat sie alle sehr erschüttert. Die Briefe, die wir kriegen, sagen, es geht überhaupt nicht. Es ist völlig undenkbar. Es ist ausgeschlossen, das zu handhaben. Aber ich denke, konkret eine Quantifizierung der Kosten hat noch niemand durchgeführt.

Vorsitzende: Dankeschön. Der Nächste ist SV Dr. Hubert **Aulich** (PV Crystalox Solar GmbH). Sie haben eine Reihe von Fragen: von Abg. Dr. Maria **Flachsbarth** (CDU/CSU), zwei von Abg. Dirk **Becker** (SPD) und zwei von Abg. Ralph **Lenkert** (DIE LINKE.).

SV Dr. Hubert **Aulich** (PV Crystalox Solar GmbH): Vielleicht zur Frage, die Sie zuerst gestellt haben. Es ging um die Marktentwicklung, Kapazitäten weltweit und Preisentwicklung. Was tut sich da? Man muss eigentlich generell zwischen zwei Teilen der Photovoltaik unterscheiden. Das eine sind die Firmen, die die Anlagen installieren, die im Wesentlichen Module einkaufen, im Wesentlichen auf den stärksten Märkten, das sind Deutschland bzw. Italien. Und dann die Produzenten, zu denen wir gehören. Es sind eigentlich zwei verschiedene Themen. Bei

den Produzenten ist es so, und bei den weltweit aufgebauten Kapazitäten, dass China inzwischen bei Weitem die Nummer eins ist. In etwa sind 40 bis 60 Milliarden in die Photovoltaik geflossen, um China zur Nummer eins zu machen. Das ist eine erklärte Strategie, die China festgelegt hat. Sie möchten die Nummer eins sein bei dieser wichtigen Technologie. Sie bearbeiten die Märkte, die sie für wichtig erachten. Und da geht es in den meisten Fällen nicht darum, ob das eine kostendeckende Produktion ist. Sondern es geht darum, welchen Preis man erzielen muss, damit man auf dem Markt X oder Y das Modul absetzen kann. Auf allen Gebieten in der Wertschöpfungskette, angefangen mit dem Rohstoff Silizium bis hin zum fertigen Modul, herrschen große Überkapazitäten. Man kann eigentlich sagen, weltweit gemessen etwa um den Faktor 2 bis 3. Das bedeutet, dass die Produkte vorhanden sind, wenn sie weiter so gefertigt werden. Bevor sie aus der Sicht der Chinesen im Lagerhaus vergammeln, werden sie auf den verschiedenen Märkten abgesetzt. Wir haben im letzten Jahr auf dem Scheibensektor, Zellensektor, Preissenkungen gesehen von etwa 40 bis 60 Prozent. Jetzt geht es weiter mit den Absenkungen, die wir hier haben. 15 Prozent, so ist die jetzige Regelung, waren schon, 15 Prozent kommen noch dazu. Dann monatliche Absenkungen. Die Orientierungsgröße sind immer die Modulpreise. Und danach richtet sich die ganze Wertschöpfungskette aufwärts. Wenn die Chinesen der Meinung sind, dass dieser Preis, der jetzt auf dem Markt herrscht, nicht reicht, dann wird der Preis gesenkt. Das geschieht nicht, weil dort fantastische Technologie ist. Die Technologie kommt aus Deutschland. Deutschland ist die Nummer eins weltweit. Und wann immer solche Sprüche zu hören sind, wir sind technologisch nicht stark genug, das ist Unsinn. Aber wir haben keine Wirtschaft, die mit China vergleichbar ist. Gott sei Dank, sage ich. Aber dem müssen wir uns anpassen. Und deshalb auch die Überlegungen über einen Bonus. Ich sehe auch für die kommenden Jahre, dass diese hohen Kapazitäten nicht so schnell abgebaut werden können. Wir haben jetzt weltweit so etwa 60 bis 70 GW. Die Kapazitäten, die da sind, sind bei 140 bis 150 GW. Das dauert eine Weile, bis die Preise fallen werden. Aber, ob die Hersteller noch dabei sein werden, das ist die große Frage. Für mich generell gilt: Die Photovoltaik ist die Schlüsseltechnologie dieses Jahrhunderts. Die wird kommen. Ob mit Deutschland oder ohne Deutschland. Wir sollten alles daran setzen, dass wir diese Arbeitsplätze hier im Land erhalten. Das EEG ist nicht das Instrument, mit dem ich jetzt diese Thematik steuern kann. Ich muss mir dort etwas anderes einfallen lassen.

Dann noch Abg. Dirk **Becker** (SPD). Ihre Frage war, ob wir das vorziehen sollen vom 1. Juli 2012 auf den 1. April 2012. Das war eine Frage. Und die zweite Frage war das Thema Speicher, was geschieht dort.

Zu der ersten Frage: Ich habe das Thema Verlässlichkeit angesprochen. Wir haben letztes Jahr verabschiedet - 1. Januar 2012: 15 Prozent, 1. Juli 2012: 15 Prozent. Ich kann eigentlich nicht einsehen, warum sich jetzt da etwas ändern soll. Und ich bin auch nicht der Einzige. Ich habe das erzählt: Wir können nicht rauf und runter fahren, Kapazitäten auslasten. Das ist enorm schwer. Sie müssen Rohstoffe einkaufen, wenn sie produzieren. Sie müssen dafür sorgen, dass die Produktion abgesetzt werden kann. Wir können dort keine großen Effekte erkennen, ob ich das jetzt zwei Monate später mache und dann beginne mit diesem Einführungsmechanismus, 2 Prozent. Oder was immer die Prozentzahl ist, die muss festgelegt werden.

Bei dem Thema Speicher: Natürlich ist es ein riesiges Thema. Aber im Gegensatz zu den Windenergien spielt sich die Photovoltaik im Wesentlichen im Niederspannungsnetz ab. Das kann ausgebaut werden. Dort kann ich, das ist auch schon gesagt worden, eine gewisse Steuerung machen - über die Wechselrichter. Und ich kann im Niederspannungsbereich über regelbare Transformatoren sehr, sehr viel machen. Ich rede also nicht davon, dass ich hier Milliarden einsetzen muss, um das zu erreichen. Dass wir einen Speicher brauchen, das steht außer Frage. Da ist es aber so, dass derzeit kein kostengünstiger Speicher zur Verfügung steht. Das ist eine Technologie, die muss angegangen werden und da kann Deutschland eine große Rolle spielen. Aber das sind Themen, die brauchen drei, vier, fünf Jahre. Die haben wir jetzt nicht. Wir können aber jetzt hier nicht den Fadenriss machen und sagen: Jetzt warten wir erst einmal, bis wir die Speicher haben und dann noch einmal eins nach dem anderen. Das heißt, der Langsamste führt dann den Schnellsten. Das wäre aus meiner Sicht der absolut falsche Weg.

Dann habe ich eine Frage, die Sie gestellt haben. Da ging es darum, welchen Einfluss hat bereits die Ankündigung auf die Firmen. Da kann ich Ihnen auch sagen, dass das verheerende Auswirkungen hat. Diese Ankündigung bedeutet, dass also die Bedingungen, insbesondere für den produzierenden Bereich sehr, sehr viel schlechter noch einmal geworden sind. Die produzierenden Firmen weltweit haben letztes Jahr kein Geld verdient. Viele der chinesischen Unternehmen sind an der Börse notiert, Sie können also verfolgen in einem gewissen Grad, was dort verdient wurde oder was nicht verdient wurde, durch die Bankverluste. Normalerweise würde

man sagen, also in unserem Wirtschaftssystem: Wenn ich Verluste mache, dann verkaufe ich unter Kosten. Das ist etwas, was ich normalerweise nicht machen würde. Also würde ich sagen, ich fahre meine Kapazitäten runter. Das ist aber nicht der Fall in China. Dort wird anders gerechnet. Und deswegen haben wir in Teilen im produzierenden Bereich diese großen Probleme. Die Ankündigung an sich bedeutet, wenn Sie im produzierenden Bereich sind, dass die Banken erst einmal sagen: Was wollen Sie da eigentlich? Ist doch schon so viel da. Und jetzt wollen Sie auch noch Geld. Besonders wenn es Ihnen nicht so gut geht, dann werden Sie große Schwierigkeiten haben, einen Kredit zu bekommen. Deswegen ist diese verlässliche Politik, die in Deutschland notwendig ist, damit dieser Produktionsstand erhalten bleibt, so unendlich wichtig.

Thema Arbeitsplätze sichern: Da ist unser Vorschlag, diesen Bonus für den europäischen content zu geben. Das ist etwas, was in Italien gelaufen ist und dort auch nicht schlecht gelaufen ist. Es ist aus meiner Sicht verbesserungswürdig. Aber dort könnten wir ein Instrument schaffen, mit dem wir dafür sorgen können, dass die Arbeitsplätze nicht abwandern, so wie bei vielen anderen Technologien, die in Deutschland einmal beheimatet waren, die nicht mehr vorhanden sind. Es gibt eine ganze Reihe von Leuten in Deutschland, die sagen: Ok – Big Deal, was soll's. Dann werden die Module in China gefertigt. Aber diese Technologie ist eine der Schlüsseltechnologien. Es ist die erste Technologie, die mit Halbleitern arbeitet. Da wird nichts verbrannt, da wird nichts heiß, da dreht sich nichts, das Ding steht da, ist ruhig und erzeugt Strom. Das hat eine enorme Zukunft. Und wenn wir diese Zukunft an China abgeben, dann machen wir einen gravierenden Fehler. Deutschland und die Regierung, die jetzt diese großen Änderungen macht, sollten dafür sorgen, dass das nicht geschieht. Da sollten wir nicht darüber diskutieren, dass wir weniger erneuerbare Energien machen, sondern mehr erneuerbare Energien. Das wäre mein Plädoyer an Sie, dass Sie sich dafür einsetzen, dass das nicht geschieht, dass die Arbeitsplätze nicht nach China abwandern, sondern dass das Thema uns erhalten bleibt. Wir stehen erst am Beginn dieser Entwicklung. Und wenn Sie einmal eine Entwicklung abrechnen, dann werden Sie auch nicht wieder Anschluss finden.

Zum Beispiel, da Sie mich vorhin gefragt haben, Speichertechnologien. Deutschland war eines der führenden Länder auf dem elektrochemischen Sektor, elektrochemische Speicher. Es gab vor zwei Jahren keine Lehrstühle mehr für Elektrochemie. Das Thema

war tot. Das passiert, wenn Technologien, die einmal da waren, nicht mehr gepflegt werden, weg sind. Das ist das Ende.

Vorsitzende: Dankeschön. Dann SV Martin **Zembsch** (BELECTRIC Trading GmbH). Sie haben zwei Fragen von Abg. Michael **Kauch** (FDP).

SV Martin **Zembsch** (BELECTRIC Trading GmbH): Ich will die eine Frage kurz beantworten. Flächenverbrauch pro Megawatt auf der Freifläche, je nach Technologie würde ich einmal sagen zwischen 1,4 bis 1,7 Hektar pro installiertem Megawatt.

Zum Thema Konversionsfläche muss man klar sagen: Ich will das einmal an zwei Beispielen erläutern. Das eine sind die klassischen Militärfächen, die es gerade auch in den neuen Bundesländern gibt. Aber ab und zu gibt es auch einen Militärstandort, der von den Amerikanern geschlossen wurde. Das andere sind die sogenannten Industriebrachen. Sei es eine Kokerei, sei es eine Zuckerfabrik etc. Der klassische Unterschied zwischen der normalen Freifläche, die im Gewerbegebiet entsteht oder auf dem 110 m Randstreifen oder früher auch auf der Ackerfläche, sind einfach die auf dem Gelände befindlichen Altlasten. Wenn wir heute in eine Kommune kommen und sagen, wir würden gerne ein Bauleitverfahren auf dieser Fläche starten, dann ist die erste Antwort, die wir kriegen: Du kannst dich schon einmal darauf einstellen, dass im städtebaulichen Vertrag geregelt wird, die Altlasten sind dein Problem. Egal ob das Grundstück der Kommune gehört, ob wir es vorher von der BImA gekauft haben oder ob wir es von irgendjemandem anpachten. Das Problem, das wir draußen immer wieder feststellen, ist eins: Die Kommunen haben oftmals nicht das Geld, um sich diesen Altlastenbeseitigungen überhaupt anzunehmen. Wir haben jetzt eine Militärfäche, da hat einmal ein Müllberg darauf gebrannt. Da hat die Stadt vor 10 Jahren ein Darlehen mit 2,5 Mio. Euro aufgenommen, um die Löschkosten finanzieren zu können. Die haben es gerade einmal zurückbezahlt. Da geht es insbesondere bei den Industriebrachen teilweise sogar noch um den Abriss der alten Industrieanlagen. Es geht um die Beseitigung von Fundamenten. Es geht aber auch teilweise um den Austausch von Boden. Gerade in den neuen Bundesländern hat man, zumindest vor der Wende, vielleicht den Naturschutz oder Umweltschutz nicht immer ganz so ernst genommen. Dann ist es halt in den Boden reingelaufen und das war es dann auch. Das Gleiche gilt auch, wenn Sie eine Militärfäche nehmen. Entscheidendes Thema - in der Regel sind die Flugplätze auch während des Zweiten Weltkrieges in Betrieb gewesen. Sie können sich

nicht vorstellen, was da noch alles liegt. Wir müssen einen öffentlichen Kampfmittelräumdienst holen, der mit einem Fahrzeug, vorne mit einer Sonde, die Fläche untersucht. Wir sprengen Blindgänger aus dem Zweiten Weltkrieg oder entfernen Munition. Das müssen wir entsorgen. Das Gleiche gilt auch für alte Tanklager. Die waren oftmals undicht, d. h., es gibt Kerosinverunreinigungen der Bodenflächen. Die Tanklager müssen entfernt werden. Kurz, wir reden hier bei jeder Konversionsfläche von Mehraufwendungen im Vergleich zu einem klassischen Standort von mindestens 10 bis 15 Prozent Mehrkosten.

Der zweite wichtige Punkt: Noch bringen wir den Strom nicht per Bluetooth zu den Energieversorgern oder Netzbetreibern. Konversionsflächen liegen nicht unbedingt in der Nähe einer 110 kV- oder 380 kV-Leitung. Das heißt, wir bauen hier Netzanschlüsse, die 20 oder 25 Kilometer lang sind, die jeweils ein paar Millionen Euro kosten. Hier kommen entscheidende Mehrkosten zustande.

Kleine Anmerkung zu einem Vortrag hier: Die immer diskutierten Modulpreise, bitte berücksichtigen Sie, das Modul ist mittlerweile weniger als die Hälfte der Baukosten in einem Kraftwerk. Das muss man doch berücksichtigen. Ich möchte Sie sehen, wenn ich zu meinen Mitarbeitern sage - wir bauen alle Komponenten selbst in deutscher Fertigung - die Modulpreise sind um 30 Prozent gefallen, jetzt muss ich euch auch 30 Prozent eures Gehaltes kürzen, weil ich selbst 30 Prozent weniger Vergütung bekomme. Diese ewige Logik, die Senkung immer an den Modulpreisen anzupassen, die muss man beleuchten. D. h. aber nicht, dass ich gegen die Kürzungen bin. Aber es liegt nicht nur am Modul. Es ist wesentlich mehr in einem Solarkraftwerk enthalten, sei es auf dem Dach, sei auf der Freifläche.

Vorsitzende: Dankeschön. Dann SV Karl-Heinz **Remmers** (Solarpraxis AG), Sie haben eine Frage von Abg. Dr. Maria **Flachsbarth** (CDU/CSU) und Abg. Hans-Josef **Fell** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN).

SV Karl-Heinz **Remmers** (Solarpraxis AG): Bevor ich die schwerste Frage hier beantworte oder besser, einen Korridor aufbaue, um zu verstehen, was haben wir für Marktmechanismen, will ich gerne noch einen Satz zu dem sagen, was SV Martin **Zembsch** (BELECTRIC Trading GmbH) gerade gesagt hat - weil wir aus unserem Ingenieurbüro auch sehr intensiv im Ausland mit diesen Konversionsflächen zu tun haben. Ich glaube, es ist einfach ganz wichtig. Wir reden nicht davon, dass wir irgendwo Flächen neu versiegeln wollen, sondern dass wir oftmals wirklich große Probleme haben.

In Brandenburg an der Havel haben sie immer von einem Regionalflugplatz geträumt. Den Traum haben sie aufgegeben, nachdem 1.500 Neonazis auf dem Grundstück eine Party gefeiert haben. Hinterher gab es einen gewaltigen Aufschrei. Die Hangars waren voller Müll bis oben hin. Wer bezahlt das? Man macht eine Freilandphotovoltaikanlage daraus. Ich fände es von meiner Seite aus sehr wichtig, dass wir da weiter machen können. Weil ich glaube, da haben wir einen echten Nutzwert in der Fläche. Das ist mir ein persönliches Anliegen.

Abg. Dr. Maria **Flachsbarth** (CDU/CSU), was soll ich Ihnen sagen. Ich habe im Januar in unserem Blog geschrieben, über das, was im Markt passiert ist, nachdem ich im Dezember geschrieben habe, der Boom fällt aus. Dann habe ich im Januar geschrieben, ach du meine Güte, da liegen jetzt Zahlen vor in der Höhe von drei Gigawatt aus der Bundesnetzagentur, die bis heute nicht validiert sind. Die wir an einem Nachmittag hätten schön nach oben treiben können, wenn wir uns einfach vor den Rechner gesetzt hätten.

Das ist ein Appell an Ihre Seite: Bitte sorgen Sie dafür, dass diese Bundesnetzagentur wirklich immer valide Zahlen auf den Tisch legt. Weil ich wüsste gerne, bevor so weitreichende Entscheidungen gefällt werden, was wirklich gebaut worden ist. Ich kann mir das vorstellen, dass das möglich war, dass es gebaut wurde. Aber ich weiß auch ganz genau von vielen Kollegen bei uns im Haus, dass wir sagen, drei Gigawatt in einem Monat, glauben wir nicht. Jetzt sind wir bei der Frage, was glauben wir denn und was können wir denn mit unserem derzeitigen Marktüberwachungen feststellen.

Wir haben eine Situation in der Photovoltaik, dass wir mittlerweile wahrscheinlich 1,5 bis 2 Millionen Anlagen im Netz haben. Ich glaube, wenn wir alle Kraftwerke in Deutschland zusammenzählen, kommen wir nur auf einen Bruchteil davon, wenn wir jetzt in die klassische Industrie gehen. Das heißt, wir haben dort eine Situation, die ist so ähnlich wie bei einem Internetprodukt oder beim Aufruf bei Facebook, dass letztendlich im Prinzip Millionen von potenziellen Kunden bereitstehen. Das kann hier jeder im Raum sein, der sich eine Anlage kauft. Aber ich kann überhaupt nicht abschätzen, wann ist bei Ihnen z. B. der Punkt erreicht, wo Sie sagen, ich kaufe mir so eine Anlage oder eben nicht. Dadurch, dass jeder im Prinzip so eine Anlage erwerben kann oder eine Gruppe von Leuten auch größere Anlagen erwerben können und das oft gemacht wird, kann es jederzeit sein, dass plötzlich 50 von uns aufstehen und sagen, wir gehen zum Installateur und bestellen uns eine solche Photovoltaikanlage. Weil wir glauben z. B., die

Bundesregierung senkt wieder einmal Fördermittel ab und die hätten wir gerne. Oder weil wir eben vielleicht auch denken, dass eine Rendite besonders hoch ist. Das heißt, wir haben auf der Ebene des Marktes einen Markt, der sich wirklich so verhält wie ein Facebook-Aufruf. Der schießt aus dem Wasser heraus und versinkt wieder. Das ist auch für die Firmen ein totaler Überraschungseffekt, weil wir eben im Prinzip Millionen potenzieller Kunden haben - mit wahrscheinlich Tausenden oder Zehntausenden von Handwerksbetrieben, die diese Anlagen umsetzen können. Wir kennen eben nicht genau den Moment, an dem so ein Markt zündet. Denn wenn wir letztes Jahr z. B. überlegt hätten: Dann hätten wir alle erwartet, dieser Markt müsste eigentlich, nachdem plötzlich die Modulpreise ins Rutschen gekommen sind, irgendwann im Sommer gezündet haben. Das war aber nicht so. Sondern er ist erst kurz vor Weihnachten, im November irgendwann plötzlich auf volle Leistung gegangen - was man hier verbauen konnte. Selbst dort hatten wir den Eindruck, dass nicht alle Kapazitäten ausgeschöpft waren, mit denen wir bauen können. Deshalb habe ich im Dezember gesagt, der Boom fällt aus. Weil ich viele Handwerker kannte, die hatten im November und Dezember noch freie Kapazitäten. Nichtsdestotrotz hieß es am Ende plötzlich, es sind drei Gigawatt. Was bedeutet das? Auf der anderen Seite, SV Dr. Hubert **Aulich** (PV Crystalox Solar GmbH) hat es ausgeführt. Wir haben international auf der Lieferseite Überkapazitäten, d. h. im Grunde genommen, Materialnachschub ist kaum ein limitierender Faktor. Das kann nur temporär einmal zu Engpässen führen, weil man nicht genug Montagekapazitäten vielleicht einmal an einem Punkt hat oder nicht genug Material geordert hat, um Konstruktionen für die Befestigung zu haben. Module kann man mit einer gewissen Bestellzeit nachordern, quasi unlimitiert. Das heißt also, von der Seite gibt es diese Limitierung nicht. Wir haben extrem viele Leute, die eben diese Anlagen einbauen können. Weil die Netzwirkung auch nicht so schlimm ist, wie oft behauptet wird, können wir die Dinge auch ins Netz bringen. D. h. also jederzeit auch viele Anlagen gleichzeitig ins Netz noch einschalten. Das könnte also dazu führen, dass man im Markt beliebig hohe Installationsraten hat. Es gab Leute, die haben gesagt, es geht über 10 Gigawatt oder was auch immer in diesem Jahr hinaus. Wenn ich heute zu Ihnen sagen würde, ich bin ziemlich sicher, es werden nur drei oder vier in diesem Jahr oder was auch immer, dann glaube ich, dann wird das einfach eben eine Meinungsäußerung, aber das wäre nicht fundiert.

Was wir momentan sehen, ist, dass wir jetzt im ersten Quartal durch diese extrem schnell angekündigte Novelle natürlich einen Wahnsinns-Run auf die Handwerker haben. Dass gerade zum 9. März 2012 Leute 24 Stunden, rund um die Uhr, mit ihren Firmen gearbeitet haben. Weil sie eben in totaler Panik, dass die Aufträge komplett wegfallen, einbauen. Dass wir ziemlich sicher ein extrem starkes Quartal eins sehen. Ob das dann auch wieder so wie das letzte Quartal vier aussieht, kann ich nicht genau beurteilen. Aber würde es so aussehen, dann hätten wir am Ende des ersten Quartals schon so um die fünf Gigawatt installiert, in diesem Jahr.

Ich sage das jetzt noch einmal, es könnte sein, dass am Ende dieses Monats März in Deutschland bereits drei, vier oder fünf Gigawatt neu installierten sind, weil alles nach vorne gerannt ist, was da rennen konnte. Deshalb auch mein Appell, wenn wir über den Deckel jetzt weiter reden, dann müssen wir die Sondersituation noch einmal herausnehmen. Sonst können Sie im Prinzip sagen, dann wird es für den Rest des Jahres keine Vergütung mehr geben. Ich glaube, dann haben wir natürlich den Supergau in unserer Branche. Es ist extrem volatil.

Was ich schon glaube, ist, dass wir natürlich durch die niedrige Vergütung im Dachanlagensegment ein sehr schwaches zweites Quartal sehen werden. Alle Handwerker und Händler, die ich kenne, haben nach dem 1. April viele Leute freigesetzt, bereits heute. Das heißt, es findet jetzt bereits statt. Wir sehen, dass Zehntausende von Leuten ihre Arbeit dort verlieren werden, weil diesem Run eben im Prinzip der Kater folgt. Und zwar ganz heftig. Das wird im Dachanlagenbereich so sein. Ich kann nicht genau abschätzen, was wir im Freilandbereich bis zum 30. Juni 2012 oder wünschenswerterweise auch bei den ganz großen Anlagen bis zum Ende des Jahres noch bauen können. Denn die Banken haben nahezu jede Baufinanzierungstätigkeit eingestellt. Deshalb hat heute Nacht auch einer der größeren Entwickler Insolvenz angemeldet. Die Firma „Solarhybrid“, die in den letzten Jahren einen kometenhaften Aufstieg hatte, sicherlich auch zu den fragwürdigeren Firmen gehörte. Deshalb, es gibt Schlimmeres als diese Pleite. Nehmen Sie es aber einmal als Punkt: Die haben letztes Jahr auch mehrere 100 Megawatt installiert. Diese Firma ist heute Nacht Pleite gegangen. Das liegt auch daran, dass vorne keine Baufinanzierung mehr kommt, weil die Banken natürlich sagen, das Gesetz ist noch nicht fertig. Also in dem Bereich der Großanlagen, wo niemand privat bürgt, ist die Finanzierung ausgetrocknet. D. h., wenn die Firma BELECTRIC - oder die Großen, die noch was auf ihre Bilanz nehmen können - bis zu einem gewissen Punkt Anlagen bauen kann,

vorfianzieren kann, dann können die weiter machen. Ich habe aber gerade gestern mit mehreren Kunden das Thema gehabt. Gestern haben wir bei uns im Büro für über 20 Megawatt Anlagen gecancelt bekommen. Die sind weg, weil sie nicht vorfinanzierbar sind und weil die Entwickler zu klein sind, um das aus der eigenen Tasche zu machen. Das ist also der gegenläufige Punkt.

Eine Prognose zu stellen, wir bauen jetzt im zweiten Quartal noch einmal rund fünf Gigawatt oder zwei Gigawatt oder ein Gigawatt Freilandanlagen zu, ist extrem schwierig. Ich würde es eher am unteren Ende sehen. Und obwohl viel vorentwickelt ist, es ist einfach nicht das Geld im Markt. Im Dachanlagenbereich könnte der Markt wieder kommen. Das hängt dann sehr stark davon ab, da sind wir doch wieder bei den Modulen. Ich denke, SV Martin **Zembsch** (BELECTRIC Trading GmbH) hat es richtig gesagt, das Modul ist halt nur ein Teil der Komponenten. Aber es gibt Chinesen, die haben angekündigt, sie werden jede Vergütung mitgehen. Das hat vielleicht der eine oder andere von Ihnen auch gelesen in der Financial Times Deutschland. Die Firma Jinko Solar, die kurz vorher extreme Probleme damit hatte, weil sie diverse Flüsse zum Umkippen in China gebracht hat. Aber wieder mit dicker Lippe angekommen ist und für Deutschland gesagt hat, wir nehmen jeden Preis mit. Wenn sie wirklich subventioniert wird, dann wird sie es auch tun. Die Frage ist dann, wenn sie es tut oder jemand anderes in einer vergleichbaren Form wie es auch größere Chinesen tun, dann könnte natürlich im zweiten Halbjahr der Markt wieder hochgehen. Aber ich sage auch hier wieder - Konjunktiv. Weil alle Chinesen sind im Minus, mittlerweile. Die größte chinesische Firma „Suntech Power“ hat letztes Jahr eine Milliarde Euro versenkt. Die werden auch irgendwann sagen, jetzt sind wir an einem Punkt, wo das Geld-Rankleben an Module aufhören muss. Irgendwann hört es auch dort auf und dann muss die Produktion mit den Kostensenkungen hinterherkommen. Da werden wir eine Weile brauchen. Das ist extrem schwierig abzuschätzen, was dann in 2 ½ Jahren passiert. Eins ist ganz klar, ich glaube, wir müssen es einfach so gestalten, dass wir den Ausbau so billig wie möglich bekommen und dass wir nicht wegen jedes Gigawatts anfangen, sofort in Panik zu geraten oder man dann das Gesetz auf null herunter dreht, was mit der Verordnungsermächtigung denkbar wäre. Ich möchte da einfach noch einmal darauf hinweisen. Das wird den Markt sicherlich abbremsen. Wie scharf abgebremst wird, weiß ich nicht.

Wir haben massive Vorzieheffekte, d. h., wir haben wahrscheinlich das, was wir in dem Wachstumskorridor für dieses Jahr drin haben, im ersten Quartal gebaut. Sie müssen entscheiden,

ob wir im Endeffekt jetzt so weiter bauen können, mit möglichst geringen Kosten. Ich denke, der Vorschlag mit den Absenkungen liegt auf dem Tisch, damit nicht jedes Mal, wenn der Markt hochgeht, wir wieder hier sitzen oder das ganze Thema dann endgültig „in den Mülleimer geht“. Diese Technik kann extrem schnell extrem hohe Kapazitäten aufbauen. Das ist aus meiner Sicht genial, weil das zeigt, wie schnell erneuerbare Energien fossile und nukleare Kraftwerke verdrängen können und werden. Das ist meine Aufgabe. Deshalb muss ich klar sagen, ich finde es nicht schlimm, sondern das ist richtig. Die Netze können noch viel aufnehmen – im Bereich der Photovoltaik. Die 50 Gigawatt, die im Plan sind bis 2020, schaffen wir. Es muss jetzt so konstruiert werden, dass es so günstig wie möglich passiert. Da müssen wir einen Weg finden. Die Mengensteuerung finde ich extrem schwierig.

Zweite Frage, die Vergütungsabsenkung - von Abg. Hans-Josef **Fell** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich meine, es ist ziemlich klar, wir haben im Entwurf einige Vergütungsklassen nicht mehr drin. Das heißt also, wir haben Vergütungsabsenkungen ohne die Diskussion der neuen Marktprämie von bis zu 30 Prozent. Wenn wir aber die Marktprämie mit reinrechnen, dann sind wir wieder bei den Banken, was ich eben schon erwähnt habe. Dann wird die Bank nur noch das finanzieren, was sicher vergütet wird. Weil der Verkauf des Stroms bei Kleinanlagen sowieso absurd ist. Das wird nicht funktionieren. Den kann man höchstens selbst verbrauchen. Das ist okay bis zu einem gewissen Punkt. Dann muss man aber genau überlegen, wie man das macht, damit eben nicht wahnsinnige Kosten entstehen.

Bei Großanlagen, die die BELECTRIC Trading GmbH baut, da wird die Bank sagen, ihr wollt eine Megawatt-Anlage bauen, okay, 13,5 Cent Vergütung. Und 90 Prozent davon werden sicher vergütet. Also $13,5 \times 0,9$ sind wir bei 12. 12 Cent ist dann das, worauf die Bank einen Kredit ausreichen wird. De facto heißt das also, es ist die Vergütungsabsenkung von jetzt knapp 18 Cent auf 13,5 Cent minus weitere 10 Prozent für den Strom - was von der Bank finanziert wird. So werden es auch die meisten Investoren rechnen. Ich denke, das ist jetzt eine Momentaufnahme. In dem Moment, wo vielleicht Ideen entstehen, wie man das Ganze vernünftig in den Markt bringt, den Strom vermarkten kann, wird vielleicht etwas dazukommen - von der Finanzierungsseite, auch von der Investorensseite. Aber de facto ist es jetzt erst einmal eine breite Vergütungskürzung. Das muss man im ersten Moment so sehen. Wobei ich noch einmal betonen möchte, ich lehne nicht völlig ab, dass wir dort in den Markt reingehen.

Denn wir müssen alle den ganzen Strommarkt neu denken. Wir sind am Ende des Weges. In diesem Jahr noch werden wir vielleicht 1.000 Stunden negative Strompreise an der Strombörse sehen. Deshalb werden wir uns vielleicht bald hier wiedersehen, aber mit einem größeren Thema. Dann bitte ich, dass man nicht wieder auf die Photovoltaik einschlägt. Da müssen wir gemeinsam überlegen, wie wir weiterkommen. Es steht ein Systemwechsel an, meine Damen und Herren, und der wird hart. Die Energiewende ist wie ein Flug zum Mond. Das ist nicht wie nach Wanne-Eickel fahren. Es ist so von der Technik her. Wir werden das schaffen. Aber wir brauchen eben ein Programm wie die NASA für den Flug zum Mond und nicht ein Stückwerk zur Vergütungssenkung in zwei Wochen. Da kommen wir nicht mit durch. Schaffen wir nicht. Deshalb auch hier mein Appell, noch einmal zu schauen, nicht nur den Vergütungssatz zu diskutieren. Lassen Sie uns über die Systemwirkung reden und die Novelle ordentlich gestalten. Danke.

Vorsitzende: Dankeschön. Wir sind am Ende der ersten Runde. Ich würde jetzt SV Philipp **Welter** (PHOTON Europe GmbH), der gerade gekommen ist, 5 Minuten Zeit für seine Stellungnahme geben.

SV Philippe **Welter** (PHOTON Europe GmbH): Vielen Dank. Ich möchte die Verspätung entschuldigen. Das ist so, wenn man umweltfreundlich reist und öffentliche Verkehrsmittel benutzt. Klappt nicht immer, aber immer öfter.

Sehr geehrte Frau Vorsitzende, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, meine sehr verehrten Damen und Herren. Ich muss sagen, in den letzten Wochen ist viel Porzellan zerschlagen worden. Sehr viel Vertrauen in die Kontinuität der Energiewende ist verloren gegangen. Wenn man dem EEG Schulnoten geben müsste, dann hätte das aktuelle Gesetz wohl eine „2+“ verdient. Mit dem vorliegenden Entwurf würde daraus eine glatte „6“ werden.

Wenn man den vorliegenden Entwurf zur Novellierung liest, dann fragt man sich, ob die beteiligten Minister überhaupt regelmäßig einen Blick auf die Preisentwicklung an der Strombörse werfen. Täten sie es, müssten ihnen klar sein, dass die vorgeschlagene Novelle mit dem Kernstück des neu einzuführenden Marktintegrationsmodells funktionsunfähig ist. Die ganze Strombranche redet vom Merit-Order-Effekt, also dem anhaltenden Absinken der Börsenpreise durch den Einfluss von immer mehr erneuerbaren Energien und vom Missing Money Problem. Die Bundesregierung

selber hat in ihr Energiekonzept auch reingeschrieben, dass wegen des Verfalls der Börsenpreise die Einführung von Kapazitätsmärkten ernsthaft geprüft werden müsste. Nach all dem kommt jetzt hier ein Vorschlag auf den Tisch, der etwas vollkommen Gegenteiliges möchte. Auf einmal soll es den Erneuerbaren möglich sein. Und man hört es dann auch in der Presse, man erwartet von der Photovoltaik, dass sie jetzt eigenständig laufen lernt, eben in diesem Marktmodell, das ein Energy-Only-Markt ist. D. h., es werden Kilowattstunden gehandelt, aber keine Leistungen. Es wird keine Systemstabilität gehandelt. Es werden nur Mengen gehandelt. Während wir hier heute sitzen und ich meine, es ist wirklich kein sonniger Tag da draußen, haben wir etwa 14, 15 Gigawatt Einspeisung jetzt im Moment im Netz. Der Strompreis im Moment liegt bei 4 Cent an der Börse. Er wird weiter fallen. Er wird tendenziell asymptotisch gegen null fallen, weil das die Grenzkosten der Erneuerbaren sind. Wenn das aber die Grenzkosten der Erneuerbaren sind und wenn das Strompreismodell dieses Preissignal letzten Endes in den Markt zu den Verbrauchern zurückspiegelt, dann ist auch vollkommen klar, dass damit kein Blumentopf in der Zukunft mehr zu gewinnen sein wird. Das gilt nicht nur für die Erneuerbaren, das gilt hier für die Fossilen, die Atomaren ja ganz genauso. Wir kennen das Problem, dass zurzeit keine Gaskraftwerke gebaut werden, obwohl wir uns alle einig sind, dass wir welche haben wollen. Das Problem ist an dieser Stelle ganz einfach. Es funktioniert einfach absehbar nicht mehr so, wie es in der Vergangenheit funktioniert hat. Und absehbar auch für die kurzen Zeitachsen. Wir reden hier über nichts, was in 5 Jahren sein wird, sondern wir reden über einen Zeitraum von 5 Monaten. Es wird in 5 Monaten an der Börse keine vernünftigen Preissignale mehr geben.

Ich möchte hier an der Stelle eine Sache sagen, die auch irgendwo mit der Marktintegration ständig mitschwingt, diese Sache mit dem Selbstverbrauch, Eigenverbrauch. Man möchte jetzt, dass die kleinen Anlagenbetreiber 85 Prozent nur noch vergütet bekommen, weil man sie quasi zwingen möchte, sich um die 15 Prozent selber zu kümmern. Zum einen ist es überflüssig, weil das machen sie sowieso. Denn in dem Moment, wo man den eigenen Strom aus der Solaranlage billiger produzieren kann, als man ihn aus dem Netz beziehen kann, verbraucht man ihn halt selber. Man muss niemanden zu etwas zwingen, was er freiwillig macht. Aber es geht noch weiter. Dahinter steckt der Gedanke, dass auch auf der Abnehmerseite das Modell so bleiben würde, wie es jetzt ist. Was ist denn im Moment auf der Abnehmerseite das Modell? Wir haben eine Art Tagesflatrate. Der ganze Strom

kostet den ganzen Tag über ungefähr dasselbe. Wenn ich heute bei meinem Stromversorger einen Vertrag mache, dann bezahle ich 22, 23, 24 Cent plus Mehrwertsteuer und die bezahle ich nachts um 3 Uhr und die bezahle ich um 12 Uhr mittags. Aber es ist doch das erklärte Ziel, ein SmartGrid in Deutschland einzuführen. Die Gesetze sind alle schon in der Vorbereitung, teilweise schon in der Exekution. Jeder Neubau muss ein Smart Meter haben. Das heißt doch nichts anderes, als - wir wollen die volatilen Börsenpreise in Zukunft bis zu den Endkunden tragen. Das heißt, auch die Endkunden sehen mittags demnächst niedrigere Strompreise.

Ich sage ganz klar, wer das Marktintegrationsmodell will - oder eine andere Variante, die auch im Raum steht, dass man sagt, ihr müsst den Strom erst selbst verbrauchen und nur den Überschuss dürft ihr einspeisen - der will im Grunde genommen die Abschaffung der Photovoltaik. Weil, sie wird sich unter dem Regime nicht mehr rechnen können, wie sich jedes andere Kraftwerk auch nicht mehr rechnen kann. Das ist aber nur ein Aspekt der ganzen Sache. Hier fehlt ganz klar dieser ganze Transformationsgedanke. Es fehlt ein neues Modell.

Und wenn man sich jetzt einmal die Gedanken macht, wie ein solches neues Modell aussehen kann. Ich meine der gesetzliche Auftrag, der politische Auftrag, der gesellschaftliche Auftrag ist doch eigentlich klar. Was wollen wir? Wir wollen eine sichere Energieversorgung. Strom muss immer zur Verfügung stehen. Wir wollen eine preiswerte Energieversorgung, wir wollen eine umweltfreundliche. Das umweltfreundliche kriegen wir mit den Erneuerbaren quasi geschenkt. Das kommt automatisch. Das Preiswerte, das ist, was zu diskutieren ist. Wie preiswert ist es denn? Das Sichere - ist eine Frage der Systemtechnik. Bei der Systemtechnik ist ganz klar, wir brauchen irgendwann Speicher. Jetzt sage ich noch etwas, das muss auch klar sein. Wer weniger Photovoltaik will, kauft damit mehr Speicher ein. Denn wir haben ein natürliches Verhältnis in Deutschland zwischen dem meteorologisch bedingten Angebot an Windenergie und an Photovoltaik. Wenn wir im Sommer keine Photovoltaik haben, weil die uns zu teuer ist, dann haben wir zwar im Winter viel Windenergie, im Sommer aber nichts. Dann müssen wir den Wind aus dem Winter in den Sommer schieben, über Speicher. Das wird sehr teuer, wenn man das versucht. Man muss in Systemen denken. Man muss die Systemkosten integral betrachten. Natürlich wir haben die Biomasse, wir haben die Wasserkraft, die laufen quasi durch. Aber darüber hinaus haben wir Wind und Photovoltaik - im jahreszeitlichen Versatz - Wind im Winter, Sonne im Sommer. Wenn man jetzt versucht, Modelle zu implementieren, mit

ganz geringen Zubauzahlen - auch diese 900 Megawatt, die am Ende dann rauskommen sollen -, dann braucht man einfach mehr Speicher. Wer sagt, er will Geld sparen, indem er weniger Photovoltaik macht, muss auch so ehrlich sein und sagen, wie viel mehr Geld er für Speicher ausgeben will. Danke.

Vorsitzende: Dankeschön. Ich gehe jetzt weiter in die nächste Fragerunde. Als erster Abg. Dr. Michael **Paul** (CDU/CSU).

Abg. Dr. Michael **Paul** (CDU/CSU): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Meine Fragen richten sich an SV Dr. Maren **Hille** (BDEW). Meine Fragen beziehen sich auf die Systemstabilitätsverordnung, also sprich auf das 50,2 Hertz-Problem. Der BDEW hat sich dort ja gegen die Vorschläge gewandt, die Anlagenbetreiber aus der Kostentragung herauszulassen. Mich würden an dieser Stelle erstens die Gründe dafür interessieren, wieso Sie der Auffassung sind, dass Anlagenbetreiber doch herangezogen werden sollen. Hat das auch damit zu tun, dass es auch noch weitere Umstellungen von Anlagen in der Zukunft geben wird, die mit der Netzstabilität im Zusammenhang stehen, beispielsweise hier die Umstellung von 220 kV auf 380 kV bei verschiedenen Anlagen. Zum Zweiten die rechtliche Herleitung: Ich habe hier gerade Unterlagen aus dem Jahre 1957, da hat schon der BGH tatsächlich hier zu der Frage Stellung genommen, wem denn die Kosten aufzuerlegen sind, wenn die Netze wegen der technischen Anforderungen aufgerüstet werden sollen. Die kamen zu dem Ergebnis, dass es jedenfalls nicht der Netzbetreiber und damit die Stromkunden sein dürfen, sondern, dass das am Ende eben die Anlagenbetreiber sein müssen. Hat das auch etwas mit dieser Rechtsprechung zu tun nach Ihrer Meinung? Vielen Dank.

Vorsitzende: Dankeschön. Dann Abg. Rolf **Hempelmann** (SPD).

Abg. Rolf **Hempelmann** (SPD): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Meine Frage richtet sich an SV Dr. Maren **Hille** (BDEW) und SV Philippe **Welter** (PHOTON Europe GmbH). Es geht um das Thema Marktintegration. Als SV Philippe **Welter** (PHOTON Europe GmbH) noch nicht anwesend war, hat SV Dr. Maren **Hille** (BDEW) ein Modell vorgestellt, das sich unterscheidet von dem, was im Gesetzentwurf steht, insofern als ein Eigenbehalt nicht zu 15 Prozent, sondern vier Monate im Jahr stattfinden soll. Der BDEW sagt in seiner schriftlichen Stellungnahme, zur Marktintegration gehört - und zur Direktvermarktung - eigentlich anderes, als

hier im Modell vorgeschlagen, nämlich z. B. Steuerung der Stromerzeugung, Steuerung von Verbrauchern und auch Speicherung. Und wenn ich SV Philippe **Welter** (PHOTON Europe GmbH) richtig verstanden habe, heißt es außerdem auch noch, es geht um Integration in ein sich verändernden Markt hinein. Wir diskutieren über Marktdesign.

Deswegen die Frage an beide, wie könnten denn eigentlich konkret die ersten Schritte aussehen, über die wir zeitnah zu entscheiden haben, damit wir tatsächlich Erfolge in Richtung Marktintegration der erneuerbaren Energien auch kommen können.

Vorsitzende: Dankeschön. Dann Abg. Horst **Meierhofer** (FDP).

Abg. Horst **Meierhofer** (FDP): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. SV Philippe **Welter** (PHOTON Europe GmbH), nachdem Sie gesagt haben, welche Zeugnisse die Regierung oder der Entwurf jetzt und früher haben, habe ich mich gleich ganz spontan an die Aussagen der PHOTON erinnert gefühlt, von früher und jetzt. Deswegen bin ich mir nicht so ganz sicher, ob Sie jetzt immer noch so richtig liegen, wie vielleicht vor 2 Jahren. Denn da hat sich die Meinung und auch das, was Sie veröffentlichen, deutlich gedreht. Also was auch die Möglichkeit des Einsparens betraf, sind Sie jetzt sehr deutlich zurückhaltender, was die Branche betrifft, als Sie es früher waren. Aber das nur nebenbei.

Ich hätte eine Frage an SV Holger **Krawinkel** (vzbv) und zwar auch auf die Menge bezogen, die dieses Jahr gebaut werden könnte. SV Karl-Heinz **Remmers** (Solarpraxis AG) hat darauf hingewiesen, es wird sicher Vorzieheffekte geben. Was dann in der zweiten Hälfte passiert, ist schwer vorherzusehen. Die Bundesregierung hatte sich mit der Branche zusammen auf 2,5 bis 3,5 Gigawatt im Jahr verständigt, während die Branche selbst eigentlich gerne 5 Gigawatt gehabt hätte. Das war so immer der Wunsch - um die 5 Gigawatt. Die letzten beiden Jahre hat man 7,4 und 7,5 Gigawatt. Die Zahlen sind von der Bundesnetzagentur (BNetzA) auch mittlerweile bestätigt - mit den 3 Gigawatt. Ich habe im Dezember noch einmal nachgefragt, ob es bei den 7,5 Gigawatt bleibt und da hieß es - ja, vom Präsidenten. Das scheint also wirklich auch so gewesen zu sein. Nachdem es im Jahr vorher auch 7,4 waren, ist es nicht unwahrscheinlich, dass es letztes Jahr 7,5 waren.

Jetzt ist meine Frage: Was glauben Sie, SV Holger **Krawinkel** (vzbv): Wie wird es im zweiten Halbjahr aussehen, also nach den Kürzungen? Weil es vielleicht so ist, dass tatsächlich am Anfang weniger da ist. Aber wenn man von den 5

Gigawatt ausgeht und sagt, das wäre pro Quartal vielleicht 1,25 Gigawatt, umgerechnet, dass man dann im Jahr auf einen sehr großen Ausbau kommt. Auf einen, der deutlich mehr ist, als das, was sich die Politik als integrierbares Ziel gesetzt hat. Ich persönlich glaube, dass man das auf jeden Fall locker erreichen kann. Da würde mich Ihre Meinung interessieren.

Genauso, was Ihre Empfehlung wäre, wie die Hersteller sich denn dann verhalten sollen. Denn im Moment war es sicherlich so, dass auch die Angst sehr stark geschürt wurde. Wenn man jedem erklärt, dass ab Mitte des Jahres sich Photovoltaik nicht mehr rechnet, braucht man sich nicht wundern, dass dann die Kunden auf einen zuströmen. Ich halte das nicht für realistisch. Aber das ist natürlich schon ein bisschen self-fulfilling prophecy von der Branche, nicht nur von der bösen Politik. Das möchte ich vielleicht auch noch einmal kritisch erwähnen.

Eine kurze Frage an den SV Martin **Zembsch** (BELECTRIC Trading GmbH): Glauben Sie, dass deutsche Hersteller von Modulen über das EEG überhaupt eine Chance haben, mit den chinesischen mitzuhalten? Ich glaube, wenn sie nicht innovativer werden und mehr in Forschung investieren, gar nicht. Ich glaube auch nicht, dass wir das mit dem EEG beheben können. Das ist eine andere Frage. Aber heute unterhalten wir uns eben über das EEG. Deswegen finde ich da die Argumente immer nicht so zielführend. Ich befürchte, dass man, wenn man einfach mehr bezahlt, die Chinesen mehr verdienen. Die haben gesagt, die gehen es locker mit, das hat SV Karl-Heinz **Remmers** (Solarpraxis AG) auch gesagt. Wie sehen Sie es, wie könnten wir es denn überhaupt schaffen. Ich glaube, dass wir da überhaupt keinen Hebel haben.

Vorsitzende: Dankeschön. Dann Abg. Ralph **Lenkert** (DIE LINKE.).

Abg. Ralph **Lenkert** (DIE LINKE.): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Ich möchte noch einmal kurz zum Strompreis für die Verbraucher etwas sagen. Es gibt eine Studie, die belegt, dass die EEG-Befreiung, die Netzentgeltbefreiung, die Ökostrombefreiung usw., die wir alle in Summe haben, jeden einzelnen Verbraucher mit 100 Euro im Jahr belasten. Wenn man im Prinzip die Steuerbefreiung als entgangene Steuereinnahmen berücksichtigt, die jedem im Prinzip dann nicht für andere Leistungen zur Verfügung stehen. Da habe ich bisher relativ wenig in dieser Richtung von den Verbraucherschützern gehört, dem einmal entgegenzuwirken. Das möchte ich einmal so feststellen.

Genauso habe ich nichts gehört, dass im Prinzip in Frankreich vor wenigen Wochen ein Spotpreis von 2 Euro je Kilowattstunde gezahlt werden

musste. In Deutschland lagen wir dank der Photovoltaik bei einem Spotpreis von 18 bis 20 Cent je Kilowattstunde zur selben Zeit. Jetzt haben wir eine relativ abstrakte Situation. Denn diese Senkung des Durchschnittspreises führt dann zwangsläufig zu einer Erhöhung der EEG-Umlage. Da wäre meine Frage an SV Philippe **Welter** (PHOTON Europe GmbH), könnten Sie bitte einmal - Sie haben vorhin gesagt, dass wir das zukünftig nicht mehr halten können, so wie jetzt die ganze Finanz- und Finanzierungssituation im Energienetz aussieht - darstellen, wie sich das im Prinzip auf die Durchschnittspreise konkret auswirkt - der EEG-Strom und der Erfolg der Einspeisung.

Als zweite Frage würde mich interessieren: Wo sind aus Ihrer Sicht für die Zukunft die weiteren, größten Senkungspotenziale für Stromkosten vorhanden? In welcher erneuerbaren Energie, aus Ihrer Sicht. Wir haben ja verschiedene, die auch verschieden gefördert werden. Das ist Geothermie, das ist Biomasse, das ist Offshore, das ist Onshore und das ist Photovoltaik. Wo sehen Sie zukünftig die größten Potenziale und welche Branche sollten wir da am meisten fördern? Vielen Dank.

Vorsitzende: Dankeschön. Dann Abg. Hans-Josef **Fell** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN).

Abg. Hans-Josef **Fell** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Meine erste Frage an SV Philippe **Welter** (PHOTON Europe GmbH): Wir haben vorhin, da waren Sie noch nicht anwesend, von SV Dr. Maren **Hille** (BDEW) gehört, dass enorme Aufwendungen, auch noch nicht bezifferbare Kosten, auf die Netzbetreiber zukommen, durch das Marktintegrationsmodell.

Ich möchte Sie fragen, können wir irgendwie eine Größenordnung bekommen, was auf die Anlagenbetreiber als Kosten zukommt, wenn wir dieses Marktintegrationsmodell tatsächlich einführen und vor allem auch in Bezug darauf, ob denn die Anlagenbetreiber überhaupt in der Lage sein werden, vom Dachbesitzer bis zur Freiflächenanlage, das Gewünschte, nämlich Selbstvermarktung des Stroms auch tatsächlich zu machen.

Meine zweite Frage geht an SV Karl-Heinz **Remmers** (Solarpraxis AG): Die Verordnungsermächtigung in Bezug auf die Photovoltaik ist, wie wir von Abg. Michael **Kauch** (FDP) hörten, noch nicht vom Tisch und wird noch weiterhin diskutiert. Insofern würde ich Sie gerne fragen, was das für die Investition, für die Finanzierungskosten bedeutet, wenn denn diese Verordnungsermächtigung käme? Denn im Prinzip kann ja ab 1. Juni 2012, wenn die Verordnungsermächtigung da ist, die Bundesregierung ohne irgendwelche großen

Ankündigungen die Vergütungssätze bis auf null senken. Was bedeutet das für Banken, wenn sie nun in der Zukunft eine Finanzierung für die Photovoltaik bereitstellen sollen? Die Alternative dazu ist der atmende Deckel. Da will ich Sie fragen, weil Sie es angedeutet haben. Wie könnten wir denn den atmenden Deckel so organisieren, dass dieser Einmaleffekt, den wir jetzt durch die Ankündigung der Bundesregierung erwarten, nicht negativ zum Tragen kommt?

Vorsitzende: Dankeschön. Ich würde SV Dr. Maren **Hille** (BDEW) das Wort geben, um die Fragen von Abg. Dr. Michael **Paul** (CDU/CSU) und Abg. Rolf **Hempelmann** (SPD) zu beantworten.

SV Dr. Maren **Hille** (BDEW): Vielen Dank. Abg. Dr. Michael **Paul** (CDU/CSU) fragte nach der Systemstabilitätsverordnung und Kostentragung bei der Umrüstung der Wechselrichter für die Einspeisung bei PV-Anlagen. Da sieht der aktuelle Gesetzentwurf die Anlagenbetreiber lediglich in der Pflicht, die technischen Daten bereitzustellen und Zugang zur Anlage zu gewähren. Die Netzbetreiber, die teilweise Tausende von PV-Anlagen in ihrem Netzgebiet haben, müssen Termine sozusagen mit den Anlagenbetreibern machen. Müssen dorthin gehen, kennen die Wechselrichter nicht, wissen nicht, wie die programmiert sind. Es gibt in der Regel Wartungsverträge mit den Installateuren der PV-Anlagen, in die die Wechselrichter eingeschlossen sind. In diese Wartungsverträge greifen sie ein. Es gibt Probleme mit Gewährleistungen usw. Vonseiten der Netzbetreiber ist es eine völlig geschäftsfremde Aufgabe. Die Netzanschlussverordnung sagt in § 4 ausdrücklich, dass die technischen Anschlussbedingungen angepasst werden können, an geänderte Anforderungen. Beispiele BImSch usw. Wenn es geänderte Anforderungen gibt, dann müssen die Anlagenbetreiber ihre Anlagen entsprechend anpassen oder optimieren. Von daher würden wir denken, dass diese Kosten in erster Regel, der Anlagenbetreiber zu tragen hat. Er ist der Verantwortliche und der Nutznießer der Anlagen. Wenn die Netzbetreiber dort einen Anteil über die Netzentgelte wälzen müssen, dann führt das natürlich auch dazu, dass in Netzgebieten mit vielen PV-Anlagen extrem hohe Netzentgelte zustande kommen, die sich natürlich negativ auf die ansässigen Verbraucher, sowohl im industriellen, als auch im privaten Bereich auswirken.

Zu Abg. Rolf **Hempelmann** (SPD), Marktintegration: Die Viermonatsregel wollten Sie erläutert haben und wissen, welche ersten

Schritte man zu einer realen Marktintegration machen könnte. Im Prinzip schlagen wir vor, die PV-Vergütung für 4 Monate auszusetzen, weil das eine enorme Entlastung bei den Verteilnetzbetreibern bringt, die dann für die restlichen 8 Monate, wie nach den bisherigen Geschäftsprozessen, die Vergütung zahlen und in diesen Monaten eben nicht. Das reizt dann die Anlagenbetreiber natürlich, die den Strom verschenken können, mit der Folge einer Entlastung des EEG-Kontos. Die bietet andererseits einen Anreiz, eine wahre Marktintegration durchzuführen.

Erste Schritte: Ich denke tatsächlich, dass das Marktprämienmodell durchaus ein richtiger und guter, wichtiger Schritt war. Die ja gerade jetzt zum 1. Januar umgesetzt wurde. Nach aktuellen Schätzungen eines Gutachterkonsortiums im Auftrag des BMU geht man davon aus, dass PV-Anlagen bis Ende dieses Jahres mit einem Anteil von bis zu 11 Prozent am Marktprämienmodell teilnehmen könnten. Natürlich kann man bei PV-Anlagen nicht die Einspeisung steuern, aber ein relevanter Aspekt ist z. B. die Prognosegüte. Da hat sich im Bereich der Windprognose in den letzten Monaten enorm viel entwickelt, auch seit der Diskussion zur Marktintegration und Einführung der Marktprämie. Ich höre, dass es im Bereich der Photovoltaik ähnliche Aktivitäten gibt. Es tummeln sich auf dem Markt eine Vielzahl von Prognoseinstituten. Ich denke, dass man da auch gewaltige Fortschritte machen wird, was dazu führt, dass die Fehlerprognose-Abweichungen kleiner werden, weniger Ausgleichsregelenergiebedarf usw.

Ich denke, das sind alles kleine Schritte in Richtung Angleichung des Angebotes an die Nachfrage. Das ist der Weg, den wir meines Erachtens weiter beschreiten müssten.

Vorsitzende: Dankeschön. Dann SV Dr. Holger **Krawinkel** (vzbv), Sie haben eine Frage von Abg. Horst **Meierhofer** (FDP).

SV Dr. Holger **Krawinkel** (vzbv): Vielen Dank. Es ist natürlich ungeheuer schwierig, das zu prognostizieren, was für Ausbaumengen in diesem Jahr dazukommen. Man könnte sagen, empirisch hat sich immer gezeigt, das ist ungefähr doppelt so viel, wie erwartet wird. Aber das ist natürlich nicht wissenschaftlich korrekt. Man muss davon ausgehen - das waren Überlegungen, die ich aus vielen Expertengesprächen gewonnen habe -, dass wir möglicherweise im ersten Quartal, das war eine Schätzung, bevor ich das hörte, was heute Morgen hier gesagt wurde, etwa 2 Megawatt, dann in den beiden nächsten Quartalen jeweils

ein halbes und am Ende noch einmal zwei Megawatt. Das wären fünf. Ich würde einmal sagen, das ist die absolute Untergrenze. Es hängt natürlich sehr vom ersten Quartal ab, vielleicht noch zum Teil vom zweiten Quartal, je nachdem, wann die Novelle in Kraft tritt.

Dann haben Sie natürlich eben auch gehört, der Markt reagiert auf die Vergütungssätze sehr elastisch, weil es eben diese Überkapazitäten im Modulbereich gibt. Es ist zwar richtig, dass die Modulkosten vielleicht noch die Hälfte, bei bestimmten Anlagen auch weniger, ausmachen. Aber das wirkt sich natürlich trotzdem aus, wenn die um ein Drittel zurückgehen. Von daher muss man davon ausgehen, dass durchaus auch ein zweistelliger Zubau im diesem Jahr erreicht werden kann. Ich würde einmal sagen, das ist die Bandbreite 5 bis 10 Gigawatt.

Um auf Ihre Teilfrage einzugehen, die Panik, die hier besteht, das sei das Ende der Solarwirtschaft, das kann ich nicht nachvollziehen. Wir raten den Verbrauchern natürlich auch, sich jetzt nicht verunsichern zu lassen, sondern in der Tat abzuwarten, wenn sie jetzt keine günstige Anlage bekommen. Dann gehen auch ein bisschen die Preise hoch, wenn sehr viel gebaut werden soll. Die Berechnungen von BELECTRIC/Prognos AG sind in unserer Anlage beigefügt, dass es sich für die Auftragsanlagen auf jeden Fall rentiert. Von daher habe ich überhaupt keine Bedenken. Und es ist in der Tat etwas widersprüchlich, dass wir als Verbraucherverbände den Verbrauchern raten, der Solarwirtschaft nicht den Garaus zu machen, sondern weiter zu investieren. Das hätte ich mir auch nicht träumen lassen, dass die Rollen einmal so umverteilt werden. Aber ich bin da fest überzeugt und unsere Energieberater haben das auch nachgerechnet. Das ist alles machbar und deswegen wird es sich für private Haushalte natürlich nach wie vor rentieren.

Wenn ich mir noch eine Bemerkung erlauben darf: Ich will noch einmal aus unserer Sicht betonen, dass diese Probleme der Konkurrenzfähigkeit bestimmter deutscher Modulhersteller bitte nicht über das EEG auf Kosten der Verbraucher geregelt werden sollen, sondern über gezielte Maßnahmen im Rahmen der Industriepolitik. Das muss wirklich getrennt werden, sonst läuft das Gesetz in der Tat aus dem Ruder. Das gehört meines Erachtens nicht da hin. Vielen Dank.

Vorsitzende: Danke schön. Dann SV Martin **Zembsch** (BELECTRIC Trading GmbH); Sie haben eine Frage von Abg. Horst **Meierhofer** (FDP).

SV Martin **Zembsch** (BELECTRIC Trading GmbH): Abg. Horst **Meierhofer** (FDP), ich glaube, die Frage ist genauso schwer, wie die, die

SV Karl-Heinz **Remmers** (Solarpraxis AG) beantworten sollte, wie viel Zubau wir dieses Jahr haben.

Ich will es vielleicht einmal pauschal sagen. Ich bin eigentlich davon überzeugt, nachdem wir überwiegend mit deutschen Herstellern zusammenarbeiten, dass hier in Deutschland sehr viel geforscht und sehr viel entwickelt wird. Und dass die Qualität, die Leistung und die Effizienzsteigerung, die hier erreicht wurde, in den letzten Jahren schon sehr stark war.

Man darf hier eins nur nicht vergessen. Was aus China kommt, ist im Endeffekt auch deutsche Technologie. Die einzigen Vorteile, die die haben, sind zwei Dinge. Erstens: Sie sind beim Bau, beim Grundstückserwerb, ohne Ende bezuschusst worden. Sie bekommen zinsgünstige Darlehen. Die China Development Bank unterstützt da die Hersteller, so wie SV Holger **Krawinkel** (vzbv) das sagte. Losgelöst von einer Einspeisevergütung. Eben über andere Themen, um den Verdrängungswettbewerb voranzutreiben, den China teilweise startet. Sie unterstützt auch durch Vorfinanzierung. Da muss keiner seine Forderung finanzieren. Das wird einfach kurz über die chinesische Staatsbank mitfinanziert. Da kommen vielleicht die einen oder anderen Vorteile her. Ob jetzt einer eine Milliarde Verlust macht oder nicht. Es wird schon irgendwie über den Staat gedeckt. Ist in Deutschland, in unserem freien Wirtschaftssystem, gar nicht möglich. Sonst hätten wir nicht jeden Tag irgendeine Insolvenzanmeldung von irgendeinem Teilnehmer der Solarbranche. Ich glaube nicht, dass es hier einen Rückstand an Forschung und Entwicklung gibt, um noch besser zu sein.

Es wird sich sicherlich in den nächsten Jahren oder in den nächsten Wochen und Monaten die berühmte Spreu vom Weizen trennen. Da werden aber auch chinesische Hersteller dabei sein, da werden auch deutsche Hersteller dabei sein. Es kann nicht mehr sein, dass unterstütze ich auch, dass der eine oder andere Hersteller vielleicht auch durch zu hohe Einspeisetarife sein Produkt viel zu teuer in den Markt bringen kann. Das kann nicht sein. Das habe ich schon immer verurteilt. Aber ich glaube schon, dass die deutschen Hersteller, wenn man es vernünftig angeht, auch weiterhin eine Chance haben werden.

Ich meine, ich kann SV Dr. Hubert **Aulich** (PV Crystalox Solar GmbH) auch nur beipflichten. Zu viel Radikalität bringt hier auch nichts und macht die Branche und die Technologie kaputt. Sie wandert definitiv ins Ausland. Das ist sicher. Ich glaube, das sollten wir uns erhalten. Ich kann einfach nur sagen, es wird mit Sicherheit Hersteller geben, wenn man das jetzt richtig angeht mit dem EEG und auch vielleicht mit anderen industriellen Förderungen. Es gab einmal so Forschungssubventionen aus dem BMU usw. Wenn man das richtig angeht, dann

glaube ich, hat die Deutsche Industrie schon noch eine Chance.

Vorsitzende: Danke schön. Dann kommt SV Philippe **Welter** (PHOTON Europe GmbH), Sie haben Fragen von Abg. Rolf **Hempelmann** (SPD), Abg. Ralph **Lenkert** (DIE LINKE.) und Abg. Hans-Josef **Fell** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN).

SV Philippe **Welter** (PHOTON Europe GmbH): Vielleicht, auch wenn es nicht wirklich eine Frage war, aber es war ein Hinweis, den man als Frage deuten kann, weil PHOTON sich angeblich vor zwei Jahren anders positioniert habe bzgl. Vergütungssenkung als heute. Das ist, glaube ich, eine Fehlwahrnehmung. Man muss fundamental eines verstehen. Jeder Produktionsprozess hat Kosten. Dann gibt es einen Verkaufspreis. Der Verkaufspreis liegt typischerweise über den Kosten. Wenn Verkaufspreise sehr weit über den Kosten liegen, dann ist natürlich ein Preissenkungspotenzial vorhanden. Das Kostensenkungspotenzial dagegen hängt vom technologischen Fortschritt ab und nicht vom Marketing. Insofern muss man einfach konstatieren: Wir hatten vor zwei Jahren eine Situation, wo wir eine Unterversorgung mit Modulen hatten. Es gab weniger Module, als die Kunden haben wollten. Damit sind die Preise immer weiter nach oben gegangen, bis zu einem gewissen Limit und das Limit hat das EEG gesetzt. Die Einspeisevergütung limitiert den Preis einer Anlage nach oben, weil, wenn die Anlage noch teurer würde, würde man keine Rendite mehr machen, dann nivelliert sich der Preis auf der Höhe der Einspeisevergütung ein. Was die Einspeisevergütung an Preisniveau hergibt, das wird dann realisiert. Das führt dann zu viel zu hohen Umlagekosten. Das haben wir seinerzeit kritisiert. Von diesem Weg sind wir ein ganzes Stück weit weg. Wir haben die Vergütungen mehrfach deutlich gesenkt. Das ist sehr positiv. Haben wir immer befürwortet. Jetzt muss man nur langsam sehen, jetzt kommen langsam die Preise in die Nähe der Kosten. Bei vielen Herstellern sind die Preise sogar schon unter den Kosten. Man muss jetzt noch differenzieren zwischen den Komponentenherstellern und den Installateuren. Bei Installateuren ist durchaus noch Marge vorhanden. Aber man muss jetzt vorsichtiger sein. Man kann jetzt nicht wie in der Vergangenheit noch mit kräftigen Schlägen reinhauen. Man muss jetzt einfach die Tatsache beachten, dass wir etwas näher an den Kosten sind. Jetzt muss das System feiner austariert werden. Unser Vorschlag an der Stelle ist, das Potenzial, das in der Photovoltaik noch drin

steckt, das noch überhaupt nicht gehoben ist, jetzt einmal zu heben. Wir vergüten den Photovoltaikleuten, wir geben ihnen sozusagen ihre Investition in 20 Jahren zurück. Die Anlagen laufen aber 30 oder 40 Jahre. Warum geben wir denen das Geld eigentlich so schnell zurück? Warum verpflichten wir sie nicht, mit ihrer Anlage, die 30 Jahre läuft, auch 30 Jahre lang der Allgemeinheit Strom zu liefern, zu dann günstigeren Preisen. Man kann sofort die Einspeisevergütung absenken, wenn man die Vergütungsdauer verlängert. Eine Sorge dabei, ein Kritikpunkt dabei, ist immer, dass es dann heißt, ja, dann verpflichten wir uns ja, für noch 10 Jahre mehr diese hohen Einspeisevergütungen zu zahlen. Das tun wir eben nicht. Wir verpflichten uns, einen niedrigeren Einspeisetarif dann länger zu zahlen. Und wie niedrig der sein kann, haben wir ausgerechnet. Wenn man in den Süden Deutschlands geht und dann auch noch diese regionalen Unterschiede mit berücksichtigt, dann liegen wir bei großen Freiflächenanlagen bei knapp über 10 Cent pro Kilowattstunde. Was heißt denn 10 Cent pro Kilowattstunde in 20 Jahren? Wir haben eine Inflation dazwischen. Heutiger Barwert angenommen: hat ein Preis eine Vergütungshöhe von 10 Cent, die man dann heute einer Photovoltaikanlage zugestehen würde, hätte einen Barwert von 6,9 Cent. Dafür kriegen Sie nicht einmal Strom aus einem neuen Kohlekraftwerk. In 30 Jahren ist das noch 5,65 Cent. Da kriegen sie nicht einmal mehr Strom aus dem neuen Gaskraftwerk. Die Photovoltaik ist, das muss man erst einmal verstehen, auf absehbare Zeit, selbst, wenn die Anlage heute gebaut wird, auf Grund der Inflation in der Zukunft die billigste Stromquelle werden. Dasselbe gilt tendenziell auch für Wind, aber natürlich nicht für Offshore, wenn man das auf 9 Jahre einschrumpft. Dann ist die Anlage in 9 Jahren mit sehr hohen Einspeisevergütungen abgezahlt und dann wird die Anlage abgebaut und die nächste Anlage wird aufgebaut, die hoch vergütet ist. Zu der Frage Einsparung, Thema „atmender Deckel“, Auswirkungen der Merit-Order an der Strombörse: Da haben wir natürlich eine massive Schiefelage, muss ich sagen. Jeder, der sich an der Strombörse selber mit Strom versorgen kann, der also eine Anschlussleistung von 50 Megawatt hat und selber an der Strombörse kauft, der freut sich jetzt. Der kauft jetzt gerade für 3,8 Cent pro Kilowattstunde Strom und ist damit sagenhaft billig. Soviel zum Thema teure Industriestrompreise in Deutschland. Der Endkunde hat davon nichts. Da bin ich vollkommen bei SV Holger **Krawinkel** (vzbv), der sagt, das kann ja jetzt auch nicht sein. Die Stromkunden, die Endkunden, zahlen mit ihrer EEG-Umlage das System Photovoltaik, das die

Börsenpreise senkt. Die Industrie hat den Profit davon und die Endkunden bezahlen die Umlage. Das hat zum Teil damit zu tun, dass die Industrie von der Umlage befreit ist. Es hat aber auch zum Teil damit zu tun, dass die Umlage überhaupt nur an der Börse selber einkaufen kann 11-48-20. Der Stromkunde kann es nicht. Deswegen ist es auch vollkommen sachgerecht, wie SV Holger **Krawinkel** (vzbv) es vorgeschlagen hat, dass man die Industrie wenigstens in dem Maße an den Kosten der Energiewende beteiligen muss, wie die Merit-Order ihre Strombezugspreise senken. Da reden wir heute über einen Cent pro Kilowattstunde, den man da inzwischen gut empirisch nachweisen kann. Insofern ganz klar, da muss eine Verteilungsgerechtigkeit her.

Eigentlich muss sie noch anders aussehen, wenn man die Sache richtig betrachtet. Was hat denn die EEG-Umlage hochgetrieben? Wir alle hier im Raum, denke ich, unterschreiben sofort, wir wollen Energieeffizienz. Wir wollen Energie sparen. Was heißt denn Energie sparen? Energie sparen heißt, die EEG-Umlage geht hoch. Wir haben weniger Kilowattstunden, auf die wir es umlegen. Das sind Faktoren, das muss man jetzt nicht kritisieren, das muss man nur verstehen. Die hängen zusammen. Das sind kommunizierende Röhren. Insofern ist aus meiner Sicht eine Aussage wie, die EEG-Umlage muss bei 3,5 Cent eingefroren werden, eine, die man politisch so machen kann. Es geht aber physikalisch nicht. Man kann nicht gleichzeitig Energie sparen und sagen, die EEG-Umlage muss eingefroren werden.

Es geht ja noch weiter. Selbst wenn Sie jetzt hingehen und sagen, jetzt kürzen wir. Da habe ich ein ganz brutales Beispiel, wir verkürzen die Vergütung für Photovoltaik auf 5 Cent. Wir sind uns alle einig, das geht nicht. Dann wird nichts mehr zugebaut. Aber unterstellen wir einmal, es würde dann noch zugebaut werden. Selbst dann würde die EEG-Umlage immer noch steigen, weil der Strompreis noch weiter sinkt. Das ist einfach eine Differenz, die gebildet wird. Ich warne hier vor einer großen Gefahr, die wir im Ausgleichsmechanismus noch liegen haben. Wir werden demnächst negative Strompreise sehen. Das wird die EEG-Umlage senkrecht durch die Decke fliegen lassen. Wenn da nicht schnell korrigiert wird, wird es da gewaltige Kollateralschäden geben.

Zu der Frage, welche erneuerbaren Energien man am meisten fördern sollte, wo das größte Kostensenkungspotenzial liegt. Empirisch aus der Lernkurventheorie kann man ableiten, dass die Photovoltaik offensichtlich bisher die stärksten Lernkurveneffekte durchlaufen hat. Wir sehen nach wie vor, dass die Lernkurve weiter durchlaufen wird. Auch hier muss man eine Sache verstehen, das Durchlaufen der Lernkurve, also diese berühmten 20 Prozent, die

die Photovoltaik billiger wird, bei Verdoppelung der kumulierten installierten Leistung, ist keine Aussage über die Zeitachse. Es ist nur eine Aussage über die Verdopplung der kumulierten installierten Leistung. Fahre ich jetzt den Zubau runter, verdopple ich also die kumulierte, installierte Leistung langsamer, dann habe ich auch eine Kostensenkung, die langsamer läuft. Man hat aber trotzdem hier tatsächlich die Möglichkeit eine Technologie, die ein hohes Kostensenkungspotenzial hat, auch sehr schnell auf sehr niedrige Kosten zu führen. Am Ende der Lernkurve läuft es immer gegen die Energiekosten, gegen die Materialkosten, gegen die Arbeitslöhne. Wobei letztere auch technologieabhängig sind. Je mehr Automatisierung ich habe, desto weniger Arbeitslohn habe ich. Aber ich habe Material, ich habe Energie. Die muss ich am Ende immer bezahlen. Die Lernkurve führt nie zu Null. Das muss man verstehen.

Wenn man sich jetzt unter diesem Aspekt anschaut, wo steht die Photovoltaik, wo stehen die anderen Erneuerbaren? Dann ist es ganz klar, die Biomasse ist in der Lernkurve schon wieder am Steigen, weil sie Brennstoffkosten hat. Je mehr Biomasse wir nutzen wollen, desto knapper wird der Brennstoff, desto knapper wird die Biomasse, weil auch die Fläche knapper wird. Dann werden die Preise tendenziell eher steigen. Wenn man sich die Durchschnittsvergütung im EEG der Biomasse anschaut, dann waren wir am Anfang des EEG's bei knapp unter 10 Cent, jetzt sind wir bei 16 Cent. Die ist also schon um 60 Prozent gestiegen. Bei der Photovoltaik ist sie dramatisch gesunken. Bei der Windenergie ist sie relativ flach. Wir haben eine gewisse Kostensenkung nach wie vor in der Windenergie. Man muss bei der Windenergie aber konstatieren, wir haben auch die EEG-Vergütung angehoben für die Windenergie, als Stahl und Kupfer einmal sehr teuer war. Die ist schon näher an den Materialkosten. Der Vorteil der Photovoltaik ist, sie ist von den Materialkosten noch ewig weit entfernt. Wenn man nur die Material- und Energiekosten sich anschaut, die man braucht, um ein Solarmodul herzustellen, dann kann man so ein Solarmodul für 10 Cent pro Watt herstellen. Das heißt, wir haben da noch enorme Technologiekosten, die wir senken können.

Ich bin daher überzeugt, dass die Photovoltaik nicht nur eine der preiswertesten Erneuerbaren werden wird und zwar auch in Deutschland mit unserer angeblich so geringen Einstrahlung. Ich möchte die Vermutung wagen, noch im Laufe dieses Jahrzehnts wird die Photovoltaik in der Anwendung in Deutschland die billigste Energiequelle werden. Sie wird billiger sein als Kohle- und Gaskraftwerke, wenn man die CO₂-Preise einberechnet. Damit meine ich jetzt

nicht die aktuellen CO₂-Zertifikatspreise, die annähernd Null sind, weil die Kontingente zu hoch sind. Sondern wenn man das nimmt, was das Umweltbundesamt an volkswirtschaftlichen Kosten für eine Tonne CO₂-Emissionen mit 70 Euro pro Tonne berechnet. Wenn man das einrechnet, ist die Photovoltaik absehbar vor Ende der Dekade oder mit annähernder Sicherheit vor Ende der Dekade billiger als Kohle und Gaskraft.

Zu der Frage, Auswirkungen des Marktintegrationsmodells auf Photovoltaikanlagen für die Anlagenbetreiber: Eines habe ich eben schon gesagt, die Börse gibt überhaupt keine Signale mehr her. Das heißt, wo soll die Marktintegration im klassischen Energy-Only-Markt überhaupt noch herkommen. Sie kann nicht kommen. Man versucht es jetzt aber trotzdem und erlegt damit den Betreibern Pflichten auf, die sie in der Vergangenheit in der Form z. B. nicht gehabt haben. Der BDEW hat es sehr schön ausgeführt in der Stellungnahme. Bilanzkreismanagement. Wie soll denn bitte ein Privatmann, meinethalben ein Bäckermeister mit einer 5 kW Anlage auf dem Dach, ein Bilanzkreismanagement machen? Das hat er nicht gelernt. Das war nicht Bestandteil seiner Meisterprüfung. Das muss man komplett vergessen. Auch die Idee, dann kommen da Dienstleister, dann wird das gepoolt. Wir reden demnächst bei einer 5 kW Anlage über Vergütungen, wenn wir im 10 Cent-Bereich sind, über ein paar 100 Euro, die damit im Jahr eingenommen werden. Wenn jemand ein paar 100 Euro im Jahr einnimmt, dann kann er nicht 600 Euro im Jahr für Bilanzkreismanagement ausgeben - auch nicht an einen Pooler. Er kann dann vielleicht 30 Euro ausgeben. Für 30 Euro macht aber kein Pooler die Arbeit. Für das Geld wird noch nicht einmal ein Zähler abgelesen. Das funktioniert überhaupt nicht. Hinzu kommt bei dem Marktintegrationsmodell, in welcher Form auch immer es gebaut wird, wenn es in der Prozentvariante ist, 85 Prozent / 90 Prozent, stellt sich doch als allererstes für jeden, der mathematisch vorgebildet ist, die Frage, 90 Prozent wovon? Was ist denn 100 Prozent? Wer sagt mir das bitte, was 100 Prozent ist? Okay, also noch einen Stromzähler reinhängen, einen Erzeugungsstromzähler. Jetzt brauche ich noch eine Zeitmaschine, weil ich muss natürlich vor dem 31. Dezember, an dem ich weiß, was ich insgesamt produziert habe, was also meine 100 Prozent sind, feststellen können, was der Zeitpunkt ist, wo ich die 85 Prozent erreicht habe. Das geht aber gar nicht. Wir haben zwischen den verschiedenen Sonnenjahren in Deutschland Schwankungen um die 10 Prozent. Das heißt, in dem einem Jahr haben wir 1.000

Kilowattstunden, im nächsten 1.100. Das heißt, ich weiß im Oktober noch überhaupt nicht, wie viel meine Anlage am Ende des Jahres gemacht haben werden wird. Selbst wenn ich den Zähler hätte, der es ermittelt, muss man aber vorher entscheiden, wann die 85 Prozent erreicht sind. Das geht gar nicht. Außerdem muss man sich auch einmal anschauen, das Zählerkosten nicht ganz ohne sind. Es geht nicht nur um den Zähler. Das ist vielleicht mit 45 Euro im Jahr zu bewerkstelligen. Der Anlagenbetreiber darf nach der letzten EEG-Novelle den Zähler nicht mehr selber betreiben. Man hat ins Gesetz reingeschrieben mit Verweis auf das Energiewirtschaftsgesetz, dass ein Zählstellendienstleister diesen Zähler betreiben muss. Er möchte aber 45 Euro dafür im Jahr haben. Außerdem wird dann verlangt nach TAB (Technische Anschlussbedingungen), dass dieser Zähler in einem Zählerkasten hängt, der senkrecht aufgehängt ist, an der AC-Verteilung mit einem selektiven Leitungsschutzschalter (SLS) gesichert. Das heißt, das Ganze kostet einmal 1.000 Euro extra in der Installation und dann kostet es 45 Euro im Jahr, 20 Jahre lang, das sind 1.900 Euro Investitionen zusätzlich bei einer 5 kW Anlage, die vielleicht dieses Jahr noch 9.000 oder 10.000 Euro kostet.

Das heißt aber auch im Umkehrschluss: Eine Sache, die jetzt normalerweise passiert wäre, in dem Moment, wo die Photovoltaikvergütung unter meinen Strombezugskosten ist, wäre ich freiwillig und natürlich in den Eigenverbrauch hineingegangen. Ich hätte wahrscheinlich und jetzt kommt das Thema Umsatzsteuer, sogar gesagt, ich habe gar keine Lust, jeden Monat eine Umsatzsteuervoranmeldung auszufüllen. Das ist mir zu viel Bürokratie. Ich gehe jetzt hin, optiere auf Kleinunternehmerregelung, bekomme dafür meine Umsatzsteuer beim Bau der Anlage nicht zurück. Okay, da verliere ich 1.600 Euro. Dafür erspare ich mir aber die 1.900 Euro, die ich in Abrechnungstechnik investieren müsste, wenn ich diese Vorsteuer zurückbekommen wollen würde. Dieser ganz natürliche Vorgang, der jetzt normal eingetreten wäre, wird jetzt komplett plattgemacht in diesem Gesetz. Wir zwingen alle noch so kleinen Anlagenbetreiber, Unternehmer nach Umsatzsteuerrecht zu sein. Wir zwingen sie, Zählerplätze zu betreiben nach den Normen des Zählgesetzes, des Eichgesetzes. Und das Ganze wofür? Ich kann nichts erkennen. Das wird doch nichts sparen. Es wird doch an der Umlage nichts ändern. Bitte diesen Unsinn bleiben lassen. Das ist vollkommener Quatsch. Der Einzige, der davon profitiert, ist die deutsche Zählerindustrie. Hier an der Stelle muss ich einmal eines sagen, wir haben inzwischen Lieferzeiten bei Stromzählern. Versuchen Sie

einmal einen Stromzähler in einem Moment zu bekommen. Das ist der nächste Engpass, der kommt. Vollkommener Unfug dieses Ding.

Jetzt geht es weiter, das soll dann auch für die mittelgroßen Anlagen und auch für die ganz großen Anlagen gelten. Ich gehe schon zu den ganz großen Anlagen. Könnte man sagen, okay, ich baue eine 20, 30 Megawattanlage. Ich produziere 20, 30 Millionen Kilowattstunden im Jahr. Da kann man einmal 2, 3 Millionen Kilowattstunden jetzt in die Vermarktung geben. Da steckt ein Finanzvolumen dahinter. Da könnte man jetzt einen Kunden suchen. Welcher Kunde ist denn in der Zukunft so dumm, wenn er sieht, dass zur Mittagszeit an der Börse die Preise gegen Null gehen, einem Anlagenbetreiber 10 Cent je Kilowattstunde für seinen Strom zu bezahlen. Das funktioniert vielleicht jetzt noch dieses Jahr mit dummen Kunden. Aber das funktioniert doch nicht mehr in zwei Jahren, wenn alle Kunden das gelernt haben. Es funktioniert per Definition überhaupt nicht, wenn wir ein SmartGrid haben. Da müssen Sie sagen, wenn Sie das Marktintegrationsmodell wollen, dann müssen Sie SmartGrid absagen. Dann müssen Sie eine Flatrate für den Tag haben, dann wird eben gemittelt. Dann hat der Endkunde nicht mehr das Problem, sein Verhalten an Angebot und Nachfrage zu orientieren, was wir eigentlich wollen, weil es die Speicherkapazitäten minimiert. Dann vergessen wir das alles, bauen riesige Speicher, machen Flatrate durch den ganzen Tag und dann funktioniert das Marktintegrationsmodell. Es ist eine komplette subalterne Optimierung. Wirklich, es macht vorne und hinten überhaupt gar keinen Sinn.

Letzte Anmerkung vielleicht noch, auch wenn mir diese Frage nicht gestellt wurde, zum 50,2-Hz-Problem. Wer sollte denn die Kosten tragen? Der BDEW verortet das bei den Anlagenbetreibern. Entschuldigung. Da muss ich wirklich sagen, das kann ich nicht sehen. Wer ist denn Schuld? Man muss doch einmal fragen? Man soll sich nicht Schuld zuweisen. Aber an dieser Stelle muss einmal die Schuldfrage gestellt werden. Wer hat denn die Anlagenbetreiber dazu gezwungen, bei Unterfrequenz ihre Anlage vom Netz zu nehmen? Wer hat das denn getan? Der Anlagenbetreiber macht das doch freiwillig nicht. Der Anlagenbetreiber möchte doch, wenn zu wenig Energie im Netz ist, genauso einspeisen, wie zu Zeiten, wo zu viel Energie im Netz ist. Der Anlagenbetreiber will immer einspeisen. Die Netzbetreiber haben die Anlagenbetreiber dazu gezwungen, über die entsprechenden Normen entsprechend die Wechselrichter hart abzuschalten. Damals als die Norm rausgekommen ist, haben alle Experten gesagt, das ist Quatsch. Das fällt euch auf die Füße. Bei 10 GW Photovoltaik. Wie wollt ihr denn

10-GW-Wegfall am Netz mit Fingerschnippen kompensieren? Da hat es geheißen, es wird nie 10 GW in Deutschland geben. Deswegen verlangen wir das jetzt. In dem Moment, wo das Netz anfängt, zu wackeln, wollen wir euch mit der Photovoltaik aus dem Netz heraushaben, mit unseren Kohlekraftwerken hübsch die Frequenz und die Spannung wieder sauber fahren und dann dürft ihr euch wieder zuschalten. Das war die Forderung der Netzbetreiber. Es war damals von allen Experten gesagt worden, das fällt euch auf die Füße. Die Anlagenbetreiber sind gezwungen worden, ihre Anlagen so zu konfigurieren. Heute sollen sie ihre Anlagen anders konfigurieren. Das ist nicht die Schuld der Anlagenbetreiber. Das müssen die Netzbetreiber bezahlen. Und zwar bitte nicht durch Umlage auf die Netzentgelte. Denn dann landet es bei den Endkunden und diese haben natürlich auch keine Schuld daran. Das ist wirklich das simple kaufmännische Fehlverhalten dieser speziellen Gruppe von Firmen, die hier Geld verdienen und dann müssen sie das auch aus ihrem Gewinn bezahlen.

Vorsitzende: Danke schön. Dann SV Karl-Heinz **Remmers** (Solarpraxis AG), Sie haben eine Frage von Abg. Hans-Josef **Fell** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN).

SV Karl-Heinz **Remmers** (Solarpraxis AG): Abg. Hans-Josef **Fell** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) hat zwei Fragen gestellt. Diese Thematik war Ausführung der Verordnungsermächtigung. Dann das Thema Vorzieheffekte und atmender Deckel. Ich möchte eine Nachricht kurz vorab einspielen, die gestern Abend noch gekommen ist. Die USA hat Importzölle auf chinesische Module auferlegt. Das Verfahren, das die Firma Solarworld dort angestrengt in den USA hat, also ein Anti-Dumping-Verfahren, ist durchgegangen. Es gibt jetzt Zölle. Die sind aus meiner Sicht erstaunlich niedrig ausgefallen, nachdem was an Pulverdampf vorher da war. Wir reden immerhin über 3 bis 5 Prozent. Das heißt, man hat in den USA bereits jetzt den Schritt gemacht, auch hier möglichst weitreichende Implikationen in Richtung Handelskrieg mit den Chinesen anzugehen. Ich glaube, es war vielleicht wichtig zu diesem Thema, Abg. Horst **Meierhofer** (FDP) ist gerade leider nicht anwesend, denn er hat vorhin gesagt, der Chinese verdient mit jedem Modul, was er liefert, noch mehr Geld und es ist heute oft genug ausgeführt worden, dass momentan die Situation so ist, dass die meisten chinesischen Unternehmen mit jedem Modul Geld nach Deutschland überweisen. SV Philippe **Welter** (PHOTON Europe GmbH) hat das richtig ausgedrückt, das Thema. Preis und Kosten gilt es hier auseinanderzuhalten und auch wann in der Lernkurve die nächste Preissenkung möglich ist.

Das passt momentan nicht zusammen. Also wie gesagt, USA ist ein interessanter Effekt, der möglicherweise sich aber auch wieder bei uns so auswirkt, dass die Module dann auch stärker vielleicht wieder nach Deutschland gehen. Wobei 3 bis 5 Prozent Preiserhöhung dann von Chinesen eher zur Kenntnis genommen werden. Die Verordnungsermächtigung: Ich habe heute Morgen auf dem Weg hierher mit der Deutschen Kreditbank gesprochen. Die Deutsche Kreditbank ist im Bereich der mittleren Photovoltaikanlagen, ab vielleicht so 300 kW, aber auch im Kleinanlagenbereich mit einer der größten Financier für Photovoltaik überhaupt in Deutschland. Also gerade dieses Freilandanlagensegment wird intensiv mit finanziert. Lustigerweise nachdem die das ganze Gesetz bereits seit Längerem dort liegen haben und im Gesetz eben eher gesagt haben, stopp, wir machen keine Baufinanzierung mehr, weil wir nicht wissen, was am Schluss herauskommt und was unsere Kunden noch bekommen, ist ihnen offenbar jetzt gestern aufgefallen, was es bedeutet, wenn die Verordnungsermächtigung so bleibt, wie sie ist. Nämlich, dass von Monat zu Monat kraft Minister oder Kabinett unter Umgehung der Abgeordneten gesagt werden kann. Ja, wir geben nur noch 5 Cent, weil der Markt uns aus dem Ruder gelaufen ist. Das heißt quasi mit einem Abstand von vielleicht 4 bis 6 Wochen könnte die Photovoltaikförderung von den jetzt vereinbarten, meinetwegen z. B. 13,5 Cent für die Freilandanlage auf 5,0 Cent gesenkt werden. Das ist für die Banken ein völlig unkalkulierbares Risiko und das heißt, wenn das so drin stehen bleibt, wird es in Deutschland für Anlagen, die nicht durch persönliche Bürgschaften abgesichert werden, das ist ein wichtiger Unterschied, ihre Hausanlage, die sie zu Hause bauen, für die stehen sie ja selbst gerade. Wenn sie das Geld nicht zurückzahlen können für die Anlage, wird die Bank gegebenenfalls ihr Haus einkassieren. Sicherheit, die haben wir in den Großanlagen so nicht, weil das eine ganz normale Projektfinanzierung ist. Diese Projektfinanzierung wäre dann nicht mehr möglich. Erst wenn die Anlage angeschlossen ist und sicher die Vergütung zum Preis X bekommt, wäre eine Finanzierung machbar. Es wäre quasi ein Ausschalten des Marktsegmentes durch die Hintertür oder eine maximale Reduzierung auf wenige Anlagen. Das würde aber auch bedeuten, dass natürlich immer so eine Art gespanntes Warten ist. Welchen Preis bekomme ich denn jetzt für eine Anlage? Wann baue ich die nun ein? Im März oder April oder was auch immer? Es könnte ja sein, dass die Preise komplett untereinander wegfallen. Also eine stabilisierende Wirkung, die man vielleicht reinbekommen würde, wenn man

auf eine zwei Monate prozentual gesteuerte Absenkung und Steigerung atmender Deckel weiterentwickelt geben würde, würde der vollkommen auseinanderfallen. Die Verordnungsermächtigung, wie gesagt, im Teilsegment Freiland ist im Prinzip ein Genickschuss von der Finanzierungsseite her. Es ist so. Auch von der Planungsseite, es geht einfach nicht, sie können so eine Anlage nicht in vier Wochen bauen. Wenn sie einen Haufen Geld für die Planung ausgeben, kommen wir auch nicht weiter. Ja, Vorzieheffekte, gut - wir haben darüber gesprochen, ich glaube, wir müssen uns da alle nichts vormachen. Wir werden die massiven Vorzieheffekte in diesem Jahr sehen. Ich kann nur noch sagen, also zu den Vorzieheffekten, Abg. Hans-Josef **Fell** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), diese Situation, dass dann danach möglicherweise am 1. Juli 2012 das Gesetz in Kraft getreten ist, das Bundesumweltministerium feststellt, da sind ja bereits 5 GW im Netz. Und man dann sagt, nein, ab 1. August 2012 gibt es nur noch 5 Cent Vergütungssenkung. Die wäre denkbar. Deshalb muss man natürlich, wenn man jetzt den atmenden Deckel weiter ausgestaltet, noch einmal überlegen, was macht man vielleicht mit diesem I. Quartal, wo man wieder so panikinduziert agiert hat. Zählt man dort anders? Ich möchte nicht da mitreden, dass man sagt, wir machen irgendwie eine höhere Vergütung oder so etwas, sondern dass wir realistisch damit umgehen. Es macht einfach keinen Sinn, hier zu behaupten, wir machen nur noch 3 GW oder was auch immer. Leider machen die 20.000 Installateure da nicht mit. Wir können kein Kartell bilden, geht nicht, sind so viele Leute. Also, es ist einfach nicht möglich das einzugrenzen. Deshalb müsste natürlich dieser atmende Deckel darauf aufsetzen, dass man sagt, o. k., vergessen wir einmal dieses I. Quartal und gucken wir, was im weiteren Jahr passiert und auch ins nächste Jahr reinläuft. Und deshalb ist es natürlich wichtig, dass wir so eine Monats- oder 2-Monats-Steuerung darin haben, in beide Richtungen.

Ich möchte Sie noch einmal bitten, ich habe das auf meinem Papier ausgeführt, das in der Prozentsteuerung zu halten. Wie gesagt, das haben wir vor einem Jahr schon einmal vorgeschlagen, um hier die niedrigstmögliche Umlage zu produzieren, die mit den Preisen am Markt erzielbar ist. Dass das hin und her geht. SV Dr. Holger **Krawinkel** (vzbv), ich hatte Sie einmal so verstanden, dass Sie gesagt haben, ab diesen 10 Cent / 15 Cent, die Sie in den Raum geworfen haben: 10 Cent für Freilandanlagen und 15 Cent für Aufdachanlagen ist aus Ihrer Sicht ein unlimitierter Zubau machbar. Widersprechen Sie

mir jetzt bitte! Aber ich hatte das einmal mitgenommen, weil Sie gesagt haben, dann baut einmal schön weiter. Und dann ist wieder der Punkt: Ab welchem Punkt einigen wir uns darauf, dass es eine sinnvolle Investition ist? Es wurde auch ausgeführt, dass dieser Strom, der heute für 20 Jahre dann noch vielleicht mit 13,5 Cent vergütet wird, am Ende der Laufzeit natürlich ein sehr günstiger Strom sein wird.

Also noch einmal: Wenn wir das jetzt umstellen, in welche Richtung auch immer, müssen wir diesen Sondereffekt irgendwie berücksichtigen oder eben im Parlament darüber abstimmen und überlegen, wie geht man weiter damit um, aber nicht über eine Ministerverordnung, die dann jederzeit sagen kann, wir gehen raus. Das wäre im Prinzip das Ende dieser Form von Förderung. Es wäre dann kein EEG mehr, sondern so eine Art Marktanzreizprogramm, wo nach Haushaltslage entschieden wird. Dann reden wir über ein komplett anderes System und wir sehen, dass man damit auch nur gewisse Effekte hinbekommt, die natürlich im Wärmebereich zu besichtigen sind, wo wir über viele Jahre des Stop-and-gos nicht aus den Puschen gekommen sind und bei weitem nicht die Large-Scale-Effekte erzielt haben, wie in der Photovoltaik. Also da ganz klar, das muss schon einmal mehr aufeinander abgestimmt sein.

Vorsitzende: So, danke schön. Auf zur nächsten Fragerunde. Als Erster Abg. Josef **Göppel** (CDU/CSU).

Abg. Josef **Göppel** (CDU/CSU): Ich möchte eine Frage an SV Dr. Hubert **Aulich** (PV Crystalox Solar GmbH) und SV Martin **Zembsch** (BELECTRIC TRADING GmbH) richten.

Noch einmal zur strategischen Einordnung der Photovoltaik in unserer künftigen Stromversorgung. Es wurde hier bereits in der Anhörung deutlich, dass es Leute gibt, die ein bisschen Angst vor der Photovoltaik haben. So ungefähr wie ein wild gewordenes Pferd, dem müssen wir Leinen anlegen von allen Seiten, damit es keine Bocksprünge mehr macht. Es wird gesagt, wenn mehr Eigenverbrauch kommt, dann ist das schädlich für das Solidarsystem. Also, ich hätte gern noch einmal den Punkt beleuchtet, wie es sich entwickelt, wenn wir die Leute jetzt quasi zwingen, ihren Eigenverbrauch zu erhöhen. Wie Sie den Einsatz dezentraler Speicher bewerten, die auch eine Verbindung zum Netz haben, möglicherweise eine Netzsteuerung auf örtlicher Ebene? Eigenverbrauch steigern ohne Speicher – wie wirkt sich das aus? Wie wäre es, wenn wir Speicher hätten mit einer Ansteuerung des örtlichen Netzbetreibers im Niederspannungsnetz? Bisher gingen wir eigentlich immer davon aus, dass dezentrale Erzeugung und Eigenverbrauch etwas Positives

ist. Im Zusammenhang mit der Debatte um diese Novelle kommt plötzlich ein Tonfall auf – Eigenverbrauch ist gefährlich, so ungefähr wie, unterminiert den Staat. Also dazu hätte ich gern eine Aussage.

Vorsitzende: Danke schön. Dann Abg. Dirk **Becker** (SPD).

Abg. Dirk **Becker** (SPD): Vielen Dank. Frau Vorsitzende. Gestatten Sie mir eine Anmerkung zuvor. Ich möchte heute ausdrücklich einmal lobend erwähnen, wie viel ich hier doch von den Sachverständigen in ihren sehr nachvollziehbaren Schilderungen lernen kann. Vielleicht machen wir künftig einmal gemeinsam mit den Ministeriumsvertretern eine Anhörung, bevor im Behördenmonopoly im abgeschlossenen Büro so ein Mist verzapft wird. Insbesondere, ich möchte das mit dem Mist insbesondere auf die Eigenverbrauchsregelung und das Thema Marktintegration, so wie es hier angedacht ist, konzentrieren. Die anderen Sachen sind im politischen Streit zu klären. Daher auch meine Frage jetzt nicht zu den Themen, die wichtig sind, Verordnungsermächtigung ist eine Kernfrage über die Zukunft des EEG, aber da sind wir uns einig. Wo wir noch auseinander sind, wo wir entscheiden müssen, ist immer noch die Frage: Absenkung um wie viel Prozent, zu wann und wie sieht es zukünftig aus und wie geht es weiter?

Da hat ja der „Koalitionsticker“, Abg. Michael **Kauch** (FDP), so möchte ich ihn einmal nennen, über den Sachstand berichtet. Es wird den atmenden Deckel geben. Wir wissen nur noch nicht wie.

Diesbezüglich meine Frage nun an SV Martin **Zembsch** (BELECTRIC Trading GmbH) und an SV Karl-Heinz **Remmers** (Solarpraxis AG) aus den unterschiedlichen Blickwinkeln, einmal Freifläche, einmal Dachanlagen.

Wir diskutieren im Wesentlichen jetzt drei Dinge – Cent oder Prozent – das heißt, nach hinten eine stärkere Kürzung als am Anfang. Ich möchte dann auch eine Einschätzung haben, Sie haben es eben bereits anklingen lassen. Differenziert auch um die Frage, muss es nicht eigentlich auch bei einer prozentualen Absenkung nach hinten weniger werden, weil das Kostensenkungspotenzial nach hinten geringer wird? Wie müsste so etwas aussehen?

Dann auch noch einmal die Fragestellung monatlich oder quartalsweise oder 2-monatlich? Auch da liegen uns einige Schreiben zumindest von Netzbetreibern vor, die uns ihre Einschätzung mitteilen. Muss man so etwas nicht zunächst auch einmal zeitlich vielleicht befristen, auf einen Endstichtag und sagen: Wir machen so etwas erst einmal bis zum 30. Juni 2013 oder bis zum 31. Dezember und müssen dann erst einmal

die Marktentwicklung in jedem Fall unabhängig des gleitenden Deckels völlig neu bewerten? Weil – das haben wir vorhin gelernt – die Komponente Modul ist nur ein Teil der Gesamtveranstaltung. Wir haben einen Teil mindestens 50 Prozent der Komponenten - da ist nichts mit Kostensenkungspotenzial. Von daher, muss nicht eigentlich das System irgendwann auch in diesen Degrationsmechanismus sich komplett neu bewerten lassen?

Vorsitzende: Danke schön. Dann Abg. Rainer **Erdel** (FDP).

Abg. Rainer **Erdel** (FDP): Vielen Dank. Zwei Fragen an SV Martin **Zembsch** (BELECTRIC Trading GmbH) und an SV Dr. Holger **Krawinkel** (vzbv).

Zunächst wir haben uns jetzt in der letzten Stunde sehr häufig über die Kosten von Anlagen unterhalten und es waren immer Hinweise auf prozentuale Anteile. Mich würde es wirklich einmal interessieren, was kostet ein Kilowatt-Peak und ich möchte mich damit auf die Dachanlage konzentrieren? Mir liegen also – ich habe Erkenntnisse, dass solche Anlagen zurzeit zwischen 1.400 Euro und 2.800 Euro pro Kilowatt-Peak kosten. Was mich interessieren würde, ist, wie setzt sich dieser Preis zusammen? Wie viel Anteil ist die Montage, wie viel Anteil sind Kabel und Wechselrichter und was fällt dann eigentlich letztendlich für die Module noch an? Die Frage an SV Dr. Holger **Krawinkel** (vzbv): Wir haben eben gehört, Eigenverbrauch ist ein Riesenthema. Auch die Koalition macht sich darüber Gedanken, bis zu welcher Größenordnung denn Eigenverbrauch machbar und sinnvoll ohne größere bürokratische Hürden ist. Was denken Sie denn, welcher Anteil des Eigenverbrauchs wäre in einer prozentualen Größe und in dem Zusammenhang sinnvoll? Wie denken Sie, könnte man Anlagengrößen abstufen? Es gibt den Vorschlag der Ministerien, bis 10 kW, bis 1.000 kW oder größer 1.000 kW. Wie sehen Sie dieses?

Vorsitzende: Danke schön. Ich möchte trotzdem noch einmal darauf hinweisen, zwei Fragen an einen Sachverständigen oder eine Frage an zwei.

Abg. Rainer **Erdel** (FDP): Die erste an SV Martin **Zembsch** (BELECTRIC Trading GmbH) und die zweite an SV Dr. Holger **Krawinkel** (vzbv).

Vorsitzende: Gut. Dann Abg. Ralph **Lenkert** (DIE LINKE.).

Abg. Ralph **Lenkert** (DIE LINKE.): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Ich hätte zwei Fragen an SV Dr. Maren **Hille** (BDEW).

Und zwar die erste Frage bezieht sich darauf: Wir haben in der EEG-Novelle nicht nur Schlechtes, sondern aus meiner Sicht auch etwas Gutes drin stehen. Nämlich, dass die Stromspeicher vom Netzentgelt und von der EEG-Umlage entlastet werden, gerade weil wir sie im Prinzip brauchen - die Speicherkapazitäten, um in der Zukunft mehr Erneuerbare Energien zwischenspeichern zu können. Die Frage aus meiner Sicht wäre an Sie - aus Sicht der Energiewirtschaft: Wäre es nicht sinnvoll, die Speicher, zumindest die Jahreszeitspeicher, zumindest den Stromnetzen zuzuordnen, damit man im Prinzip das Prinzip besser fahren kann?

Die nächste Frage, die mich interessiert, ist folgende: Wie stellt sich der Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) ein zukünftiges Preisfindungssystem vor? Wir haben gehört, dass wir bereits negative Strompreise gehabt haben. Wir werden diesen Sommer erneut negative Strompreise haben. Ich sage einmal so, irgendwann wird das EEG nicht mehr funktionieren, nämlich dann, wenn wir über einen längeren Zeitraum 100 Prozent EEG-Strom haben. Zu welchem Grenzstrompreis soll denn das ermittelt werden? Das heißt – wir müssen auch Kraftwerksneubauten, insbesondere Gaskraftwerke, finanzieren. Das heißt, welche Überlegungen stellt der BDEW an, um an dieser Stelle im Prinzip die Energiewirtschaft zukünftig zu sichern. Vielen Dank.

Vorsitzende: Danke schön. Dann Abg. Dorothea **Steiner** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN).

Abg. Dorothea **Steiner** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe zwei Fragen an SV Karl-Heinz **Remmers** (Solarpraxis AG). Ich möchte aber noch eine Vorbemerkung machen, was die Ankündigung der Beweglichkeit der Koalitionsfraktionen bei den Verordnungsermächtigungen anbelangt. Das ist jetzt schon erfreulich, wenn man hört, dass eine Bewegung angedacht ist. Also konkreter war es noch nicht, was Abg. Michael **Kauch** (FDP) gesagt hat, in Bezug auf Markintegrationsmodell. Aber ich teile vor allem die Befürchtungen, die auch von Ihnen, SV Karl-Heinz **Remmers** (Solarpraxis AG), in Bezug auf das formuliert worden sind, was passiert, wenn die Verordnungsermächtigung zu den Preisen nicht auch weggenommen wird und wieder zumindest auf Bundestageebene und Parlamentsebene geholt wird. Denn die Befürchtungen, die da vor dem Hintergrund gerade der Fossilstromproduzenten skizziert werden, inklusive Atom, die sind natürlich klar

erkennbar, was dann passieren wird, wenn man hier nicht von Seiten des Parlaments noch ein „P“ vormachen kann. Das wollte ich noch einmal unterstreichen.

Aber jetzt vor dem Hintergrund dessen, was auch SV Martin **Zembsch** (BELECTRIC Trading GmbH) in Anlehnung an Erfahrungen bei Planfeststellungsverfahren ausgeführt hat, und ich würde einmal sagen, jeder der sich einmal mit kommunalen Planfeststellungsverfahren befasst hat, weiß, dass das realistisch ist und dass das am unteren Rande war.

Da frage ich, aber das frage ich SV Karl-Heinz **Remmers** (Solarpraxis AG), welche Anforderungen würden Sie denn an Übergangsregelungen formulieren, die auf jeden Fall kommen müssen, um nicht noch die Insolvenzen, - nicht bei den Photovoltaikunternehmen, sondern bei den Anlagenbauern und Handwerksbetrieben - nicht noch in hohem Maße jetzt nach sich zu ziehen? Das wäre die eine Frage und die andere Frage – das muss hier schon noch einmal thematisiert werden. Wir haben noch nichts gehört, dass es bei den Koalitionsfraktionen eine Beweglichkeit in Bezug auf die Absichten der Regierung gibt, den Ausbaukorridor derartig zu deckeln und mit der Wirkung - auch bereits für dieses Jahr. Ich möchte das jetzt einmal umdrehen und sagen: Welche Bewertung nehmen Sie vor, in Bezug auf die Deckelung des Ausbaukorridors und welche Vorschläge würden Sie für einen vernünftigen Zubau dagegen setzen und das begründen?

Vorsitzende: Danke schön. Ich würde jetzt noch eine kurze Runde zulassen und dann müssen wir schon die End-Statements abfragen und würde als erstes Abg. Ingbert **Liebing** (CDU/CSU) das Wort geben.

Abg. Ingbert **Liebing** (CDU/CSU): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Meine erste Frage geht an SV Dr. Maren **Hille** (BDEW). Ich würde gern nach Ihrer Einschätzung fragen - hinsichtlich der Regelungen Kappung der Freiflächenanlagen auf 10 MW und der damit verbundenen Vorkehrung vor dem Anlagensplitting. Wir haben hier die Regelung über einen 4-km-Radius Schutzstreifen um diese geplanten Anlagen, innerhalb der dann keine anderen Anlagen errichtet werden können. Halten Sie diese Regelung in dieser Form für praktikabel? Halten Sie es auch für praktikabel oder für notwendig, eine solche Regelung auch in den anderen Bereichen vorzusehen, wo wir heute auch Freiflächen noch zulassen - entlang von Bundesautobahnen und Schienensträngen, dort auch solche Lücken vorzusehen, weil uns auch vorgehalten wird, dass nach wie vor durch diese Möglichkeit von Freiflächen ein zu hoher Flächenverbrauch auf Äckern Folge wäre. Da

würde mich Ihre Einschätzung interessieren, Ihr Rat.

Meine zweite Frage geht an SV Martin **Zembsch** (BELECTRIC Trading GmbH): Sie haben eindrucksvoll beschrieben, welcher zusätzliche Aufwand auf Konversionsflächen ausgelöst wird - nach Ihrer Schätzung Mehrkosten für Freiräumung der Anlagen, Dekontamination und Ähnliches in der Größenordnung von 10 bis 14 Prozent. Mich würde interessieren, ob und warum Sie es für gerechtfertigt halten, dass solche Kosten, die letztendlich Altlastenkosten sind, die nichts mit Energieerzeugung zu tun haben, über die EEG-Umlage finanziert werden sollen und ob dies nicht eher eine Gefahr ist, dass hier Sachverhalte in die Kosten der EEG-Umlage mit einbezogen werden, die am Ende die EEG-Umlage so erhöhen, dass sie negativ auch hinsichtlich der Akzeptanz wirken, weil sachfremde Dinge hieraus finanziert werden.

Vorsitzende: Danke schön. Dann Abg. Michael **Kauch** (FDP).

Abg. Michael **Kauch** (FDP): Vielen Dank. Ich hätte eine Frage an den BDEW, und zwar in Bezug auf die 90-Prozent-Regelung bei den größeren Anlagen, also die Notwendigkeit zu vermarkten. Sehen Sie gegenüber dem Gesetzentwurf Möglichkeiten, den Anlagenbetreibern im Blick auf ihre Direktvermarktungsmöglichkeit eine Erleichterung zu geben? Dass sie eben nicht nur auf den Marktwert verwiesen werden, sondern tatsächlich den Strom dann auch am Markt platzieren könnten, z. B. so Dinge wie Grünstromprivileg, Anrechnung oder Ähnliches. Ist das aus Ihrer Sicht ein möglicher Weg oder haben Sie alternative Vorschläge, wie man insbesondere den kleineren der großen Anlagenbetreibern hier einen besseren Marktzugang geben kann?

Schließlich hätte ich gerne noch einmal von SV Martin **Zembsch** (BELECTRIC Trading GmbH) mehr zum Thema Blindleistungsbereitstellung gehört. Was kann man heute für eine solche Systemdienstleistung am Markt erzielen? Welche positiven Funktionen könnten hier solche Systemdienstleistungen für das Gesamtsystem im Netz auch haben?

Vorsitzende: Danke schön. Dann Abg. Dirk **Becker** (SPD).

Abg. Dirk **Becker** (SPD): SV Martin **Zembsch** (BELECTRIC Trading GmbH), ich muss Sie auch noch einmal jetzt anknüpfend an die Logik von Abg. Ingbert **Liebing** (CDU/CSU) fragen, was die Kosten für Freiflächenanlagen auf „verseuchten Untergründen“ anbelangt. Wenn man diese Logik fortführen würde, würde das nicht auch bedeuten, dass man eigentlich die sehr teure Gründung von

Offshore-Windenergie nicht mehr über das EEG abrechnen kann, weil die Gründung an Land wesentlich kostengünstiger ist und man deshalb lieber Windenergie an Land fördern sollte? Wäre das eine logische Konsequenz mit Blick auf die Förderung der Windenergie?

Vorsitzende: Danke schön, dann Abg. Ralph **Lenkert** (DIE LINKE.).

Abg. Ralph **Lenkert** (DIE LINKE.): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Ich hätte eine Frage an SV Martin **Zembsch** (BELECTRIC Trading GmbH) und an SV Dr. Hubert **Aulich** (PV Crystalox Solar GmbH). Was für weitere Maßnahmen - außer eines Bonussystems für europäische Module - könnten Sie sich von der Bundesregierung vorstellen, die in die Wege geleitet werden, um die 120.000 Arbeitsplätze in der Solarmodulproduktion in Deutschland zu sichern?

Vorsitzende: Danke schön, dann Abg. Hans-Josef **Fell** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN).

Abg. Hans-Josef **Fell** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): An SV Karl-Heinz **Remmers** (Solarpraxis AG) habe ich zwei kurze Fragen. Die Vergütungsklassen werden verändert. Wie sinnvoll halten Sie es, dass nun eine 11-kW-Anlage genau so vergütet werden soll, wie eine 900-kW-Anlage?

Die zweite Frage: Welche Vorteile hätte es denn, wenn wir einen Anreiz im EEG beispielsweise im Sinne eines Speicherbonus schaffen würden, um auch Speichern, wie Batterien, tatsächlich auch einen wirtschaftlichen Anreiz geben zu können. Was würden da für Vorteile herauskommen?

Vorsitzende: Danke schön. Wir haben jetzt eine Reihe von Anfragen und ich gebe Ihnen, SV Dr. Maren **Hille** (BDEW), das Wort. Sie haben Fragen von Abg. Ralph **Lenkert** (DIE LINKE.), Abg. Ingbert **Liebing** (CDU/CSU) und Abg. Michael **Kauch** (FDP).

SV Dr. Maren **Hille** (BDEW): Vielen Dank. Vielleicht zu Abg. Michael **Kauch** (FDP) zunächst, 90-Prozent-Regelung bei großen Anlagen. Große Anlagen haben natürlich wenig Chancen, Eigenverbrauch zu realisieren. Andererseits aber, ab 100 KW haben PV-Anlagen die Verpflichtung eine registrierende Lastgradmessung zu installieren. Das heißt, sie können am Marktprämienmodell teilnehmen. Ich weiß, dass gerade bei großen Freiflächenanlagen die Vermarkter sozusagen mit den Hufen scharren, ich glaube auch zum Marktprämienmodell. Der Markt ist einigermaßen

leer gefegt, was Offshorewindparks usw. betrifft. Von Seiten der Vermarkter gibt es eine große Nachfrage, EEG-Strom zu bekommen, um es über die Marktprämie zu vermarkten.

Abg. Michael **Kauch** (FDP): Ich möchte direkt eine Nachfrage dazu stellen. Haben Sie den Entwurf juristisch daraufhin geprüft, ob die Marktprämienfähigkeit und damit auch Grünstromfähigkeit auch gegeben ist, weil es ja keine Vergütung für diese 10 Prozent gibt? Eigentlich ist die Vergütungsfähigkeit ja die Voraussetzung für die Nutzung von Marktprämien im Grünstrom

SV Dr. Maren **Hille** (BDEW): Richtig.

Abg. Michael **Kauch** (FDP): Das ist nämlich der Hintergrund meiner Frage.

SV Dr. Maren **Hille** (BDEW): Dann müsste man das direkt vermarkten - ursprünglich nach § 17 ohne Marktprämienmodell. Das wäre dann die Lösung. Aber das würde ich sagen, das können wahrscheinlich die Betreiber der Freiflächenanlagen beantworten. Das stimmt. Also nur ohne Vergütung.

In dem Zusammenhang gleich die nächste Frage von Abg. Ingbert **Liebing** (CDU/CSU): Die Kappung bei 10 MW ist unseres Erachtens nicht nachvollziehbar. Denn große Freiflächenanlagen haben also auch im Sinne der Netzstabilisierung sehr viele Vorteile. Wir begrüßen die Begrenzung durchaus auf Konversionsflächen, weil es im Bereich der Ackerflächen doch große Akzeptanzprobleme gibt. Nach meinen bisherigen Gesprächen, auch mit Installateuren und Herstellern von Freiflächenanlagen, gibt es dennoch gerade in den neuen Bundesländern großes Potenzial. So dass ich es nicht für erforderlich halte, wieder diese Regelung dahingehend aufzuweichen, dass nun doch Ackerflächen bebaut werden.

Dann hatte Abg. Ralph **Lenkert** (DIE LINKE.) nach der EEG-Umlage gefragt, also Entlastung der Stromspeicher von der EEG-Umlage. Das ist natürlich etwas, was wir von Seiten des BDEW seit Monaten gefordert haben und sehr viele Papiere beschrieben und Gespräche geführt haben.

Erstens: Weil energiewirtschaftlich - ich denke, es war einfach ein Fehler, das eingeführt zu haben, denn - beispielsweise heute - die einzigen Stromspeicher, die es gibt, die großtechnisch in Deutschland zu betreiben sind, sind Pumpspeicherkraftwerke. Diese mussten bislang für den bezogenen Strom und die EEG-Umlage zahlen, obwohl sie dann nachher den Strom aus Gründen auch der Netzstabilisierung wieder

einspeisten. Dieser Fehler ist korrigiert worden. Es betrifft eine Handvoll von Unternehmen, die in Deutschland Pumpspeicherkraftwerke betreiben. Meines Erachtens auch wirklich relevant in dieser Frage ist, dass damit ein Präzedenzfall geschaffen wird. Ich denke, hier sind wir uns alle einig, dass wir Speicherkapazitäten in Deutschland brauchen, und zwar Kurzzeitspeicher, mittelfristige Speicher und auch Jahresspeicher. Da sollte man von vornherein klarstellen, dass die eine energiewirtschaftliche Aufgabe haben und nicht mit solchen zusätzlichen Belastungen beaufschlagt werden sollten.

Sie fragen, ob es sinnvoll sei, die Jahreszeitspeicher den Stromnetzen zuzuordnen? Zum einen habe ich gerade schon angemerkt, Jahreszeitspeicher haben wir in Deutschland noch nicht. Zuordnung zu welcher Wertschöpfungsstufe - ist eine spannende Frage. Die Netzbetreiber sind für die Systemstabilität zuständig. Andererseits aber befinden sie sich im sogenannten regulierten Bereich - unter der Aufsicht der Bundesnetzagentur, was auch alles richtig und gut so ist. Aber im Speicherbereich, das betrifft den gesamten Bereich der sogenannten Flexibilitäten, ich denke, das ganze Energieversorgungssystem muss deutlich flexibler werden. Da würde ich eher den Marktkräften den Vorzug geben. Wenn man den Strom speichernden Netzbetreibern zuschlägt, dann würde das natürlich in den regulierten Bereich fallen. Es gäbe dann sozusagen Gewichtverschiebungen. Ich denke, das freie Spiel der Kräfte auf dem Markt sollte eigentlich regeln, dass das Energieversorgungssystem in Deutschland funktioniert und Flexibilitäten, sowohl auf der Nachfrageseite, da auch langfristig mit SmartGrids usw., Lastverschiebung im Bereich der Industrie, Teilnahme von Erneuerbaren an Regelenergiemärkten im Bereich der Photovoltaik. Auch so etwas wie Einspeisung von Überschussstrom aus Wind und Sonne in lastschwachen Zeiten in Fernwärmenetze nach dem Tauchsiederprinzip. Ich glaube, da gibt es unzählige Optionen, wie man das ganze System in der Balance halten kann. Also Angebot und Nachfrage zusammenbringen. Da ist der Betrieb der Speicher eine von vielen Optionen. Ich bin sicher, da werden sich Akteure finden, die dann unter energiewirtschaftlichen Aspekten das Beste herausholen.

Wie stellt sich der BDEW das zukünftige Preisfindungssystem vor? Es ist schon mehrfach ausgeführt worden, dass natürlich die Erneuerbaren mit variablen Kosten von null an die Börse drängen und die Merit-Order verschieben. Klar ist, dass unser aktuelles System auf lange Sicht nicht mehr funktioniert. Es gibt unterschiedliche Einschätzungen, bei

welchem Anteil Erneuerbare – da gibt es keine Preisfindung mehr an der Börse. Auf lange Sicht ist es so, dass bei einem Anteil von 50 Prozent 80 Prozent Erneuerbare im Prinzip die Kilowattstunde im Wert gegen null geht. Das heißt, vorstellbar ist, dass wir eine Flatrate haben für Strom. Was dann Kosten verursacht, ist die Leistung. Im BDEW sind wir dabei – es gab ja letztes Jahr im Sommer einen Hype zum Thema Kapazitätsmärkte. Ich denke, da war es von der Politik dahin gehend diskutiert - mit Abschaltung der Atomkraftwerke im Rahmen der Energiewende bekommen wir ein Problem in den nächsten beiden Wintern. Das müssen wir unbedingt lösen und einen Blackout verhindern, indem wir schnell Kapazitätsmärkte einführen. Da hat man sich aber glücklicherweise besonnen, denn Kapazitätsmärkte sind auch nicht etwas, was man so einfach kurz einführen kann. Das ist hochkomplex. Da läuft gerade die Diskussion. Es gibt Gutachten, auch von Seiten des BMWi, die jetzt in wenigen Wochen vorgestellt werden - im Rahmen der Kraftwerksplattform des Bundeswirtschaftsministeriums. Ich denke, dass man das einfach beobachten muss. Wir sind auch gerade dabei, die letzten Monate genau zu untersuchen. Was ist da passiert? Wir waren nach Bericht der Bundesnetzagentur einige Male haarscharf an der Grenze zu massiven Netzproblemen. Blackout möchte ich noch nicht sagen. Aber da prüfen wir gerade, was passiert ist, um Erfahrungen zu sammeln und gegebenenfalls gegenzusteuern, damit im nächsten Winter nicht wieder Gleiches passieren kann. Ich glaube, in diesem Winter haben wir einfach auch viel Glück gehabt, beispielsweise, dass erst der Frost und dann der Schnee kam. So dass die Photovoltaikanlagen einen ganz erheblichen Beitrag zur Unterstützung der Stromversorgung geleistet haben. Insgesamt gibt es also auch im BDEW einen Prozess zum Thema „Brauchen wir irgendeine Art von Kapazitätsmechanismen?“. Der läuft gerade, wird schätzungsweise im Sommer abgeschlossen. Es sind sehr viele Fragen in diesem Zusammenhang zu klären, wie beispielsweise die meines Erachtens relevante Frage: Müssen wir Versorgungssicherheit innerhalb der deutschen Grenzen gewährleisten? Oder können wir sagen, es gibt einen europäischen Strombinnenmarkt und wir können uns in gewisser Weise auch unter der Voraussetzung vom Ausbau von Interkonnektoren usw. auf das europäische Netz in dieser Beziehung verlassen. Das sind so Nebenfragen, die zu klären sind.

Im Rahmen der Ethikkommission wurde gesagt, dass man in Deutschland diese sichere Leistung auf jeden Fall realisieren möchte. Es gibt andere Stimmen, insbesondere auch aus Brüssel, die sagen, man soll von vornherein europäisch denken und auch das Thema

Versorgungssicherheit auch auf europäischer Ebene diskutieren.
Preisfindungssystem wie gesagt: Ein Energy-Only-Markt wird langfristig keinen Bestand haben.

Vorsitzende: Herzlichen Dank. Dann SV Dr. Holger **Krawinkel** (vzvb). Die Frage von Abg. Rainer **Erdel** (FDP).

SV Dr. Holger **Krawinkel** (vzvb): Vielen Dank. Das waren zwei halbe Fragen. Die eine Frage bezieht sich auf die Größenordnung des Eigenverbrauchs. Für private Haushalte geht man davon aus, dass ganz natürlich ein Eigenverbrauch von etwa 15 bis 20 Prozent realisiert werden kann, ohne dass zusätzliche Maßnahmen ergriffen werden. Wenn der Haushalt sozusagen seine eigenen Haushaltsgeräte optimiert, dann steigt der Anteil vielleicht auf 30 Prozent. Wenn er aber über 50 Prozent kommen möchte, braucht er Speicher. Das ist etwa diese Abstufung. Es gibt aber, das hatte ich ja in meinem Eingangsstatement gesagt, durchaus kommerzielle Anwendungen. Da kann der Eigenanteil bereits auf 70, 80 bis auf 100 Prozent hochgehen. Das werden wir wahrscheinlich im nächsten Jahr sehr massiv erleben.

Bei der Frage der Abstufung, das ist natürlich wirklich ein interessanter Punkt. Ich hatte sehr viel Sympathien für den Vorschlag von BELECTRIC einen Einheitstarif einzuführen. Wenn wir irgendwann einmal „Marktintegration“ wollen, dann muss es natürlich eine Vergütung, einen Preis geben. Je eher wir dahin kommen, um so besser ist es eigentlich. Auf der anderen Seite hat es natürlich mit der Differenzierung den Vorteil – ich realisiere Gestehungskosten. Ich habe keinen markträumenden Preis, wie im Grenzkosten basierten Börsenhandel. Das macht es natürlich für die Verbraucher insgesamt günstiger. Ich muss natürlich immer sehen, dass bei der Ausdifferenzierung sozusagen man sich auch daran orientiert, dass auch die weniger effizienten mitgenommen werden. Ich glaube, da ist die Diskussion meines Erachtens notwendig. Es ist ja gesagt worden, Freiflächenanlagen, große Anlagen, haben aufgrund der Kostendegression in den Ausrüstungskosten usw. natürlich die günstigsten Strompreise. Darauf sollten wir letztendlich hinarbeiten. Deswegen bin ich eigentlich schon dafür, zumindest in dem Schritt, die Größenklassen zu reduzieren. Ob jetzt der Schnitt bei 10 kW oder bei 15 kW gemacht wird, da bin ich leidenschaftslos. Für die privaten Haushalte ist eher der Bereich unterhalb 10 kW zu 90 Prozent entscheidend. Wenn es dann mal größere

Anlagen gibt, mein Schwager hat einen Schuppen - nicht extra gebaut, er hatte einen -, da stehen 13 kW drauf. Das kommt dann schon einmal vor. Von daher würde ich das eher so belassen, wie das jetzt vorgetragen ist.

Vorsitzende: Dankeschön. Dann SV Dr. Hubert **Aulich** (PV Crystalox Solar GmbH). Sie haben die Fragen von Abg. Josef **Göppel** (CDU/CSU) und Abg. Ralph **Lenkert** (DIE LINKE.).

SV Dr. Hubert **Aulich** (PV Crystalox Solar GmbH): Zunächst einmal die Frage, die Sie gestellt haben, über die strategische Ausrichtung der Photovoltaik und welche Rolle sie in Deutschland spielen sollte. Es gibt den nationalen Ausbauplan, der vorsieht bis zum Jahre 2020 etwa 50, 52 GW an Photovoltaik an das Netz zu bringen. Dieses Ziel ist aus meiner Sicht ohne Probleme zu erreichen, wenn man sich die nächsten Stufen ansieht. Es sind Studien gemacht worden, wie sehen die Flächen aus in Deutschland, um dort Strom zu erzeugen mit der Sonne? Da sind einmal die Dachflächen herangezogen worden und dann auch Freiflächen, die wir aus unserer heutigen Sicht als Flächen sehen würden, die wir mit Photovoltaik belegen können. Da schwanken die Zahlen so im Bereich 30 bis 40 Prozent. Wenn wir uns ansehen das Thema noch ein bisschen weitergehend, also über die Strahlungsquelle brauchen wir uns keine Sorgen machen. Das sind so etwa noch 4 Mrd. Jahre – da werden wir sicher nicht mehr alle da sein. Aber das andere Thema sind Rohstoffe. Auch da sieht man bei der Photovoltaik keine Probleme. Das Ausgangsmaterial ist Sand oder Quarzit und den gibt es auch in Europa, selbst in Deutschland in ausreichenden Mengen. Wo man sich jetzt Gedanken macht, wenn die Photovoltaik weiter ausgebaut wird, das ist das Thema Silber als Rohstoff. Das ist das Material, mit dem man den Strom in der Zelle abfasst, um ihn an die Kontakte zu bringen. Da gibt es jetzt bereits einen sehr guten Ersatz. Das ist Kupfer. Aus dieser Sicht wird es dort keine Probleme geben. Insgesamt ist das aus langfristiger Überlegung, aus strategischer Überlegung eine sehr sichere Energieform, auf die wir setzen, die sehr weit ausgebaut werden kann. Das einzige Problem, das wir haben, das ist die Nacht. Da gibt es nun mal keine Sonne. Da können Sie aufbauen an Kapazitäten, was Sie wollen. Aber dafür gibt es dann den Wind. Die ersetzen sich eigentlich sehr gut, so dass diese Kombination aus meiner Sicht langfristig eine ideale Lösung darstellt. Dann die Frage, die Sie gestellt haben. Da ging es darum, ob es Alternativen gebe zu so einem Bonussystem? Eine haben wir schon heute gehört. Das ist das Thema, wie es in den USA

gemacht wird. Da wird ein Schutzzoll auf die Produkte aufgelegt. Das ist etwas, was es nicht nur in Amerika gibt. Das gibt es bei uns auch. Ein Beispiel ist die chemische Industrie, die teilweise auf Rohstoffe, die aus China kommen, einen Zoll auferlegt, einen Schutzzoll von etwa 25 bis 30 Prozent. Die Deutsche Wirtschaft geht davon nicht kaputt. Es wird immer so erzählt. Wenn wir so etwas machen würden, das ist der Untergang der Exportnation Deutschland. Das ist aus meiner Sicht maßlos übertrieben. Was das Schöne an dem Bonussystem ist, ist „Bonus“. Also wenn sie in Europa produzieren, dann bekommen sie diesen Bonus über die Einspeisevergütung. Alternativen dazu sind und das ist etwas, was uns jetzt fehlt, weil ständig am EEG herumgedreht wird. Das ist die Zeit der Anpassung. Ich habe Ihnen erzählt, dass wir letztes Jahr Preissenkungen von etwa 50 bis 60 Prozent hatten auf vielen dieser Komponentengebiete. Das ist über die Technologie nicht wettzumachen in so kurzer Zeit. Aber Sie können es durchaus machen, wenn Sie ein ordentliches Forschungs- und Entwicklungsprojekt haben, wo Sie in zwei Jahren wieder dort sind, wo Sie sein müssen. Das wäre dann eine natürliche Entwicklung, dass diese Änderungen, die wir machen, nicht so dramatisch schnell geschieht und dann werden sie wieder abgewürgt - hoch und runter. Das ist nichts für eine langfristige Energiestrategie. Sie kennen vielleicht die Studie, die gemacht wurde von Roland Berger, nach der das, was wir jetzt über das EEG abführen, wieder zurück kommt, und zwar in erheblichem Maße an die Volkswirtschaft. Die Zahlen liegen im Jahre 2025 bei etwa 17 Mrd. Euro, die wieder zurückfließen. Über diese Zeiträume muss man das auch sehen. Deswegen kann ich eigentlich nur noch plädieren, dass diese Sicht da ist, dass wir nicht über Monate reden, wo wir das hoch und wieder herunterfahren, sondern längerfristig das Ganze sehen.

Vorsitzende: Dankeschön. Dann kommt SV Martin **Zembsch** (BELECTRIC Trading GmbH). Sie haben viele Fragen von Abg. Josef **Göppel** (CDU/CSU), Abg. Dirk **Becker** (SPD), Abg. Rainer **Erdel** (FDP), Abg. Ingbert **Liebing** (CDU/CSU), Abg. Michael **Kauch** (FDP), noch einmal Abg. Dirk **Becker** (SPD) und Abg. Ralph **Lenkert** (DIE LINKE.).

SV Martin **Zembsch** (BELECTRIC Trading GmbH): Vielen Dank. Ich versuche einmal, der Reihe nach vorzugehen. Sollte ich eine Antwort vergessen oder eine Frage vergessen, dann erinnern Sie mich bitte gleich noch einmal daran. Ich möchte auch anfangen, weil es auch gerade zum Thema meines Vorredners passt, Abg. Josef **Göppel** (CDU/CSU), strategische Einbindung von Photovoltaik. Ich glaube schon, wir werden in

der Mittel- und Langfristwirkung einen ordentlichen Mix bekommen aus Photovoltaik, aus Wind, ob jetzt Onshore oder Offshore als nicht regelbare Energien. Wir haben selbstverständlich die regelbaren Energien, wie vielleicht die Biomasse und Biogas. Wir haben die Gas- und Kohlekraftwerke. Weil man immer sagt, der Atomausstieg findet irgendwann statt, was ich auch unterstelle. Auch so wie es jetzt beschlossen ist. Das sind im Prinzip die wesentlichen Energieerzeugungsarten, die wir haben. Diese vier Erzeugungsarten, die müssen natürlich schon harmonisiert werden. Es ist oftmals so, dass der Wind dann bläst, wenn keiner Strom braucht oder vielleicht dann nicht bläst, wenn einer Strom gerne hätte. Das Gleiche ist mit der Sonne und der Photovoltaikanlage. Es muss überbrückt werden. Es kann natürlich nur mit der sogenannten Regelenergie passieren, und zwar der Regelenergie, die schnell angefahren werden kann und auch schnell wieder zurückgenommen werden kann.

Da kommt im Endeffekt das Thema jetzt wieder Speicher und Netzstabilisierung zum Tragen. Wir müssen uns, es ist ja heute auch schon einmal gefallen, wir müssen uns einmal von einem Thema verabschieden, was viele Leute immer noch glauben. Einen Speicher zu betreiben, der jetzt plötzlich noch eine ganze Jahreszeit abfiltern soll oder selbst einen Speicher zu betreiben, der tagsüber die Sonne einfängt und nachts den Wind, um dann wiederum andersherum einzubauen. Da sind wir noch meilenweit davon entfernt, dass das bezahlbar ist. Wir haben gerade ein solches Forschungsprojekt. Wir wollen einen 30-MW-Stundenspeicher bauen. Es ist der Wahnsinn, welche Kosten da noch sind. Und es ist auch nicht mehr nachvollziehbar, wie man das umsetzen kann.

Speicher – und der einzig richtige Weg des Speichereinsatzes, der ich sage einmal mit überschaubaren Mitteln möglich ist, ist der Aufbau der berühmten oder die Nutzung dieser berühmten Spinning Reserve. Das heißt, in dem Moment wo ein Kraftwerk, sei es Solar oder Wind aus der Leistung aussteigt, weil die Sonne aufhört oder der Wind nicht mehr bläst, dann muss ein Land vollkommen raus, ein 30-Sekunden-Batterie-Speicher diese Leistung auf volle Leistung halten, mit dem was eingespeist wurde. Diese 30 Sekunden reichen aus, weil ein Gas- oder Kohlekraftwerk solange es im Standby-Modus ist, kann in weniger, manche sprechen von Millisekunden, ich sage einmal in weniger als 5 Sekunden an das Netz gehen, hochgefahren werden und damit kann man diesen berühmten Blackout, nennen Sie, wie Sie es wollen, Zusammenbruch auch ganz klar verhindern. Ich glaube, auf den Bereich müssen wir uns im Bereich der Speichergeschichten konzentrieren.

Langfristspeicher – lassen Sie uns in ein paar Jahren darüber reden. Ich bin davon überzeugt, da wird geforscht und entwickelt und da wird es auch gute Dinge geben. Aber da sind wir heute noch meilenweit von der Realität weg.

Der zweite Punkt, was das Thema Blindleistung betrifft, muss man doch ganz klar sagen, wenn ich die Diskussion das letzte halbe Jahr verfolge, sei es auf der Arbeitsebene, also Arbeitsebene in den Ministerien, sei es auf der Abgeordnetenebene etc., dann hat es immer geheißen, das was ihr da macht, das kann man sich sowieso nicht vorstellen, das funktioniert doch gar nicht, das glauben wir nicht. Jetzt bekommt man langsam mit – oh, das ist ja schön, dass es das gibt. Jetzt kommt auch das Ministerium, was wir so immer wieder mitbekommen und sagt uns dann: Klasse, dass ihr das könnt, das können die anderen ja auch und ihr könnt es ja kostenlos zur Verfügung stellen. Gut, wenn es genug Blindleistungen gebe, dann hätten wir doch die Probleme im Netz gar nicht. Die Blindleistungen, ich habe es heute früh schon einmal erwähnt oder vordem, ist das Schmiermittel. Das heißt, wenn die Spannung herauf oder herunter geht, mithilfe dieser Blindleistung können wir stabilisieren und können damit den Netzausbau deutlich vermeiden. Insbesondere auf der 20-KV-Ebene. Man muss vielleicht technologisch auch noch einmal eines sehen, Trassenausbau – wir wissen alle, dass das Genehmigungsverfahren ein Albtraum ist. Wir könnten die jetzigen Hochgeschwindigkeitstrassen, die die 380-KV-Ebenen, ganz klar nutzen, wenn wir die Blindleistungen einsetzen könnten. Denn wir könnten auch Temperaturleiterseile draufbauen ohne, dass sie irgendwo Genehmigungsverfahren angehen, die 10 oder 15 Jahre dauern. Warum werden sie denn nicht eingesetzt? Weil der Spannungsverfall so groß ist, dass das Ganze unwirtschaftlich ist. Kann ich aber jetzt durch entsprechende Blindleistungszurverfügungstellung das Ganze regeln, da gibt es also auch ungenutzte Möglichkeiten, um ganz klar Geld zu sparen. Aus dem Grund können wir also nur dazu sagen, wir müssen Möglichkeiten finden, die Blindleistung zu nutzen. Wir können sie in einem Punkt nicht kostenlos zur Verfügung stellen, und zwar aus folgendem Grund. Es ist richtig. Die heutige Technologie, die von den Wechselrichterherstellern kommt, wie auch von Unternehmen – also anderen Marktteilnehmern mit entwickelt wurde. Da entsteht kein großer Investitionsaufwand. Das ist im Prinzip vorhanden. Aber das Zurverfügungstellen von Blindleistungen bedeutet zwei Dinge.

Erstens: Wir haben einen höheren sogenannten Eigenstromverbrauch der Wechselrichter, insbesondere wenn wir nachts die Blindleistungen zur Verfügung stellen. Dann wäre der Wechselrichter normalerweise ausgeschaltet, weil die Sonne nicht scheint. Der zweite Punkt. Wenn wir tagsüber Blindleistungen zur Verfügung stellen, dann haben wir auch Ertragsverluste auf der Einnahmenseite, weil wir nicht die Wirkleistungen, die wir produzieren, in das Netz einspeisen können. Deswegen finden wir den Vorschlag von Abg. Josef **Göppel** (CDU/CSU), hier einen geringen Zuschlag anzubieten, draufzupacken, sehr gut. Letzten Endes kommt es bei den Verbrauchern - zum Thema Zweckentfremdung des EEG - ansonsten in mehrfacher Höhe über die Erhöhung der Netznutzungsentgelte an. Letzten Endes zahlt der Verbraucher. Das muss man ganz klar sagen. Zum Thema Eigenverbrauch vertrete ich eigentlich auch die Meinung der hier anwesenden Gutachter oder Experten. Ich glaube und ich unterstütze es auch und das war auch mit die Idee, teilweise Vorschläge, die wir selbst entwickelt haben, der Eigenverbrauch muss stärker kommen. Aber durch Regulatorien den jetzt einzuführen? Wenn ich mir ein ganz normales Kraftwerk anschau, sei es eine Dachanlage oder ein Freiflächenkraftwerk benötigt heute ein halbes Jahr, teilweise neun Monate, bis es vom Netzbetreiber ein erstes Mal Geld bekommt, weil diese vor lauter Arbeitsüberlastung gar nicht mehr wissen, wie sie es bewältigen sollen. Wenn wir jetzt noch anfangen, wie auch immer, die 15 oder 30 oder 10 Prozent gerechnet werden, das noch damit hineinzupacken, da ist das Chaos perfekt. Da ist jeder Anlagenbetreiber, egal ob kleine Dachanlage oder große Dachanlage oder große Freifläche - der ist schon vorher pleite, bevor er überhaupt das Ding richtig an das Netz gebracht hat. Dementsprechend kann ich nur eines sagen, da stimme ich auch SV Dr. Holger **Krawinkel** (vzbv) zu. Ich glaube, dass so wie sich die Vergütungssätze jetzt entwickeln, dass wir vor allen Dingen ja diese berühmte Verbraucherkostennetzparität, mit der nächsten Absenkung sollen wir die ja schon voll erreicht haben. Ich sage einmal die Leute gehören ja geradezu erschossen, wenn sie den Strom nicht selber verbrauchen würden. Der Eigenverbrauch – er kommt doch ganz von allein. Die Leute werden den Strom gar nicht mehr einspeisen, die werden ihre Waschmaschine davon betreiben, die werden den Fernseher davon betreiben etc. und sie werden es sich auch leisten können, vielleicht am Anfang auch mit einem kleinen Speicherbonus. Den halte ich auch für richtig. Der im Dachanlagensegment immer wieder gefordert

wird. Mit einer kleinen Speicherbatterie den Strom vielleicht zu speichern und dann abends vielleicht auch noch die Waschmaschine laufen zu lassen oder die Spülmaschine oder was auch immer. Ich glaube, hier kann man lieber durch intelligente Unterstützung des Eigenverbrauchs 10 mal mehr erreichen, und das Ganze aus der Wälzungssumme des EEG herausbekommen, als jetzt irgendwelche hoch komplizierten Regelungen, die kein Mensch versteht, die aber vor allem vollkommen praxisuntauglich sind, das muss ich ganz offen sagen, umzusetzen. Ich bin kein Gegner dieser Eigenverbrauchsansätze. Ganz im Gegenteil, aber lassen Sie es doch den Markt selbst regeln. Wir brauchen nicht noch mehr Verordnungen. Da gibt es eh schon genug in Deutschland. Gleiches gilt auch für die großen Kraftwerke, seien es die großen Dachanlagen, seien es die großen Freiflächen. Vielleicht einmal, ich glaube, SV Karl-Heinz **Remmers** (Solarpraxis AG) bebaut auch Freiflächen, wir bebauen auch Dächer, wir decken beide den ganzen Markt ab und ich versuche da einfach, Ihnen so viel wie möglich aus der täglichen Praxis zu erklären. Was die Absenkung betrifft, das war eine Frage gewesen, ich weiß bloß nicht mehr, von wem sie kam. Ich würde ganz klar eine prozentuale Absenkung befürworten, weil diese nominale Absenkung in Euro führt zu einer Spreizung zwischen den einzelnen Segmenten. Das ist irgendwann auch nicht mehr darstellbar. Das muss man ganz klar sagen. Ich glaube auch, es macht jetzt gar keinen Sinn darüber nachzudenken, ob wir bis 2013 oder bis 2014 diese monatlichen Absenkungen laufen lassen. Bis dahin sitzen wie eh noch dreimal zusammen. Da bin ich überzeugt davon. Dementsprechend lassen Sie uns doch jetzt einmal ein vernünftiges tragfähiges Konzept für 2012 und 2013 erarbeiten. Ich kann nur eines sagen, ja, machen Sie bitte eine monatliche Absenkung, denn diesen Run mit diesen 3 GW, die da immer im Raum stehen, ich weiß nicht, ob es wirklich so viel ist. Lassen wir uns einmal überraschen. Es hätte alles nicht sein müssen, wenn man vernünftig und konstruktiv und praxisnah an das Thema herangegangen wäre. Das heißt, wir müssen monatlich runter und von mir aus gleich ab 1. April 2012. Das wäre mir alles egal. Aber ein monatlich konsequent fester Prozentsatz, das bis Ende des nächsten Jahres festgehalten und von mir aus noch über den atmenden Deckel ein bisschen anjustiert. Alles andere macht sämtliche Planbarkeit und Investitionssicherheit [...] Das ist noch einmal etwas, was jeder nachvollziehen kann. Die Photovoltaikindustrie, bis auf ein, zwei, drei ganz große Hersteller, findet doch im Mittelstand statt. Der Mittelstand hat an Deutschland immer eines geschätzt, das war die Investitionssicherheit. Sie müssen sich einmal über eines im Klaren sein, ja, vielleicht ärgert man

jetzt nur die Photovoltaikindustrie, aber das hat für den Wirtschaftsstandort Deutschland insgesamt, was Vertrauensschutz und Investitionssicherheit betrifft, einen ganz maßgebenden Anteil. Wir sehen es ja. Gehen Sie doch heute einmal nach Spanien und versuchen Sie eine Finanzierung für was auch immer zu bekommen. Durch den Schwachsinn, den die in der Photovoltaik angestellt haben, ist damit die ganze Wirtschaft zusammengebrochen. Das Gleiche – ich sage ja nicht, dass bei uns die Wirtschaft zusammenbricht – aber bitte hören Sie auf mit solchen Signalwirkungen. Das ist der entscheidende Punkt. Dementsprechend wäre ich auch für eine monatliche.

Zu den Fragen der Kosten. Der Kunde, der noch 2.800,00 Euro bezahlt, schicken Sie ihn zu mir. Ich nehme es gern mit. Das ist genial. Wäre superschön gewesen. Ich glaube, es gibt schon noch einen Unterschied. Ich beeile mich auch, aber es sind sehr umfassende Themen. Es gibt schon noch einen Unterschied zwischen den kleinen Dachanlagen und den großen Dachanlagen und den großen Freiflächen, weil da ganz klar Skalierungseffekte da sind. Ich glaube, über 2.000,00 Euro, was ich so sehe, kommen wir nicht mehr, auch mit deutschen Modulen. Das muss man ganz klar sagen. Vielleicht der eine oder andere Hersteller kommt damit nicht mehr klar. Aber der kommt damit auch in Zukunft nicht mehr klar. Sei es aus Deutschland, sei es aus China, aus Japan oder wo auch immer er herkommt. Das hat meiner Ansicht nach mit Länderherkunft relativ wenig zu tun. Die Untergrenze von 1.400,00 Euro – ich sage einmal, wenn Sie die berühmten – ich nenne sie immer – Yingli 6 Yingli 8 -chinesischen Module – weiß der Geier, wo sie herkommen, kann man kaum aussprechen, dann würde ich behaupten, kann das vielleicht auch nicht unmöglich sein. Das ist doch eine Vorgehensweise, die wir gar nicht unbedingt wollen. Was die Politik zur Unterstützung machen könnte, finde ich den Vorschlag von SV Philippe **Welter** (PHOTON Europe GmbH) eigentlich ganz hervorragend, eine Forderung von mir seit Jahren. Nehmen Sie doch den Vergütungszeitraum länger und nehmen Sie dafür die Vergütung runter. Es geht nicht um einen wirtschaftlichen Vorteil, denn die Nachhaltigkeit in so einem System lebt vom Modul, vom Wechselrichter und natürlich auch von einer ordentlichen Qualität des Systemintegrators - wie wir. Das sage ich Ihnen ist das Vertrauen der deutschen Investoren, dass die Gewährleistungsansprüche in 10 Jahren, in 15 Jahren, in 20 Jahren noch erfüllt werden können, in die deutsche Industrie deutlich höher, wo auch immer her, mit Sicherheit große Zweifel in die asiatische Industrie, weil da die Subvention irgendwann morgen gekürzt werden kann. Wenn

man dort ein Signal setzen will, ohne dass es wieder eine Zusatzsubvention ist, dann wird es automatisch eine Richtung in Richtung der deutschen Hersteller geben, weil wir einfach für wesentlich mehr Verlässlichkeit und Nachhaltigkeit stehen.

Ich habe noch zwei andere Fragen, die ich beantworten muss. Das tut mir leid. Ich versuche Gas zu geben. Abg. Ingbert **Liebing** (CDU/CSU) hat gefragt, ob wir beim EEG Kosten der Sanierung unnötig auf die Verbraucher umlegen?. Da kam der Einwand mit der Offshoreenergie. Wir haben genug Beispiele, wo vielleicht das eine oder andere – sagen wir einmal rein wissenschaftlich – ist es da richtig zugeordnet oder nicht? Ich möchte es versuchen, einmal anderweitig darzustellen. Wenn Sie heute eine Konversionsfläche kaufen, um da einen Supermarkt hinzustellen, dann werden Sie als Investor genauso verpflichtet, die Altlasten zu entsorgen. Sie werden genauso verpflichtet, sich der Themen, die auf dem Grundstück vorhanden sind, [...] Die allgemeinen Kassen haben dafür kein Geld. Noch nicht einmal die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) verkauft Ihnen die Fläche wie das Ding da steht, egal was Sie da hinterher darauf bauen.

Wir haben auch eine Kaserne gekauft, haben dort ein Bürogebäude, ein Innovationszentrum daraus gemacht für Büro und Produktionsflächen. Die BImA hat das einen feuchten Dreck interessiert, was da an Altlasten drin ist. Dementsprechend sage ich einmal, ist es so, letzten Endes richtet sich ja der Preis nach Angebot und Nachfrage. Wenn das Angebot dadurch bestimmt ist, dass ich höhere Baukosten habe, sei es für den Supermarkt, dann bekomme ich dafür mehr Miete. Sei es für das Bürogebäude oder für den Produktionsstandard, dann muss ich dafür mehr Geld ausgeben. Und wenn es dann das Solarkraftwerk sein soll, dann muss ich auch einen etwas höheren Beitrag von meinen Kunden verlangen, wenn ich Strom auf diesen Ebenen produzieren soll. Unabhängig davon bin ich auch gezwungen worden, dahin zu gehen. Den Beiswung erlaube ich mir trotzdem noch mit dazu zugeben.

Vorsitzende: Sie haben viele Fragen, aber Sie könnten es ja jetzt ein bisschen kürzer machen, damit der letzte Sachverständige auch noch reden kann.

SV Martin **Zembsch** (BELECTRIC Trading GmbH): Eine Frage habe ich noch zu beantworten. Ich beeile mich mit einem Satz. Aufteilung der Kosten in dem System sind ungefähr 40 Prozent für das Modul, rund 15 Prozent für den Wechselrichter, 20 Prozent für

den Unterbau, Kabel, Unterkonstruktion etc. und ungefähr 25 Prozent Montage. Es hängt ein bisschen von der Anlagengröße ab. Auf der Freifläche verschieben sich die Zahlen ein bisschen in die andere Richtung. Auf kleinen Dachanlagen geht der Anteil der Montage weiter nach oben. Das sind ungefähr Durchschnittswerte. Man kann das nicht auf jede Anlage absolut wasserdicht hart formulieren.

Vorsitzende: Vielen Dank, SV Martin **Zembsch** (BELECTRIC Trading GmbH). Jetzt hat SV Karl-Heinz **Remmers** (Solarpraxis AG) noch das Wort. Sie haben auch eine ganze Reihe von Fragen.

SV Karl-Heinz **Remmers** (Solarpraxis AG): Zuerst die Frage von Abg. Dirk **Becker** (SPD). Cent oder Prozent? Prozent - ich denke, das ist schon ausgeführt worden von SV Martin **Zembsch** (BELECTRIC Trading GmbH). Bei der Monatsabsenkung – von mir aus finde ich das auch o. k., wenn man das vernünftig hinbekommt. Wir hatten ja im letzten Jahr zwei Monate bzw. Quartal vorgeschlagen und eine Überprüfung. Ich meine, wenn man die Überprüfung jetzt schon in das Gesetz vielleicht hineinschreiben würde, dass man nicht erst in zwei Jahren sich wieder hinsetzt oder meinetwegen in einem Jahr. Dann hätte man vielleicht einen vernünftigen Zeitraum und es kommt nicht plötzlich wieder aus dem Nichts herausgeschossen. Wir können uns darauf vorbereiten. Sie können sich darauf vorbereiten. Oder auch den Ministerien ein paar Hausaufgaben mitgeben, dass sie bis dahin ein paar Sachen vielleicht ordentlicher bearbeiten. Das Thema von Abg. Dorothea **Steiner** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), diese Übergangsregelung: Wir haben jetzt den 1. April 2012 momentan im Gesetz für die Dachanlagen. Natürlich hätte die Branche gerne mehr. Das ist klar. Aber wir wollen auf der anderen Seite auch ein klares Signal senden, keine übermäßigen Kosten auf den Verbraucher mehr abwälzen zu wollen. Ich halte es für die Dachanlagen mittlerweile für o. k., weil ich denke, dass wir hier eine Situation haben, der Markt hat sich da ein bisschen darauf eingestellt. Der 9. März 2012 war, wie gesagt, ein Kopfschuss. Das ist ja zum Glück vom Tisch. Da haben wir den 1. Juli 2012 für die normalen Freiflächen. Ich fände es ziemlich gut, wenn wir die Konversionsflächen, die jetzt also begonnen wurden, bis zum Ende des Jahres oder zum 30. September 2012 oder zum 31. Dezember 2012 umsetzen könnten. Und damit noch einmal ein ganz klarer Appell damit verbunden, kein Deckel für diese Freilandanlagen. Sollte der aus irgendwelchen Gründen noch immer weiter drin bleiben, dann

gucken Sie sich wenigstens noch einmal genau an, was da mit den Abstandsregeln im Gesetz drin steht, das ist das, was ich meine, das ist aus meiner Sicht eben handwerklich an vielen Stellen wirklich Pfusch. Es ist einfach nicht darüber nachgedacht worden und ich möchte das ganz klar sagen, wir und andere Unternehmen haben uns da diverse verfassungsrechtliche Gutachten noch machen lassen, weil wir uns natürlich gegen den 9. März 2012 wehren. Der 9. März 2012 war für uns ein Anlasspunkt einmal zu sagen, hier lassen wir auch einmal Zurückhaltung oder auch den Goodwill. Ich habe absolut jeden Goodwill, hier nicht mehr Geld zu verbrauchen. Mal senken und dann gucken wir uns einmal an, was es eigentlich bedeutet. Es ist so, dass natürlich dieser Abstandsbegriff in den Freilandanlagen, wenn man vier Kilometer in die kommunale Planungswelt massiv eingreift und ich bitte das, hier noch einmal zu bedenken. Also Deckel bei Freilandanlagen ist unsinnig aus unserer Sicht. Das haben wir mehrfach schon gehört, auch vom BDEW. Dann – also die Übergangsregelung hatten wir. Der Korridor, Abg. Dorothea **Steiner** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), der Korridor, aus meiner Sicht ist der, so viel wie möglich bauen zu möglichst niedrigen Preisen. Ich denke, dass es einfach im Grunde genommen sonst, was sind jetzt 900 MW, was sind 5 GW? Wenn es uns gelingt, ich sage einmal für 10 Cent zu bauen, dann wie gesagt, zitiere ich noch einmal SV Dr. Holger **Krawinkel** (vzbv) aus dem Interview, was er mit uns gemacht hat, dann baut er einfach zu. Dann haben wir eine Situation, wo auch die Belastung irgendwie so gering ist, dass man einfach dann zubauen könne. Insofern gar kein Korridor, sondern wirklich eine klare Preissenkungsvorgabe durch eine vernünftige weitere Absenkung. Wenn Sie unbedingt einen Korridor drin lassen wollen, dann gestalten Sie ihn etwas breiter aus und machen Sie eben diesen atmenden Deckel in der abgedateten Version monatlich oder alle zwei Monate, damit wir keine Mitnahmeeffekte mehr behalten. Ich glaube, das ist ja das Entscheidende, worüber wir hier reden. Niemand möchte hier irgendwelche Sachen zusätzliche mitnehmen, die nicht notwendig sind. Abg. Hans-Josef **Fell** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), noch zwei Fragen: Die Anlagenklassen. Ich habe mir das noch einmal überlegt, sagen wir einmal so, es ist ja über die vielen Jahre sehr gut gewachsen gewesen mit diesen Anlagenklassen. Ich würde die jetzt persönlich so lassen, wie sie sind, denn die Unterschiede sind schon da. Es liegt ja auf der Hand, ich brauche ja nur einen Gerüstbauer mir anzugucken, wenn der zu einer Anlage fährt, ein Gerüst hinstellt. Das ist etwas anderes bei 5 kW, als bei 100 kW.

Speicherbonus: Ich glaube, es ist ein bisschen krumm, wenn ich jetzt schon wieder nach einem

Bonus schreie. Jetzt wird gerade der Eigenverbrauchsbonus irgendwie abgeschafft. Ich wollte Ihnen nur noch einmal kurz etwas sagen. Diese Idee mit dem Eigenverbrauchsbonus, die ja im Grunde genommen vor zwei Jahren reingekommen ist, das war eigentlich eine ziemlich gute Idee. Jetzt ist sie zeitlich überholt. Insofern – die kann auch weg. Es ist o. k. Aber wenn wir uns jetzt einmal angucken, der Eigenverbrauchsbonus – allein, dass er da war, hat jede Menge Produkte, ich denke, mindestens drei Dutzend Produkte, die mir sofort einfallen, für Kurzzeitspeicherung über Zwischenspeicherung angereizt. Und zwar angereizt in dem Sinne, das sind alles im Grunde genommen Prototypen, die da verkauft werden. Die sind zwar in der Anwendung durchgereift, aber erstmalig war das Thema wirklich so damit verknüpft, dass man sagt, ich gehe da rein. Nun hat ja der Minister letzte Woche bei uns auf der Speicherkonferenz in Düsseldorf vor 350 Teilnehmern sich auch dafür ausgesprochen, dass irgendwann mal ein Anreizpunkt kommt für Speicher. Man muss es dann immer noch mal tun. In der Photovoltaik wäre es jetzt naheliegend, dass man das macht. Ich weiß nicht, ob man da jetzt ein paar Cent mehr dafür gibt. Traue ich mich ja nicht auszusprechen. Das ist ja angesichts der Situation, in der wir ja stecken, wo wir sagen, wir wollen nicht so viel Geld weiter umlegen. Vielleicht wäre es ja eine Idee, noch einmal in Ihre Richtung oder auch an das Ministerium gesagt, wie wäre es denn damit, statt dass wir hingehen und sagen wir machen jetzt ein „Wahnsinnsabrechnungs-gemuddel“ bei 85 Prozent Eigenverbrauch? SV Dr. Maren **Hille** (BDEW) hat eine Idee, die anderen haben eine Idee und irgendwie sagen wir eigentlich alle: Um Gottes Willen, das ist ja ein totaler Quatsch. Wie wäre es denn, einfach zu sagen, o. k., lasst die Leute doch zuerst eigenverbrauchen und wenn sie dann vielleicht sich noch einen Speicher einbauen, dann gibt es dann gar keine Kappung oder so etwas. Ich denke einmal, man sollte vielleicht hier noch einmal kreativ überlegen, ob man da noch irgendetwas einbauen kann, was an der Stelle, ohne dass gleich wieder das Geschrei losgeht: „Die wollen mehr Geld!“ eine vernünftige, sagen wir einmal Ergänzung im System ermöglicht, ohne dass wir einen neuen Bürokratieaufwand haben. Ganz klar mein Plädoyer noch einmal: Nehmen Sie sich bitte mehr Zeit für solche Sachen. Ich finde das wirklich irre. Mit welchem Tempo letztendlich gerade in den Ministerien gearbeitet werden musste. Ich halte das für ein großes Problem. Vielen Dank fürs Zuhören.

Vorsitzende: Herzlichen Dank für die sehr guten Statements der Sachverständigen. Ich denke, es gibt viel zu tun. Wir haben sehr viel gelernt alle

miteinander. Ich denke, ich kann für alle Abgeordneten sprechen. Bedanke mich auch für das Ausharrungsvermögen meiner Kolleginnen und Kollegen, wünsche Ihnen einen schönen Mittag, einen schönen Nachhauseweg. Alles, was Sie sich wünschen. Danke schön.

Schluss der Sitzung: 13:04 Uhr

Eva Bulling-Schröter, MdB
Vorsitzende

Horst Meierhofer , MdB
Stellv. Vorsitzender